9 Dringlichkeitsanträge

Stadtrat **Eber**:

Erster Dringlicher Antrag, eingebracht von der KPÖ, Antragsteller Zirngast.

9.1 Amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs

(GR Zirngast, KPÖ)

Gemeinderat **Zirngast:**

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht thematisch ähnlich weiter mit einer anderen Stoßrichtung. Unser Antrag richtet sich an Bundesminister Kocher und fordert amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs. Ich darf das kurz ausführen.

Wir alle spüren die massive Teuerung, das heißt die Erhöhung der Preise, vor allem seit 2022. Und auch wenn jetzt, sozusagen nach den neuesten Statistiken der Statistik Austria, die Preise im Jahresvergleich im März um 4,1 % gestiegen sind, also die Inflationsrate gesunken ist, so heißt das ja nicht, dass die Preise sinken, sondern das heißt, dass sie weniger stark steigen. Das wird oft gerne vermischt. Und auch diese Zahl, die 4,1 % in Österreich, damit liegt Österreich auf Platz 3 in der EU. Die Ursache dieser massiven Teuerung, der Preiserhöhung, ist eben nicht, wie oft auch spekuliert, die Lohn-Preis-Spirale, weil die Lohnerhöhungen ja nur den gestiegenen Preisen folgen, sondern Ursachen sind eben Veränderungen auch in der globalen Ökonomie, Unterbrechungen der Lieferketten, natürlich auch der Krieg Russlands in der Ukraine, aber vor allem auch die Macht der monopolistischen Konzerne, die die Preise eben erhöhen. Das sieht man sehr deutlich auch an Studien.

Das Ganze wird noch drastischer dadurch, dass der Oxfam-Bericht, der jedes Jahr im Jänner erscheint, uns einiges zeigt, unter anderem eben auch, dass die Monopolisierung, das heißt die Konzentration von Konzernmacht, massiv gestiegen ist.

Um ein Beispiel zu bringen: Zwei Konzerne im Saatgutsektor kontrollieren 40 % des Marktes. Der Saatgutsektor ist natürlich auch für Grundnahrungsmittel, gerade für die elementarste Ernährung, ganz zentral.
Die Monopolisierung der Weltwirtschaft verschiebt auch sehr stark und auch gleichzeitig die Internationalisierung der Produktion, sprich, dass monopolistische Konzerne ihre Produktion auslagern oder auf verschiedene Länder verschieben können, je nachdem, wie es für sie produktiv und gewinnbringend ist. Das verschiebt das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital sehr stark.
Wir sehen aber gerade für Österreich auch, dass die Produktivität sehr stark gestiegen ist, nämlich um 38 % pro Arbeitsstunde seit 1997 bis 2022. Die Löhne im selben Zeitraum sind aber nur um 20,6 % gestiegen. Die Löhne werden sozusagen nicht im selben Maß abgegolten, wie die Produktivität gestiegen ist. Das hat Auswirkungen. Das sind jetzt natürlich weltweite Zahlen. Die fünf reichsten Menschen, alles Männer, der Welt haben in den letzten drei Jahren, die für uns alle Krisenjahre waren, ihr Vermögen mehr als verdoppelt. Milliardäre, Milliardärinnen insgesamt haben in den letzten drei Jahren ihr Vermögen um 3,3 Billionen US-Dollar, 34 %, gesteigert, während die ärmsten 60 % der Bevölkerung weltweit an Vermögen verloren haben. Das heißt, aus dem heraus, das sind natürlich nur einige Indikatoren, aber aus der Gesamtentwicklung heraus, ist es höchste Zeit gegenzusteuern. Eigentlich braucht es eine grundlegende Veränderung der Art und Weise, wie in unserer Gesellschaft produziert wird. Das heißt, wie diese Gesellschaft eingerichtet ist. Wesentliche Bereiche der Grundversorgung, die wir alle brauchen, Energie, Nahrungsmittel, Wohnen etc., sind der gesellschaftlichen Kontrolle entzogen und wir müssen aber als Gesamtgesellschaft, oder vor allem als diejenigen, die diesen Reichtum, den es gibt, in der Gesellschaft, produzieren, wieder die Kontrolle darüber gewinnen, wie eben die Versorgung der Gesellschaft funktioniert und wie produziert wird und nur so kann man diesen Krisentendenzen inklusive der ökologischen Krise entgegenwirken.
Das heißt aber auch natürlich in konkreteren Maßnahmen, wenn wir auf das hinkommen, weil das ist ja das, was wir sozusagen jetzt einmal in einem ersten Schritt fordern können, sind das eben Preisregulierungen, Besteuerung von Vermögen und

vor allem auch von Übergewinnen und Gewinnabschöpfungen bei den Profiteuren der Teuerungskrise der letzten Jahre, zum Beispiel Energiekonzerne.
Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs können eingesetzt werden, sind in Österreich auch immer wieder eingesetzt worden, auch zum Beispiel vor kurzem auf Atemschutzmasken während der Corona-Pandemie und werden auch in anderen Ländern eingesetzt, zum Beispiel Mietpreisdeckel, aber eben auch auf andere Güter des täglichen Bedarfs, nicht nur auf Wohnen. Das wäre ein wichtiger Schritt, um die Monopolisierung der Konzernstrukturen zurückzudrängen, die auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung Profite machen.
In diesem Sinne fordern wir, also stelle ich sozusagen im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs den folgenden

Antrag

an den Gemeinderat: Bundesminister Martin Kocher wird aufgefordert, Steuerungsinstrumente zu nutzen und mit amtlichen Preisregulierungen wesentliche Güter des täglichen Bedarfs zu regulieren und somit das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen, wieder leistbar zu machen. Ich bitte um Annahme. Danke.

Originaltext des Antrages:

Wir alle spüren die massive Teuerung, vor allem seit 2022, im Alltag enorm. Auch wenn die Spitzen der Inflation der Jahre 2022 und 2023 im Moment nicht erreicht werde und die Inflationsrate sinkt, so wird das Leben dennoch nicht billiger. Eine geringere Inflationsrate bedeutet ja schließlich nur, dass die Preise weniger stark steigen. Bemerkenswert ist, dass laut Statistik Austria die Preise in Österreich im Jahresvergleich im März um 4,1 Prozent angestiegen sind. Damit liegt Österreich in Punkto Inflation noch immer im europäischen Spitzenfeld. Nur in Rumänien und Kroatien ist die Inflationsrate noch höher, während die durchschnittliche Teuerung in der EU bei 2,4 Prozent liegt. Besonders bitter ist, dass die wichtigen Bereiche Wohnen und Energie

sich für die Bevölkerung um weitere 4,2 Prozent verteuert haben. Für Nahrungsmittel zahlt man um 3,4 Prozent mehr.

Die Ursache der massiven Teuerung seit 2022 ist nicht die sogenannte Lohn-Preis-Spirale, denn Lohnerhöhungen folgen nur den gestiegenen Preisen. Die Ursachen waren Unterbrechungen in den globalen Lieferketten durch Pandemie und später den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Möglichkeit von Konzernen mit monopolistischer Macht Preise zu erhöhen, um die Profitraten zu steigern.

(https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene-Inflation.pdf)

Der diesjährige Oxfam-Bericht (https://www.oxfam.de/system/files/documents/bp inequality-inc-150124-eng.pdf) zeigt nicht nur eine enorme Ungleichheit bei Vermögen auf, er arbeitet vor allem auch die Monopolisierungstendenzen der letzten Jahrzehnte heraus.

So kontrollierten zum Beispiel 1997 zehn Konzerne 40 Prozent des weltweiten Marktes an Saatgut - heute kontrollieren zwei Konzerne 40 Prozent desselben Marktes. In den letzten zwei Jahrzehnten sind 60 große Pharmakonzerne zu nur mehr zehn fusioniert, die den weltweiten Markt kontrollieren, 90 Prozent der Onlinesuchen passieren über Google.

Mit der Monopolisierung und der Internationalisierung der Produktion verschiebt sich das Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital stark in Richtung Kapital. Es gibt einen enormen Druck auf die Arbeit, die in eine Abwärtsspirale gezogen wird. Die Reallohnentwicklung der letzten Jahrzehnte zeigt das sehr deutlich (z.B.: https://ooe.arbeiterkammer.at/service/broschuerenundratgeber/steuerundeinkommen/B_ 2018_Einkommensverteilung_Fakten_PK.pdf)

Denn trotz massiv gestiegener Produktivität (38 Prozent/Arbeitsstunde von 1997 bis 2022) sind die Löhne in Österreich deutlich geringer gestiegen (die von Unternehmen bezahlten Arbeitskosten sind im selben Zeitraum nur 20,6 Prozent gestiegen). Von der gestiegenen Produktivität profitieren also die Unternehmen.

(https://ooe.arbeiterkammer.at/service/presse/PKU_2023-10-02_Profitgetriebene Inflation.pdf, S.4)

Nur so erklärt sich auch, dass die Superreichen in den letzten Jahren der Polykrise noch reicher wurden und die Ungleichheit bei Vermögen massiv gewachsen ist.

Der Oxfam-Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse in dieser Hinsicht so zusammen:

- *Die fünf reichsten Männer der Welt haben ihr Vermögen seit 2020 von 405 Milliarden US-Dollar auf 869 Milliarden US-Dollar mehr als verdoppelt.*
- *Alle Milliardär:innen zusammen sind heute um 3,3 Billionen US-Dollar (34 Prozent) reicher als 2020. Ihr Vermögen wuchs damit dreimal so schnell wie die Inflationsrate.*
- *Fast fünf (4,77) Milliarden Menschen, die ärmsten 60 Prozent der Menschheit, haben seit 2020 zusammen 20 Milliarden US-Dollar Vermögen verloren.*
- *Das Gesamtvermögen der fünf reichsten Deutschen ist seit 2020 inflationsbereinigt um rund drei Viertel (73,85 Prozent) gewachsen, von etwa 89 auf etwa 155 Milliarden US Dollar. (https://www.oxfam.de/ueber-uns/publikationen/bericht-soziale-ungleichheit 2024)*

Diese gesamte Entwicklung lässt also nur den Schluss zu, dass es höchste Zeit ist, dieser Tendenz entgegenzusteuern. Selbstverständlich braucht es dafür eine grundlegende Veränderung der Art und Weise wie in unserer Gesellschaft produziert wird. Wesentliche Bereiche der Grundversorgung (Energie, Nahrungsmittel, Wohnen) sind der gesellschaftlichen Kontrolle zum größten Teil entzogen. Nur wenn wir als Gesellschaft darüber entscheiden können wie und in wessen Interesse wir Wirtschaft gestalten wollen, kann den aktuellen Krisentendenzen (inklusive der ökologischen Krise) aktiv entgegengewirkt werden. Preisregulierungen und aktive Besteuerung von Vermögen und Übergewinnen – insbesondere Gewinnabschöpfungen bei den Profiteuren der Teuerungskrise wie z.B. Energiekonzernen – wären ein erster Schritt. Wirtschaftsminister Kocher könnte amtliche Preisregulierungen auf Güter des täglichen Bedarfs einsetzen um zur Entlastung der Bevölkerung beizutragen und zu verhindern, dass monopolistische oder oligopolistische Konzernstrukturen Profite auf Kosten der

großen Mehrheit der Bevölkerung machen. Das war im Übrigen in Österreich vor wenigen Jahrzehnten auch noch ein übliches Mittel, in vielen europäischen Ländern wird es noch heute eingesetzt. Im Sinne des Motiventextes fordern wir genau das auch ein.
Namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates)

Bundesminister Martin Kocher wird aufgefordert Steuerungsinstrumente zu nutzen und mit amtlichen Preisregulierungen wesentliche Güter des täglichen Bedarfs zu regulieren und somit das Leben für die große Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Menschen mit geringeren Einkommen, wieder leistbar zu machen.

Stadtrat **Eber**:
Danke. Gibt es Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Nein, nicht der Fall, dann stimmen wir gleich ab über die Dringlichkeit. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke, das ist die Mehrheit, aber Gegenprobe, sicherheitshalber noch. Danke, jawohl.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio)

Gibt es Wortmeldungen zum Inhalt? Gemeinderat Winter, bitte.

Gemeinderat **Winter**:
Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werter Antragsteller. Also beim ersten Lesen dieses Antrags, war der spontane Gedanke, ein Antrag wie eigentlich aus der Feder von Karl Marx persönlich. Trieft nur vor kruden kommunistischen

Verschwörungstheorien über den ach so bösen Kapitalismus. Ein Antrag, der vor lauter Linkspopulismus trieft und es ist eigentlich schade, weil dieser Antrag zwei Gesichter hat. Einerseits wird ein reales Problem, nämlich die Teuerung angesprochen, keine Frage, es gibt sehr, sehr viele Menschen, die gegenwärtig unter der Teuerung, unter der Inflation leiden. Seien es die Energiepreise, die Nahrungsmittelpreise, alles durchaus begründbar und ein reales Problem.

Gemischt wird diese richtige Diagnose auf der einen Seite, aber mit einer Behauptung, dass die bösen monopolistischen Mächte der Unternehmen daran schuld seien, dass die bösen Superreichen daran schuld seien und dass gleichzeitig die Ungleichheit sozusagen die Ursache dieses Problems wäre. Und dann wird da ja aufgelistet im globalen Maßstab, die reichsten fünf Personen, wie hoch dieses Vermögen wäre und das so quasi in Konnex gestellt, dass das die Ursache der Inflation wäre und der Kapitalismus an sich schuld daran wäre.

Ich gebe Ihnen jetzt ein Beispiel oder ich gebe Ihnen ganz klar Zahlen, warum das nicht der Fall sein kann. Und zwar ist es relativ einfach, wir haben 1990 Zahlen der Weltbank, rund 2 Milliarden Menschen gehabt, die als absolut arm eingestuft worden sind. Wir haben jetzt eine Anzahl von rund 600 Millionen Menschen, die als absolut arm eingestuft werden, also eine Reduzierung um grob 75 %.

Wir haben auch, solange wir uns die Geschichte des Kapitalismus anschauen, am Anfang fast 90 % an Personen, die absolut mittellos waren. Natürlich sind historische Quellen diesbezüglich zu hinterfragen, aber wir wissen, dass in der Feudalzeit ein sehr, sehr großes Maß an Armut geherrscht hat und wir wissen, dass dieses Maß gegenwärtig auf unter 10 % der Bevölkerung global geschrumpft ist. Genau das ist die Periode, in der der Kapitalismus langfristig zuerst in England, dann natürlich in der restlichen Welt sich durchgesetzt hat. Das heißt, diese krude Vermischung von linken Verschwörungstheorien auf der einen Seite, dass man sagt, die bösen, bösen Konzerne, die bösen, bösen Reichen sind daran schuld, dass mein Sprit teurer geworden ist, dass meine Energiekosten teurer geworden sind, ist so einfach nicht haltbar, das muss man einmal an den ganz klaren Fakten so festhalten.

Und daher auch, Herr Vorsitzender, ich habe ohne dies zwei Wortmeldungen, weil die Fraktion zwei Wortmeldungen hat, daher werden Sie mir die Überziehung erlauben. Ich bringe infolgedessen auch den

Abänderungsantrag

ein, nämlich der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, der Bund wird auf dem Petitionsweg aufgefordert, folgende Maßnahmen zur Stärkung, aber auch zur Entlastung der Gesellschaft sowie Erhöhung der Kaufkraft zu prüfen und umzusetzen: Senkung der Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs, amtliche Preisregulierung bei Energielieferanten und Erzeugung Strom, Heizung, diesbezüglich eine Ausnahme, weil dieser Markt speziell ist, weil er besonders undurchsichtig auch für den Konsumenten ist, ja, eine Preisregulierung in diesem kleinen Segment ist durchaus sinnvoll, und Punkt 3, Gewinnfreibetrag ist € 10.000,00 in Bezug auf die Kapitalertragsteuer pro Jahr.
Wenn wir wollen, dass die Menschen mehr Kaufkraft erhalten, müssen wir an der Steuerschraube drehen, und genau das wäre der richtige Ansatz, kein anderer.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister!
Dem Antragstext kann in Bezug auf die Energiekonzerne jedenfalls zugestimmt werden. Auf Grund komplexer Preisgestaltungen und internationaler Abhängigkeiten, kann der Energiebezieher (Endverbraucher) keine logischen Rückschlüsse ziehen und Preisentwicklungen oft nicht nachvollziehen. So leider auch in vielen Bereichen des täglichen Lebens. Als ersten Schritt sehen wir jedoch den Staat in der Pflicht Möglichkeiten zur Regulierung zu ergreifen, die nicht primär in den freien Markt eingreifen. Hierzu zählt zum Beispiel die Senkung der Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs. Auch muss wieder ein Anreiz zum Sparen geschaffen werden. Zwar ist das Zinsniveau wieder gestiegen, jedoch fällt selbst bei „klein" Einlagen ein Viertel der Sparleistung an Kapitalertragssteuer zurück an den Staat, bei sonstigen Einkünften aus Kapitaleinlagen sogar 27,5%.

Ein genereller Eingriff in den Markt auf Grund amtlicher Preisregulierungen bei

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs stelle ich den

Abänderungsantrag

der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen:

Der Bund wird auf dem Petitionsweg aufgefordert folgende Maßnahmen zur Stärkung und aber auch zur Entlastung der Gesellschaft, sowie Erhöhung der Kaufkraft zu prüfen und umzusetzen:

- *Senkung der Mehrwertsteuer auf Produkte des täglichen Bedarfs.*
- *Amtliche Preisregulierung bei Energielieferanten und Erzeugern (Strom, Heizung).*
- *Gewinnfreibetrag bis EUR 10.000 in Bezug auf die Kapitalertragssteuer pro Jahr.*

Stadtrat **Eber**:
Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zum Inhalt? Kollege Günter Riegler, bitte.

Stadtrat **Riegler**:
Also, fast muss man ja dankbar sein, dass dieser Dringliche Antrag heute gekommen ist, denn es gibt ja dann doch immer wieder Menschen, die sagen: „Ja, ist eigentlich alles nicht so schlimm. Kommunismus, ja, die wollen ja eh nicht“. Also, in Wahrheit wollen sie schon, also wenn sie so können, wie sie wollen, hätten wir Enteignungen von Privatvermögen, hätten wir wahrscheinlich Verstaatlichungen sämtlicher Unternehmen. Ich bin in kürzester Zeit, und da werden Sie jetzt sicher wieder einen Zwischenapplaus machen, in kürzester Zeit sind wir dann wieder in den Armutsverhältnissen von Kuba, weil zu Karl Marx und Lenin und dergleichen. Ich muss

Ihnen etwas sagen, also diese ganzen Hammer- und Sichel-Spaß-Postings, die Sie hier immer machen, und mit Karl Marx und Lenin und vielleicht noch ein bisschen Che Guevara, es ist einfach nur entsetzlich und man kann darüber lachen, ja, ok, aber es ist eigentlich schlimm. Gerade anlässlich des 100. Todestags von Lenin konnte man sehr gut noch einmal nachvollziehen und auch in anerkannten historischen Arbeiten, was das für ein Mensch war, was da für ein Gewaltpotenzial da war.
Und ja, natürlich kann man jetzt mit dem Marxismus hausieren gehen und das lustig finden. Nur, was Sie verlangen, ist eine amtliche Preisregelung. Das heißt, Sie wollen für alles und jedes gewissermaßen einen Preis festlegen. Das heißt, es gibt dann irgendeinen bürokratischen Behördenstaat, der festlegt, was dieses und jenes Produkt kostet. Gott sei Dank wird es dazu nicht kommen, weil wir ja Gott sei Dank Mitglied der Europäischen Union sind. Aber würde es so sein, wie Sie, und würde man das zu Ende denken, wie Sie sich das vorstellen, würde das bedeutet, dass wir binnen kürzester Zeit wieder Armut hätten. Nämlich Armut deswegen, weil die Hälfte der Produkte gar nicht mehr lieferbar wäre. Vor allem, übrigens auch bei Pharmazeutika. Also, wenn Sie dann glauben, Sie können einfach in die Apotheke gehen und sich irgendein Medikament kaufen, das Sie sich leisten können, das können Sie sich dann aufzeichnen. Also, das funktioniert dann sicherlich nicht mehr, weil dann Lieferketten und die bösen Konzerne dann einfach einen Bogen um ein kommunistisches Land machen.
Also machen wir es kurz, damit wir heute nicht so lange brauchen. Es wird sich, glaube ich, kaum überraschen, dass wir von der Grazer Volkspartei diesen krausen Fantasien des Leninismus und Marxismus keine Zustimmung erteilen werden.

Stadtrat **Eber**:
Danke, zu Wort gemeldet hat sich die Kollegin Elke Heinrichs.

Gemeinderätin **Heinrichs:**

Danke vielmals, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, werte Kolleginnen und Kollegen.

Nur ganz kurz: Sie machen sich lustig über krude Fantasien, von denen überhaupt gar keine Rede war, Sie machen sich lustig über Hammer und Sichel. Unser Bundesadler zeigt Hammer und Sichel ganz stolz, nebenbei bemerkt, aber was ich eigentlich und nur das in einem Satz sagen wollte: Enteignung, sehr geehrter Herr Stadtrat, das haben wir kennengelernt damals, als es den Pflegeregress noch gab. Da haben viele Leute in Graz, wir haben damals Unterschriften gesammelt, verstanden, wer enteignet wird und wer immer wieder bei Null anfängt, sind die Leute, die nicht Pölster haben von Häusern, Sparbüchern und sonstigen Dingen.

Das haben viele Verstanden, glauben Sie es mir, und deshalb gibt es auch andere Einstellungen zu dem, entschuldigen Sie vielmals, ich muss Ihnen das wieder einmal zurückgeben, zu den kruden Thesen, die Sie vertreten und Sie verbreiten über uns, tut mir leid, Sie irren sich.

Stadtrat **Eber**:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann ersuche ich den Antragsteller um ein Schlusswort.

Gemeinderat **Zirngast:**

Danke vielmals. Herr Stadtrat, Sie meinen Preisregulierungen, das würde zu einer gewaltigen bürokratischen Entität oder was auch immer führen, die das machen muss. Die heißt in Österreich Preiskommission und es gibt ein Preisgesetz. Das gibt es, also ich weiß nicht genau, was da anders wäre, außer, dass man das inhaltlich anders nutzen würde, so viel dazu. Mehr habe ich hier nicht zu sagen.

Zum Kollegen Winter, alles schön und gut, danke auch dafür, für das Lob, das ich nicht annehmen kann, dass das aus der Feder von Karl Marx ist. Aber das Schöne ist, du hast

hier sehr lange darüber geredet, dass das alles krude kommunistische Verschwörungstheorien seien, hast aber keine Erklärung dafür geliefert, wie es genau zu dieser Teuerung kommt. Du hast nur die Vorschläge, die unter anderem auf die Mehrwertsteuersenkung abzielen, mit denen ich eigentlich kein großes Problem habe, gegen Massensteuern auf jeden Fall, muss es natürlich dann auch ausgleichen, zum Beispiel mit Vermögensteuern, das wäre dann der logische Schritt, den man gehen müsste, ist dann so eine Sache, ob ihr da mitgeht oder nicht, weiß ich nicht.
Nur kurz noch ein paar Sachen, nämlich auch noch zur Massensteuer oder allgemein zur Steuer auf Arbeit und Konsum, weil das hier auch vorgebracht wurde. Genau, das ist ein Problem in Österreich. 75 bis 80 % des Steueraufkommens in Österreich, je nachdem, wie man es berechnet, kommt aus Arbeit und Konsum und nur 6 bis 9 % des Steueraufkommens aus Unternehmensgebühren. Das ist ein massives Problem.

Zwischenruf:
Wer zahlt die Löhne?

Gemeinderat **Zirngast:**
Wer die Löhne zahlt? Ja, gut, auch dazu etwas, was vielleicht nicht ganz unlustig ist, aber ich habe es eh gesagt, die Produktivität ist viel stärker gestiegen als die Löhne tatsächlich. Das heißt, in Österreich hat es de facto, gibt es in den letzten Jahren, einen Reallohnverlust von 2,5 %. Vom ersten Quartal 2020 bis zum ersten Quartal 2023 sind die Löhne um 19,8 % gestiegen, bei einer Inflation von 18,4 %, die Gewinne allerdings um 27,2 %. Das sind Statistiken dahingehend.
Auch nicht unwichtig, 2023 gab es in Österreich 47 Millionen unbezahlte Überstunden. Weil ja gerade aus der ÖVP in den letzten Tagen wieder gekommen ist, dass sozusagen die Arbeitszeit auf 41 Stunden erhöht werden sollte, ist eine Industriellenvereinigungsforderung. Ist ja dann auch vom Bundeskanzler wieder

zurückgewiesen worden. Die tatsächliche Arbeitszeit bei Vollbeschäftigung im Jahr 2017, sei dazu gesagt, war in Österreich 41,3 Stunden.
Wir haben gleichzeitig auch das Problem, und das sehen wir jetzt ja auch sozusagen bei Entlassungen, gerade in Graz sehr wichtig, bei der Magna. Wir haben einige, die sozusagen nicht Vollzeit arbeiten können, auch wenn sie es wollten, und andere, die tatsächlich 40 bis 60 Stunden und sogar länger arbeiten, nämlich 740.000 Menschen in Österreich und sehr viel davon wird nicht abgegolten.
Ein letztes noch, eine letzte Zahl von 2022 auf 2023 ist die absolute Armut, also die Zahl der Menschen in absoluter Armut in Österreich von 201.000 auf 336.000 Menschen gestiegen, also fast verdoppelt. Angesichts dessen, wie gesagt noch einmal, finde ich, es braucht Maßnahmen, das ist die Aufgabe der Bundesregierung, die zu setzen. Danke.

Stadtrat **Eber**:
Wir kommen zu den Abstimmungen zunächst über den Abänderungsantrag vom Kollegen Winter. Wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen mit der Hand. Danke, Gegenprobe. Ist abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen KFG).

Wir kommen zum Hauptantrag, wer diesem zustimmt, bitte um ein Zeichen der Zustimmung. Danke, Gegenprobe. Danke, der Antrag ist angenommen mit den Stimmen von KPÖ, Grünen und SPÖ.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Als nächster kommt die ÖVP, Infrastrukturmaßnahmen, Park & Ride und ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – VizeBgm.in Schwentner übernimmt den Vorsitz (18.07 Uhr).

9.2 Infrastrukturmaßnahmen Park & Ride

(GR Huber, ÖVP)

Gemeinderat **Huber**:
Hohe Stadtregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, mein Dringlicher Antrag beschäftigt sich, oder fußt auf der Bildungsreise der Frau Vizebürgermeisterin in unsere Partnerstadt Groningen. Die haben wir selbst einmal zum Anlass genommen, dass wir diese Stadt ein bisschen genauer ansehen mit unserem Verkehrsexperten Kurt Fallast und auch die Fakten über die Stadt ein bisschen herausarbeiten und da haben sich eigentlich ein paar interessante Fakten ergeben. Groningen hat ungefähr 240.000 Einwohner und verfügt über sechs große Park & Ride-Anlagen am Stadtrand. Zudem über ein sehr starkes Netz an Tiefgaragen im Innenstadtbereich. Was besonders interessant ist, sie haben ein praktisches Tool für Einwohner:innen beziehungsweise auch für Touristen, wo man im Vorfeld schon den Parkplatz buchen kann und das zu einer Reduktion der parkplatzsuchenden Verkehrsteilnehmer:innen und somit zu einer Reduktion der Kfz-Verkehrsleistung führt. Das ist tatsächlich ein Punkt den wir uns als Graz zum Vorbild nehmen können, denn diese Stadt, muss man echt sagen, hat es geschafft, den Verkehr zu beruhigen, hat aber gleichzeitig Alternativen für die Autofahrer geschaffen. Das ist der Erfolg dieser Stadt, und da müssen wir als Graz auch hin.
Umso erstaunlicher bei der ganzen Geschichte ist der Punkt, dass eines der größten Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Umstieg auf die öffentlichen Verkehrsmittel

in Graz der Stillstand beim Thema Park & Ride ist. Sogar fertige Projekte werden nicht umgesetzt. Das ist ja auch ein Punkt, den die Grünen auf Landesebene kritisiert haben. Da muss man vor allem auch den Standort Murpark herausarbeiten, wo wir ja wirklich mit 480 Stellplätzen den erfolgreichsten Park & Ride Standort in Graz haben. Der aber leider völlig überlastet ist und oft schon um neun Uhr in der Früh ausgelastet ist und wo wir auch in der vergangenen Gemeinderatsperiode den Grundstein für den Ausbau und für die Verdopplung der Kapazität gelegt haben. Leider ist das nicht erfolgt. Das Gleiche gilt für die Erweiterung im Park & Ride Webling und auch mit dem Grundstücksankauf in der Weinzöttlstraße, wo wir wirklich die Grundlagen geschaffen haben, mit denen man viele Pendlerinnen und Pendler frühzeitig am Stadtrand abfangen und das Stadtinnere wirklich verkehrsberuhigt entlasten könnte.
Ein weiterer Punkt aus unserer Sicht, wo wir uns ein Beispiel an Groningen nehmen könnten, wäre eine Fahrradhoch- und Tiefgarage, die wir als Grazer Volkspartei schon mehrfach gefordert haben. Groningen hat eine mitten im Zentrum mit 1.250 Stellplätzen. Auch das wäre eine Idee für Graz, die wir gut umsetzen könnten. Ein weiterer Punkt ist auch das Thema Fußgänger:innen und Radfahrer:innen. Da habe ich ja schon einmal einen Dringlichen Antrag eingebracht. Da möchte ich auch die Schmiedgasse wieder in Erinnerung rufen. Auch da fordern wir schon länger ein Konzept beziehungsweise die Fußgänger:innenzone für diese Gasse.
Zusammengefasst heißt das in meinem Antrag, dass wir mehr Tempo beim Park & Ride-Ausbau fordern, dass wir endlich eine Fahrradhoch- und Tiefgarage für Graz fordern und eine Fußgängerzone in der Schmiedgasse. Da muss ich auch ehrlicherweise sagen, das war für uns ein bisschen unverständlich, warum uns die Fahrradhoch- und Tiefgarage und auch die Fußgänger:innen-Zone aus unserem Antrag herausgestrichen wurde, aber vielleicht kann man das einmal aufklären und uns erklären, warum wir das nicht durften. Daher stelle ich leider nur den

Dringlichen Antrag,

die zuständige Verkehrsstadträtin wird hinsichtlich der Motiventext genannten Maßnahmen für eine Verkehrsberuhigung beziehungsweise Optimierung aufgefordert, wie folgt: Einen umfassenden Plan vorzulegen, wie es mit dem Park & Ride Bereichen in Andritz und Webling weitergeht und wann an diesen Örtlichkeiten mit einem Bau einer Park & Ride Anlage gerechnet werden kann.
Zweitens: Einen Bericht über den geplanten Ausbau des Park & Ride Murpark vorzulegen, diesen Bericht soll vor allem ein genauer Zeitplan beiliegen.
Ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Anfang April unternahm Vizebürgermeisterin Schwentner mit einer Delegation eine Bildungsreise in die Partnerstadt Groningen. Wie Medien zu entnehmen war, sieht Vizebürgermeisterin Schwentner die Stadt Groningen als Vorbild für Graz.
Wie Groningen allerdings die auch in Graz angestrebte Verkehrswende forciert hat und weiter betreibt, erfahren wir in einer bemerkenswerten Analyse des renommierten Verkehrsexperten Kurt Fallast. So verfügt Groningen etwa über ein sehr gut ausge bautes Netz an sechs großen Park & Ride Anlagen am Stadtrand. Zum Vergleich: Groningen hat etwa 238.000 Einwohner:innen. Groningen verfügt zudem über ein sehr starkes Netz an Tiefgaragen im Innenstadtbereich, diese sind noch dazu mit moderner Software ausgestattet. „Die Verfügbarkeit von Stellplätzen in einer Garage im Nahbereich des Zieles kann von der Bevölkerung online abgerufen werden und Parkplätze können bereits im Vorab gebucht werden. Das erweist sich nicht nur als praktisches Tool für die Einwohner:innen, sondern führt zu einer Reduktion der parkplatzsuchenden Verkehrsteilnehmer:innen und somit zu einer Reduktion der Kfz Verkehrsleistung“, führt Fallast aus.
Man musste in Groningen eingestehen, dass Fußgänger:innen oftmals von Radfahrer:innen verdrängt wurden - ein Problem, dass wir in Graz nicht nur in der Schmiedgasse wiedererkennen. Groningen reagierte mit eigenen Fahrrad-Hoch- und –

Tiefgaragen. Eine dem Gemeinderat mittlerweile bekannte Idee und Initiative, die bereits mehrfach von unserer Fraktion eingebracht wurde.
Wir sehen also, dass die von Vizebürgermeisterin Schwentner als Vorbild herangezogene Stadt Groningen Vorreiter in Sachen Park & Ride für Autos wie auch Fahrräder ist. Umso erstaunlicher, dass eines der größten Versäumnisse im Zusammenhang mit dem Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel in Graz, der Stillstand beim Thema Park & Ride ist und sogar bereits fertige Projekte nicht umgesetzt werden. Ein Umstand, den sogar die steirischen Grünen massiv kritisieren.

Der Standort Murpark ist dabei von besonderer Brisanz. Im Frühjahr 2007 wurde das Park & Ride-Parkhaus beim Einkaufszentrum Murpark eröffnet. Seither hat es sich zum erfolgreichsten der ganzen Stadt entwickelt. Die 480 Stellplätze sind meist zu hundert Prozent ausgelastet und die Kapazität oft bereits vor 9 Uhr erschöpft. Vor diesem Hintergrund wurde in der vergangenen Gemeinderatsperiode im Jahr 2021 bereits der Ausbau und die Finanzierungsmittel für diesens Park & Ride Parkhaus vom Gemeinderat beschlossen. Dafür wären 500 neue Park & Ride Plätze entstanden, die Kapazität des P&R Murpark hätte sich verdoppelt.

Auch für eine Erweiterung des Park & Ride in Webling gibt es dem Vernehmen nach fertige Pläne. Und für einen neuen zusätzlichen Park & Ride-Standort im Norden von Graz wurde bereits ein Grundstück an der Weinzöttlstraße mit direkter Straßenbahnanbindung von der Stadt angekauft. Doch eine konkrete Planung bleibt weiterhin ausständig. Wären Webling und Andritz aber in einer ähnlichen Größenordnung wie die Erweiterung des Murpark könnte man mit einem engagierten Vorgehen rund 1.500 Autos von Pendler:innen aus allen Himmelsrichtungen frühzeitig am Stadtrand abfangen und damit das Stadtinnere entlasten.
Mehrfach ignoriert wurden die Initiativen der Volkspartei betreffend Fahrrad-Hoch und –tiefgaragen, die in Groningen einen wichtigen Erfolgsfaktor für die in Graz angestrebte Verkehrswende sind. Besonders bemerkenswert ist hierbei sicher das

Forum Groningen im Zentrum der Stadt, in dem bis zu 1.250 Fahrräder kostenlos in der durchgehend geöffneten und bewachten Fahrradgarage abgestellt werden können. Ebenso ignoriert wurde bisher leider die oftmalige Forderung der Volkspartei die Schmiedgasse für Fahrräder zu sperren und eine reine Fußgänger:innenzone zu etablieren. Hier ist aus unserer Sicht auch dringender Handlungsbedarf, da es immer wieder zu gefährlichen Situationen gerade für vulnerable Personengruppe kommt. Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgenden

***Dringlichen Antrag**:*

Die zuständige Verkehrsstadträtin wird hinsichtlich der im Motiventext genannten Maßnahmen für eine Verkehrsberuhigung bzw. -optimierung aufgefordet, wie folgt:

- *Einen umfassenden Plan vorzulegen, wie es mit den P&R-Bereichen in Andritz und Webling weitergeht und wann an diesen Örtlichkeiten mit einem Bau einer P&R-Anlage gerechnet werden kann.*
- *Einen Bericht über den geplanten Ausbau des P&R-Murpark vorzulegen. Diesem Bericht soll vor allem ein genauer Zeitplan beiliegen.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es Wortmeldungen? Bitte, Herr Kollege.

Klubobmann **Dreisiebner:**
Geschätzter Antragsteller, hoher Gemeinderat, Damen und Herren am Livestream und hier auf der Galerie. Ich bin dem Antragsteller sehr dankbar, dass er den Antrag hier zur Behandlung im Gemeinderat vorbringt.
Ich kann an dieser Stelle wieder einmal im Ausschuss für Stadtplanung, Grünraum und Verkehr ist das ja auch immer wieder Thema, wieder einmal zur Kenntnis bringen, dass es eine Stadt, Land, Arbeitsgruppe zwischen Beamt:innen und natürlich auch der

Politik, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Lang, zuständig für Verkehr beziehungsweise der Bürgermeisterstellvertreterin Judith Schwentner in der politischen Verantwortung gibt, der die Park & Ride Situation für den gesamten Großraum Graz sich genau anschauen soll, analysieren soll und dann die dementsprechenden Schritte gemeinsam zu setzen sind.
Jetzt kann ich natürlich sagen, ich muss unbedingt beim Murpark einen Park & Ride bauen, der laut Beschluss…einen weiteren Park & Ride bauen, - das ist ein eigenes Grundstück, wo ich weiß, Bericht EPS, dass es ein ganz kleines Plus gibt, trotz dieser großen Auslastung. Dass bei einer 2021 vorgesehenen Kostenschätzung laut Gemeinderatsstück über € 9.000.000,00 an Kosten anstehen würden für etwas über 500 Parkplätze, was dann pro Stellplatz, Baukostenindexsteigerung rechne jetzt gar nicht mit, knapp an die € 20.000,00 pro Stellplatz kosten würde. Das muss man auch erst einmal zurückverdienen und deswegen komme ich zurück zu diesem Punkt. Schauen wir uns das bitte alles an, wie wir im gesamten Großraum, entlang der S-Bahn-Achsen, entlang der Buskorridore mit Bike & Ride und Park & Ride sehr gut auskommen können, und wenn dann in diesem Konzept auch der eine oder andere Standort in Graz als sinnvoll angesehen wird, dann wird man sich dem nicht verschließen. Aber zum einen haben wir nicht einfach nur Mittel zur Verfügung, die wir, weil wir gerade lustig sind oder weil wir das sexy finden, entschuldigen Sie das Wort, oder attraktiv finden, das einfach in die Hand nehmen und ausgeben, weil es dann einfach nicht wiederkommt. Am Montag, dem 22. lange eingeladen in der letzten Regionalvorstandssitzung des steirischen Zentralraums von der Frau Kerstin Weber angekündigt, gab es einen Ausflug, Regionalverband Südweststeiermark, Zentralraum Steiermark, unter anderem Bahnhof Weststeiermark, Deutschlandberg, wo riesengroße Park & Ride und Bike & Ride Anlagen gebaut werden, wohnortnahe. Der geht in einem Jahr in Betrieb dieser Bahnhof und wenn man sich Hengsberg anschaut, wenn man sich andere Bahnhöfe anschaut entlang dieser Linien, wenn man auch einmal vielleicht kurz nachschaut, was im Land dazu schon geplant ist, es wird in den Regionen ausgebaut, es wird Park & Ride aber auch Fahrrad und Zug ausgebaut, weil das natürlich auch dementsprechend billiger wäre und insofern sehe ich hier die

Dringlichkeit nicht, dass man das heute hier, nur weil es dem Markus Huber gut gefällt und weil er es natürlich den Medien erzählt hat, entscheidet. Fahrt lieber auf diese Bildungsfahrten, auf diese Austauschfahrten mit dem Regionalverband mit, ihr habt es ja auch hier im Gemeinderat schon angebracht, dass euch das so wichtig wäre, aber nein, am Montag, dem 22. war kein einziger Gemeinderat der ÖVP, kein Stadtratsmitglied und auch kein Mitarbeiter der beiden Stadträte der ÖVP mit dabei. Mit dabei war ein Mitarbeiter der Frau Bürgermeisterin und meine Wenigkeit. Vielen Dank.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Herr Gemeinderat Wagner hat sich zu Wort gemeldet.

Gemeinderat **Wagner:**
Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Antragsteller.
Also, ich sage auf jeden Fall Danke für diesen Dringlichen Antrag. Ich sehe das natürlich naturgemäß ein bisschen anders als es der Kollege Dreisiebener sieht. Ich sehe das schon als dringlich an, denn zwei Jahre ist in diese Richtung jetzt nichts passiert und schon langsam müssen wir ins Tun kommen. Ich glaube, wir hätten auch schon zwei Jahre Zeit gehabt, sich das genau anzuschauen und da muss man jetzt auch ein bisschen was umsetzen.
Am Murpark gibt es auf jeden Fall eine sehr starke Auslastung, da gehört ausgebaut. In Webling gibt es auch sehr gute Möglichkeiten. Ich würde auch in Puntigam unter Umständen was andenken, aber du hast natürlich recht, dass die Regionen an den Bahnhöfen natürlich auch ausbauen, und das ist ja in Ordnung, dass das so ist, nimmt halt Graz nicht aus der Verantwortung.
Ganz interessant finde ich allerdings, dass seitens Karl Dreisiebner überhaupt kein Wort für die Fahrradparkgaragen und Tiefgaragen übriggeblieben ist. Ich habe gedacht, das ist eigentlich euer Kernthema. Anträge hat es von meiner Seite gegeben,

hat es von eurer Seite gegeben, geben tut es trotzdem nach zwei Jahren keine, gleich wie wir zwei Jahre brauchen, um dann darauf zu kommen, dass wir eine Wohnstraße nicht umsetzen. Ich glaube, schon langsam müssen wir ins Umsetzen kommen. Die zwei Jahre Schonfrist sind vorbei. Deshalb bitte ich um breite Zustimmung und dass in puncto Park & Ride Anlagen und in puncto Fahrradgaragen in der Stadt etwas passiert. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Zu Wort gemeldet, als Nächster, hat sich Gemeinderat Eustacchio.

Gemeinderat **Eustacchio:**
Frau Vizebürgermeisterin, Frau Stadträtin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Es ist schon verwunderlich, dass man ein sehr gut funktionierendes System mit dem Murpark nicht weiter andenkt auszubauen. Wir haben dort eine ideale Situation. Wir fangen den Verkehr direkt von der Autobahn ab. Wir haben dort Straßenbahnanbindung, Busanbindung, sogar Zuganbindung. Wir haben Radanbindung, ist eine eigene Radwegstrecke. Es ist geradezu lächerlich zu sagen, wir müssten noch irgendwas evaluieren. Da gibt es nichts mehr zu evaluieren. Da gibt es ein Grundstück, es gehört bebaut. Und wenn du, Karl Dreisiebner, sprichst über die Kosten, muss ich sehr schmunzeln, weil wenn wir dort den Effekt haben, Autos abzufangen, die nicht in die Stadt hereinfahren und argumentierst das dann mit Kosten, dann ist das lächerlich, weil das, was die Stadt gerade investiert an Ausbauten, wo ich die Effizienz in keiner Weise erkennen kann, wo ich sicher bin, dass die Kosten in keinem Verhältnis zum Nutzen stehen, da ist diese Argumentation in keiner Weise zu verstehen. Also, meine Damen und Herren, in Wirklichkeit gehört dann jeder Einfahrtstraße nach Graz eine ordnungsgemäße und eine gut funktionierende Park & Ride-Anlage errichtet. Die Infrastruktur dazu aufgebaut, ob es Straßenbahn ist, ob es Bus ist, das ist machbar. Da ist in der letzten Periode schon sehr viel passiert, einfach

umsetzen und sich nicht herausreden und sagen, wir müssen irgendwas evaluieren, was schon längst evaluiert ist.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Es gibt keine weiteren Wortmeldungen, wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit des Antrags? Das ist, wenn ich es jetzt recht sehe, einstimmig. Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist einstimmig angenommen, dann kommen wir zum Inhalt des Antrags, gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Herr Kollege.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

Gemeinderat **Kozina-Voit:**
Lieber Antragsteller, ich danke auch von dieser Seite für den Antrag. Park & Ride ist ein dringendes Thema, weil wir einfach sehr viel Verkehr über die Stadtgrenze haben jeden Tag, sehr viel davon Autoverkehr von 80 % und natürlich den reduzieren möchten. Ich glaube, soweit sind wir uns einig und die Frage ist dann aber natürlich, in welcher Dimension soll das passieren und wie?
Wenn wir jetzt insgesamt schauen, weiß nicht, wer die Zahlen im Kopf hat, 180.000 Menschen kommen jeden Tag mit dem Auto über die Stadtgrenze. Bis 2040 sollen das weniger sein, 55 %, das wären jetzt ungefähr 100.000, die das dann machen und da gibt es jetzt natürlich verschiedene Möglichkeiten, wie das geht. Wir müssen uns das inhaltlich jetzt im Detail anschauen. Mit Park & Ride am Stadtrand, wir hätten diese 500 im Murpark., vielleicht 1500, wenn man das so aufrechnet, wie du das gemacht hast, dann hätten wir jetzt statt 180.000, 178.500. Das ist halt weniger als ein Prozent, den man da abfangen kann. Wenn ich dafür dann, sagen wir einmal, Hausnummer 30 Millionen investiere, dann muss ich mir natürlich die Frage stellen, wie effektiv ist das?

Wenn ich das mit Groningen vergleiche, ich habe mir das jetzt auch angeschaut, die haben dort 4.000 Stellplätze in ihren Parkgaragen rundherum. Na ja, dann haben wir 176.000 statt 180.000, dann haben wir vielleicht 2 % abgefangen. Also das sind jetzt nicht die großen Verlagerungen, es sind gleichzeitig enorme Investitionen. Wir verbauen viel Beton, wir versiegeln viel Fläche, aber verkehrlich wird es in der Stadt wahrscheinlich nicht einmal spürbar sein, dass da weniger Autos sind. Es hilft auch dem Klima nicht so viel. Auch da ein kleines Rechenbeispiel, wenn ich Park & Ride am Stadtrand mache, kommen die Autos schon 16 Kilometer dahin im Durchschnitt, dann fahren sie die letzten vier Kilometer vielleicht mit der Straßenbahn. Das heißt, ich habe pro Fahrt eine CO2-Reduktion von ca. 20 %. Wenn die aber gleich draußen in Gleisdorf zum Beispiel zum Park & Ride Platz fahren, dann fahren sie die ersten vier Kilometer mit dem Auto und die restlichen 16 dann mit dem Zug in die Stadt. Das heißt, da habe ich eine CO2-Reduktion pro Fahrt von 80 %. Und wenn Sie dann vielleicht noch draufkommen, dass Sie diese vier Kilometer auch mit dem E-Bike fahren könnten, die von zu Hause zum Bahnhof zurückzulegen sind, dann habe ich überhaupt eine CO2-Reduktion von 95 % oder mehr.

Deshalb ist es aus Klimaschutzsicht sehr klar, dass man die Park & Ride-Plätze so nah wie möglich immer am Ausgangspunkt bauen versucht. Also nicht an der Stadtgrenze, nicht an der Autobahnabfahrt, sondern an der nächstgelegenen S-Bahn-Station, an der nächstgelegenen Regionalbusstation, inklusive auch Bike & Ride, inklusive vielleicht Ladestationen für E-Fahrzeuge. Das heißt, dass man den Verkehr da möglichst früh abfängt und dann möglichst lange Teile des Weges wirklich mit dem ÖV zurücklegt. Im Umkehrschluss heißt es dann eben PR-Strategie, PR-Plan, ja, brauchen wir, brauchen wir für das gesamte Einzugsgebiet von Graz. Wir wissen, das Land ist da dran. Wir hoffen, dass da wirklich jetzt bald einmal etwas vorliegt und dann im Zuge dessen müssen wir schauen, was wird die Rolle von Graz sein, was ist da sinnvoll. Bis der vorliegt, ist die Idee wirklich auch zu sagen, was ist jetzt, was wissen wir schon, das effektiv ist. Das heißt jetzt für gerade den Stadtgrenzüberschreitenden Verkehr, dass wir schauen, dass wir die Kapazitäten ausbauen, dass wir da den Masterplan ÖV umsetzen, so wie wir ihn alle einstimmig beschlossen haben, dass wir die GKB-Strecke

mit den Nahverkehrsknoten im Grazer Westen ausbauen, dass wir den Bahnhof Gösting im Norden ausbauen, dass wir entlang der Ostbahn im Grazer Osten die Strecke erweitern und elektrifizieren und am Ende auch den S-Bahn-Tunnel unter der Innenstadt bauen. Das wären Maßnahmen, die jetzt wirklich auch effektiv sind, die auch viel Vorlaufzeit haben, die auch viel kosten. Zusätzlich natürlich Radwege weiter ausbauen und vielleicht auch Anreize setzen, um den Pendlerverkehr einzudämmen, weil schön wäre es natürlich, wenn man nicht nur nach Graz einpendelt zum Arbeiten, sondern wenn Graz sowieso auch attraktiv ist zum Wohnen, dass man diese Wege vielleicht am Ende des Tages überhaupt nicht mehr in dieser Menge hat.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Kollegin.

Gemeinderätin **Unger:**
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte noch einmal auf den genauen Antragstext hinweisen, in dem es nämlich heißt, dass es gilt einen Plan vorzulegen, damit man auch in den Bereichen von Andritz, Webling, aber eben auch Murpark und anderen weiß, wie es weitergeht und das in einer durchaus absehbaren Zeit.
Niemand spricht davon, dass die Idee, den Verkehr möglichst außerhalb der Stadtgrenze abzufangen, schlecht ist. Ich teile diese Dinge, ich glaube allerdings, dass es verschränkt werden muss, denn auch in Graz wird es Bedarf geben und es ist einfach zum Teil auch ein erfolgreiches Konzept.
Ich glaube, was uns eint, ist, dass wir schauen, dass der Individualverkehr der Einpendler und Einpendlerinnen so gut wie möglich reduziert wird, da sind wir uns einig.
Ich darf kurz bei dem Rechenbeispiel bleiben, wenn wir davon ausgehen und seien es nur 150.000 Menschen, die pro Tag in die Stadt einpendeln, möchte ich das nur

veranschaulichen, was das bedeutet, wenn wir lange zuwarten und nichts machen, weil es sind viele Millionen von Fahrten, die jeden Tag gemacht werden und insofern ist es natürlich eine Belastung für die Stadt und da könnten wir entsprechende Handlungen setzen, damit die Leute auch entsprechend umsteigen können.
Also die Berechtigung der Frage, wann da endlich damit zu rechnen ist, dass etwas weitergeht und dass auch die Menschen, die davon betroffen sind, eine Antwort bekommen, ist legitim und ich möchte mich am Schluss auch sehr dagegen verwehren, dass wir das Thema Park & Ride diskutieren, weil es dem Kollegen Huber gerade so einfällt, wie es der Karl Dreisiebner gesagt hat. Das ist ein ernsthaftes Interesse, sich an einer konstruktiven Art der Verkehrszukunft zu beteiligen. Ich bitte, das zu berücksichtigen. Das sind Vorschläge, die durchaus im Sinne des Modal Splits sind, und da sollten wir uns einigen. Ich glaube, ein Antrag, der gestellt wird, hat auch das Recht, entsprechend ernst genommen zu werden. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Wünscht der Antragsteller das Schlusswort?

Gemeinderat **Huber**:
Vielen Dank. Ich finde es ehrlicherweise ein bisschen traurig, dass weder auf die Fahrradgarage noch auf die Fußgängerzone in der Schmiedgasse eingegangen wird. Auch wenn wir es nicht im Dringlichen Antrag selbst nennen dürfen, auch da haben wir bis jetzt keine Erklärung gehört, warum wir das nicht dürfen. Aber ok. Ich glaube, da nehmen wir das Thema ein bisschen ernster als die Grünen an sich, das Thema mit der Verkehrsberuhigung. Ansonsten verstehe ich nicht, warum man diesem Dringlichen Antrag, der wirklich konstruktiv gemeint ist, nicht zustimmen kann. Ich muss mich auch hier verwehren und hier anknüpfen, wo meine Kollegin Claudia Unger geschlossen hat. Also, nur wegen der medialen Berichterstattung machen wir das nicht, lieber Kral

Dreisiebner. Den Ball kann ich dir eins zu eins zurückspielen, weil diese Doppelseite über die Reise nach Groningen, wo groß angekündigt worden ist, dass die Stadt Groningen jetzt das große Vorbild der Stadt Graz ist, nur damit du da am Rednerpult herumerzählst, dass wir es doch anders machen als Groningen. Also ganz habe ich das auch nicht verstanden. Noch dazu hat sich das bei dir als Klubobmann nicht herumgesprochen, dass der Antrag doch dringlich ist für deine Fraktion, aber schön, dass ihr es gemacht habt, danke dafür.
Lieber Kollege Kozina-Voit, also es sind ein bisschen mehr Plätze, wenn man wirklich das seriös rechnet mit den Tiefgaragen und den Park & Ride Anlagen, sind das fast 12.000 Stellplätze für die Autos. Das müssen wir schon seriös rechnen und nicht nur die Park & Ride Anlagen herausnehmen.
Insgesamt muss ich sagen, es ist ja sehr nett, wenn ich immer höre, wir haben für alles eine Arbeitsgruppe und wir sind da dran und wir schauen uns das an und dort ein bisschen, da sind wir dabei. Ihr habt für alles eine Arbeitsgruppe, nur es kommt halt nie etwas dabei heraus, langsam läuft uns die Zeit davon, wie das meine Kollegin Unger angesprochen hat. Wir glauben, die Pläne sind fertig, wir müssen nur mal ins Tun kommen. Deswegen hoffen wir, dass es für diesen Antrag eine Zustimmung gibt.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Bevor wir zur Abstimmung kommen, würde ich gerne nur eines berichtigen von meiner Seite, was die Reise nach Groningen anbelangt. Die Reise nach Groningen war eine Einladung der Stadt Groningen. Die Einladung ist auch in die Gegenrichtung erfolgt, war schon heute angekündigt durch die Frau Bürgermeisterin im Juni mit einer Ausstellung im Haus der Architektur, wozu wir herzlich einladen. Da werden wir viel sehen über Stadtentwicklungsprojekte in der Stadt Groningen. Der Anlass war 50 Jahre Städtepartnerschaft. Begleitet wurde die Delegation der Stadt von zwei Journalisten, eine Journalistin, einem Journalisten, und die haben unabhängig berichtet, wie sie die Reise erlebt haben. Es ging nicht um die Verkehrssituation allein in Groningen, sondern um eine Stadt kennenzulernen, und das haben die Journalisten versucht abzubilden.

Gut, wir kommen zur Abstimmung über den Antrag. Wer ist für den Dringlichen Antrag? Das ist die Minderheit. Gegenprobe. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

9.3 Masterplan „Sicherheit in Grazer Bädern“

(GR Potzinger, ÖVP)

Gemeinderätin **Potzinger:**
Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns immer noch zuschauen, herzlich willkommen.
Ich habe einen Dringlichen Antrag, wo ich mir denke, der hat kein parteipolitisches Mascherl. Das ist ein Anliegen, das wir gemeinsam vertreten, da geht es um die Sicherheit, vor allem die Sicherheit der Kinder und der Frauen in den Grazer Bädern und deswegen hoffe ich, dass wir auch über Koalitionsgrenzen hinweg auch einmal konstruktiv zusammenarbeiten und so eine Mehrheit finden.
Ich möchte jetzt nicht den ganzen Antragstext vorlesen, ihr wisst, worum es geht, es war medial lesbar und hörbar, dass es Übergriffe gegeben hat in den Grazer Hallenbädern. Einer Frau wurde eine Zehe gebrochen, im Bad zur Sonne, in der Auster gab es heuer schon über 30 Betretungsverbote, die ausgesprochen werden mussten, vor allem gegenüber Jugendlichen, die da übergriffig wurden, und man kann etwas dagegen tun, man kann präventiv etwas tun, man kann das Personal dann noch besser schulen und die Eltern miteinbeziehen und vor allem auch die Polizei, unseren Freund und Helfer oder meine Kollegin Sabine, die ja Polizistin ist. Also die Polizistin, deine Freundin und Helferin, da auch einbeziehen. Ich verweise da auf Beispiele aus Bayern,

aber auch auf Wien und Baden bei Wien. Wien und Baden bei Wien haben kein parteipolitisches Mascherl. Wien ist rot-pink regiert, Baden bei Wien ist schwarz regiert. Seit 2016 gibt es das Angebot, dass Polizistinnen und Polizisten sich ausweisen, wenn sie ein Schwimmbad betreten und dafür gratis Eintritt haben. Sie erklären sich bereit, wenn irgendein Vorfall passiert, der geahndet werden muss, dass sie sich sofort in Dienst stellen und somit rasch vor Ort sind.
Unsere Badegäste, ich habe da geschrieben, zahlende Badegäste, bitte um Entschuldigung, natürlich jeder, egal ob er jetzt viel oder wenig zahlt aufgrund seiner Situation, jeder Badegast ist uns gleich viel wert und jeder hat einen Anspruch natürlich auf technisch und hygienisch einwandfreie Bäder, aber vor allem auch auf ein sicheres und störungsfreies Badevergnügen. Jung und Alt gehen gerne in unsere Schwimmbäder und für ihre Sicherheit können wir etwas tun, als Stadt Graz. Die Bitte richtet sich ganz besonders an unseren Herrn Beteiligungsstadtrat Manfred Eber, der ersucht wird, möglichst rasch, spätestens bis Anfang Juni, ein Sicherheitskonzept zu erarbeiten und in einer Sitzung der Stadtregierung vorzustellen, das auf den bisherigen Erfahrungen mit Täterinnen und Tätern abzielt und die Problemfelder analysiert. Wir machen dazu dann auch gleich ein paar konstruktive Vorschläge. Die Sicherheit des Badebetriebs ist jederzeit zu gewährleisten und die Bediensteten müssen das Hausrecht durchsetzen können. Schulungen durch die Polizei sollen die Bediensteten darauf vorbereiten, deeskalierend zu wirken und bei Konflikten zu intervenieren. Ein Herzensanliegen, die Sicherheit für Kinder soll im Sinne des Motivenberichts verstärkt werden und Schulungen durch diverse Träger für die Bediensteten sollen angeboten werden. Die Grazer Freizeitbetriebe müssen mit aller Konsequenz Badeverbote für die gesamte laufende Badesaison gegen Randalierer verhängen können. Durch die Aufnahme der Personalien, der Störenfriede und wirksame Einlasskontrollen sollen diese Hausverbote durchgesetzt werden können. Sensible Bereiche wie Umkleidekabinen, Sanitärbereiche und Spielplätze sind noch intensiver zu kontrollieren und in geeigneter Form zu beachten.
Last but not least, die zuständigen Stellen werden aufgefordert zu prüfen, in welcher Form die Regelung, dass Polizeivollzugsbeamt:innen, die sich an der Badekasse mit

ihrer Dienstnummer registrieren, kostenlosen Zutritt in das Bad erhalten und so im Bedarfsfall unterstützend eingreifen können. Wie das in Graz umsetzbar wäre, meine Kollegin Sabine wird noch darauf eingehen, da werden wir aus berufenem Munde noch mehr hören. Es gilt jetzt wirklich rasch zu handeln, die Freibad-Saison steht vor der Tür, hoffentlich, wenn der Petrus wieder einmal für wärmere Temperaturen sorgt, wie wir ja schon hatten. Ich hoffe wirklich, dass wir da gemeinsam etwas erreichen.
Kleine Schlussbemerkung: Ihr habt uns heute in der Früh, liebe KPÖ, einen Abänderungsantrag zukommen lassen, wo der erste Satz wortident von meinem Antrag übernommen wurde, was mich sehr freut. Das heißt, dass das Thema uns gemeinsam wichtig ist. Wenn ihr wirklich glaubt, ihr müsst es jetzt noch ein bisschen umformulieren und damit dann euren Abänderer durchbringen, damit ihr gewonnen habt und wir wieder einmal nicht durchgekommen sind mit unserem Antrag.
Es wäre halt ein schönes Zeichen, glaube ich, auch für die Öffentlichkeit, dass die zwei größten Fraktionen im Haus auch über Koalitionsgrenzen hinweg gemeinsam federführend tätig sind, um für die Sicherheit in den Grazer Freibädern zu sorgen und in den Hallenbädern vor allem im Interesse der Frauen und der Kinder, aber aller Badegäste, dass die vergnüglich das Baden genießen können, ohne gefährdet zu werden. Ich bitte deswegen höflich um Annahme.

Originaltext des Antrages:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!

Die Grazer Frei- und Hallenbäder sind Orte der Erholung, Entspannung, sind Freizeitstätten für Familien und Kinder, die hier Spiel, Spaß und Sport suchen und finden.

Leider sorgen mittlerweile Zwischenfälle in Grazer Bädern immer wieder für Aufregung und Unruhe. Erschreckende und besorgniserregende Zustände, wie in Freibädern in Berlin und anderen deutschen Städten, blieben Graz bislang erspart. Und doch erkennen wir Parallelen zu Wiener Bädern, die das vergangene Jahr über mit Schwierigkeiten, wie diversen Übergriffen, Tätlichkeiten etc., zu tun hatten, die nun leider auch

vermehrt in Grazer Hallenbädern auftreten. Das gibt uns Anlass zur Beunruhi-gung und muss zu einer Ergreifung von Maßnahmen für eine reibungslose Freibad- saison 2024 führen.

Im Bad zur Sonne, das gerade in der Winterzeit ein beliebtes Familienbad ist und in dem Kinder oftmals schwimmen lernen, kam und kommt es leider vermehrt zu Situationen, die alarmierend sind. Immer wieder klagen Badegäste über die Nichteinhaltung der Haus- und Badeordnung, über unangenehme Situation, die gerade Frauen betreffen, aber leider auch über Zwischenfälle, die die körperliche Unversehrtheit von Badegästen beeinträchtigen. So berichtete die Kronen Zeitung von einer Schwimmerin, die aufgrund rücksichtslosen bzw. vermeintlich vorsätzlichen Verhaltens junger Burschen einen Zehenbruch davongetragen hat. Dem Vorfall gingen Beschwerden der später verletzten Dame an die Badeaufsicht voraus, sie fühlte sich nach eigenen Aussagen nicht ausreichend geschützt. Leider kein Einzelfall, wie berichtet wurde.

Auch im Auster Sport- und Wellnessbad mussten bereits über 30 Jugendliche mit einem Badeverweis bzw. -verbot belegt werden, auch die Exekutive musste schon zu Hilfe gerufen werden.

Diese Vorkommnisse sind im Hinblick darauf, dass die Badesaison noch nicht einmal gestartet hat besonders alarmierend und die Grazer:innen sind daher verständlicher weise über die Sicherheitslage in den Bädern in der bevorstehenden Sommer Badesaison besorgt.

In Wien, aber auch in verschiedenen bayrischen Städten, reagierte man mit notwen-digen Maßnahmen auf sexuelle Übergriffe, Störungen und Randale, um das Sicher-heitsgefühl der Badegäste zu erhöhen. Hier wurden beispielsweise unter anderem Vereinbarungen mit der Polizei getroffen, nach denen Polizist:innen die Freibäder unentgeltlich nutzen können, wenn sie ihre Dienstnummer hinterlassen, und sich im Ernstfall in den Dienst stellen, um die Bäderbediensteten bis zum Eintreffen der uniformierten Einsatzkräfte unterstützen.

Um der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern Folge zu leisten und ihnen unbeschwerte Badetage zu ermöglichen, werden in Wien besondere Schulungen für alle im Publikumsbereich tätigen Bediensteten durchgeführt, die helfen sollen, zu

sensibilisieren, und präventiv zu wirken, um mögliche verdächtige Verhaltensweisen und Gefahrenpotenziale, vor allem in Bezug auf Übergriffe, bereits im Vorfeld zu erkennen. Im konkreten Verdachtsfall erfolgt die umgehende Verständigung der Polizei. Die zahlenden Badegäste haben nicht nur Anspruch auf technisch und hygienisch einwandfreie Bäder, sondern müssen sich auch darauf verlassen können, dass in den Bädern strikt darauf geachtet wird, dass ein störungsfreies Badevergnügen gewährleistet ist. Es ist schlicht nicht hinzunehmen, wenn eine Minderheit von Störer:innen die Nutzung der öffentlichen Grazer Bäder vor allem für Familien, Frauen und Kinder unmöglich macht. Ein reibungsloser Sommer in den Bädern wird anscheinend nur mit konsequentem Vorgehen, das auf strikten Regeln und neuen Sicherheitskonzepten basiert, möglich sein.

Daher stelle ich namens des Gemeinderatsclubs der Grazer Volkspartei den folgen den

***Dringlichen Antrag**:*

Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept zu erarbeiten und in einer Sitzung der Stadtregierung vorzu stellen, das auf den bisherigen Erfahrungen mit Störer:innen, Täter:innen und Täter:innengruppen und den angezeigten Vorfällen und Problemfeldern basiert.
Dieses Konzept soll unter anderem folgende wesentlichen Punkte berücksichtigen:

- *Die Sicherheit des Badebetriebes ist jederzeit zu gewährleisten und die Bediens teten müssen das Hausrecht durchsetzen können. Schulungen durch die Polizei sollen die Bediensteten darauf vorbereiten, deeskalierend zu wirken, und bei Konflikten zu intervenieren.*
- *Die Sicherheit für Kinder soll im Sinne des Motivenberichts verstärkt werden und Schulungen durch diverse Träger für die Bediensteten angeboten werden.*
- *Die Grazer Freizeitbetriebe müssen mit aller Konsequenz Badeverbote für die ge samte laufende Badesaison gegen Randalierer:innen verhängen können. Durch*

die Aufnahme der Personalien der Störer:innen und wirksame Einlasskontrollen sollen diese Hausverbote durchgesetzt werden können.

- *Sensible Bereiche, wie Umkleidekabinen, Sanitärbereiche und Spielplätze, sind noch intensiver zu kontrollieren und in geeigneter Form zu beobachten.*
- *Die zuständigen Stellen werden aufgefordert, zu prüfen, in welcher Form die Regelung, dass Polizeivollzugsbeamt:innen, die sich an der Badekasse mit ihrer Dienstnummer registrieren, kostenlosen Zutritt in das Bad erhalten und so im Bedarfsfall unterstützend eingreifen können, in Graz umsetzbar wäre.*

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es Wortmeldungen? Wortmeldungen zur Dringlichkeit des Antrags? Sehe ich keine, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Das ist einstimmig. Gegenprobe. Das ist einstimmig angenommen.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

Dann kommen wir zum Inhalt des Antrags, es gibt Wortmeldungen? Bitte, Frau Kollegin Pogner.

Gemeinderätin **Pogner:**
Geschätzte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, verehrte Zuseher auf der Galerie und bei der Live-Übertragung. Folgendes: Und zwar im Abänderungsantrag steht ja drinnen, an und für sich, dass sich die Holding darum kümmern sollte. Fakten sind, dass ja bereits in den Bädern eine Badeordnung gibt und in dieser Badeordnung geht hervor, dass sich alle Badegäste daran halten sollen, um die Aufrechterhaltung der Ordnungssicherheit zu gewährleisten. Wie wir wissen, funktioniert das leider nicht die ganze Zeit und auch Anstandsregeln sind zu beachten. Und nachdem das natürlich nicht fruchtet und auch andere Dinge, wie wir gehört

haben, momentan in den Bädern passieren, wäre es natürlich schon sinnvoll, dass man Maßnahmen umsetzt, die wir jetzt schon umsetzen können. Und dazu würde eben gehören, dass die Idee, was es ja auch in Wien gibt, dass wir, also, für Polizisten und Polizistinnen, mit Hinterlegung zum Beispiel unserer Visitenkarte an der Kasse, freien Eintritt gewährt bekommen und dann durch zum Beispiel ein Codewort aufgerufen werden können, wenn es irgendwo zu einem Ernstfall kommen sollte, dass wir schnell vor Ort sind und dann das Bäderpersonal unterstützen könnten, bis zum Eintreffen der uniformierten Einsatzkräfte.
Das wäre natürlich eine Maßnahme, die könnte jetzt schon im Mai umsetzen und da bräuchte ich kein großes Sicherheitskonzept mehr ausarbeiten über die Holding, sondern das ist natürlich toll, wenn die Holding ein eigenes Konzept dann in der Folge auch macht, aber das wäre eben etwas, was wir eben schon gleich machen könnten und das wäre natürlich super, wenn Sie da mitgehen könnten.
Das Weitere wäre ja auch, gerade bei solchen Einsätzen bräuchte man schon ein bisschen geschultes Bäderpersonal, die vielleicht ein paar Deeskalationstechniken erlernen könnten, um eben schnell eingreifen zu können und das hat sich ja bereits auch schon bei der Ordnungswache bewährt, dass die Polizei dieses Personal geschult hat und warum sollte das auch nicht im Fall von einem Bäderpersonal stattfinden können?
Das ist eigentlich der Grund, warum ich sagen würde, dann würden sich die Gäste, die Badegäste auch jetzt schon sicherer fühlen können in den ganzen Bädern, wenn diese Sicherheit gewährleistet ist. Und wie gesagt, es wäre halt wirklich toll, wenn ihr hier mitgehen könntet und nicht nur darauf abzielt, dass man sagt, ja ok, die Holding soll ein Sicherheitskonzept erarbeiten, das war es ja sowieso passiert, sondern auch, dass ihr bei diesen Maßnahmen dabei seid, die wir jetzt gleich umsetzen könnten. Danke.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Der angekündigte Abänderungsantrag wird jetzt eingebracht.

Gemeinderat **Zirngast:**
Liebe Frau Vorsitzende, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Ich will nur ganz kurz voranschicken, weil das auch die Formulierung war, wer gewinnt, also ich glaube, darum geht es weniger. Es geht darum, dass die Grazer Bevölkerung gewinnt und nicht, ob die ÖVP oder die KPÖ jetzt in dem Fall gewinnt. Es ist ein Abänderungsantrag, der eh auch sozusagen in leicht noch überarbeiteter Form vorliegt. Das heißt aber nicht, dass im Zuge des Antrags, da wird ja sowieso der beteiligte Stadtrat beauftragt, mit den bestehenden Erfahrungen und mit der Holding ein gemeinsames Konzept zu erarbeiten. Und da fließen natürlich eben nicht nur die bestehenden Erfahrungen ein, die sich aber ohnehin, schätze ich einmal, mit den Punkten decken, die auch im ursprünglichen Antrag sind, sondern sicherlich auch diese Punkte, die da angeführt werden, die ja, glaube ich, großteils auch durchaus gut sind und zumindest zu bedenken sind.
Ich will nur darauf hinweisen, es gibt sehr wohl auch schon das Projekt des Frauenreferats, nämlich „Luisa geht schwimmen“. Das ist sozusagen die Fortführung für die Bäder von „Luisa ist da“, seit Ende Juni 2022 und im Zuge dessen, aber nicht nur im Zuge dessen, gibt es hier ohnehin auch eine Schulung des Personals in den Bädern. Also, weil es ein bisschen so geklungen hat, es gäbe diese Schulungen nicht, die gibt es ja bereits, verbessern kann man immer alles, habe ich glaube ich, in der letzten Gemeinderatssitzung auch gesagt, oder vorletzten, so irgendwas, da sind wir sicher nie dagegen und genau in diesem Sinne und durchaus auch im Sinne des Antrags, weil uns eben die Sicherheit aller Gäste in den Grazer Bädern wichtig ist, stellen wir eben den

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat wolle beschließen, Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept vorzustellen, in das die

bisherigen Erfahrungen ebenso einfließen wie weiterführende noch zu erarbeitende Maßnahmen.

Originaltext des Antrages:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

selbstverständlich ist uns die Sicherheit und das Wohlbefinden unserer Gäste in den Grazer Bädern ein wichtiges Anliegen. Wir vertrauen bei der Konzepterstellung der Holding Graz und anderen Expertinnen und Experten die wir im Zuge der Konzepterstellung noch hinzuziehen werden und wollen diesen keine Ergebnis-Vorgaben machen.

Namens des Gemeinderatsklubs der KPÖ Graz stelle ich folgenden

***Abänderungsantrag**:*

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Beteiligungsstadtrat Manfred Eber wird ersucht, bis Anfang Juni 2024 ein umfangreiches Sicherheitskonzept zu vorstellen, in das die bisherigen Erfahrungen ebenso einfließen wie weiterführende noch zu erarbeitende Maßnahmen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:

Danke, der Abänderungsantrag liegt vor, Frau Gemeinderätin Robosch, bitte.

Gemeinderätin **Robosch:**

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Antragstellerin. Ich glaube, man hat in der Dringlichkeitsabstimmung sehr wohl gemerkt, dass uns allen das ein Anliegen ist, dass uns allen das auch bewusst ist, dass das dringlich ist und dass es ein Problem

ist. Das sei vorausgeschickt. Nur wie so oft ist die Analyse manchmal die gleiche, aber die quasi Lösung des Problems ein anderes.
Ich muss trotzdem dazu sagen, dass ich mich letzte Woche bei dieser Berichterstattung, die es sogar auf die Kronentitelseite geschafft hat, schon sehr geärgert habe, weil ich bin in die Politik gegangen und ich glaube, viele von uns sind in die Politik gegangen, um Probleme, die es gibt, zu lösen und sie nicht nur in der Krone oder in sonst irgendeiner Zeitung groß aufzuspielen und dann Vorwürfe in andere Richtungen zu machen, ohne eine wirkliche Lösung zu präsentieren. Die kann ich heute zwar in diesem Antrag lesen, ja, aber die konnte ich letzte Woche wirklich in diesem Krone-Artikel nicht lesen.
Wenn ich dann hergehe und mir selbst Gedanken mache und mir auch ein Bild vor Ort mache, dann kommt man sehr schnell darauf, dass es zum Beispiel im Bad zur Sonne de facto kein einziges Schild gibt, das nicht durch Text und auch Text in deutscher Sprache in Bezug auf die Regeln gibt. Und ich habe sehr viele tolle Fotos jetzt auf meinem Handy, wie viel Text man auf ein sehr kleines Schild machen kann, um zu sagen, dass man nicht, wie in allen Hallenbädern sonst auch, nicht vom Beckenrand springen darf, wohingegen auf jeder Autobahn und auch in so vielen anderen Bereichen es universelle Zeichen für Verbote oder Gebote gibt.
Überall anders hat das scheinbar Einzug gehalten, dass man da im Endeffekt Mehrsprachigkeit braucht mit verschiedensten Sprachen, wir wissen, es gibt in der Stadt Graz 120 verschiedene Sprachen, die gesprochen werden, sondern es hilft einfach ein Zeichen. Da sehe ich auch ein bisschen so selber die Schuld auch bei uns selber zu suchen, wenn man sagt so von wegen, wenn man will, dass alle sich an die Regeln halten und es ist ganz klar unser Gebot auch zu sagen, alle haben sich an die Regeln zu halten, dann muss man diese Regeln auch kommunizieren und ob das jetzt in Sprache, in Mehrsprachigkeit ist oder in Bild und Text ist relativ egal, aber es müssen alle erst einmal auch die Regeln verstehen. Deswegen stellen wir heute auch einen Antrag, einen ganz normalen Antrag, den wir auch schon vorher angekündigt haben, für diese Piktogramme und für diese Mehrsprachigkeit, weil am Ende des Tages geht es wirklich um die Lösung dieser Probleme und nicht gleich mit der Brechstange in die

Konfliktlösung zu gehen, sondern erst einmal quasi auf Kommunikation zu setzen und Ausverhandlung zu setzen. Aber das, was mich auch ein bisschen an diesem Antrag ärgert, ist, dass es so getan wird, als wäre jetzt schon so, dass es kein Hausrecht geben würde. Es wird also getan, als würde es jetzt schon quasi nicht eigentlich auch Sache der Bäder sein, dass wenn es Probleme gibt, auch dieses quasi Verweisen von diesen Bädern auszusprechen. Das geht jetzt schon und das einzig sinnvolle oder eines der wenigen sinnvollen Dinge, die ich in diesem Krone Artikel gelesen habe, war, dass der Polizeikommandant oder der Polizeisprecher dort gesagt hat, wir kommen so oder so, bitte ruft uns an, wir kommen auch gerne ins Bad. Also das kann man auch jetzt schon tun und die Polizei hat dort erklärt und ist auch immer so, wir kommen gerne, wenn es Probleme gibt. In dem Sinne würde ich darauf plädieren, dass man da nicht irgendwie uns vorhält, Parteipolitik zu machen oder quasi irgendwelche Erfolge, sich einander nicht zu gönnen, sondern es geht wirklich darum lösungsorientiert und im Sinne aller Grazer:innen für den Zusammenhalt und quasi respektvolles Konfliktausverhandeln einzutreten, anstatt irgendwelche Schuldigen zu suchen und im Endeffekt nur viel Schaum um ein kleines Problem zu machen.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Frau Kollegin Unger.

Gemeinderätin **Unger:**
Sehr geehrte Frau Vorsitzende, sehr geehrte Damen und Herren.
Ich darf am Beginn, das wird jetzt zur Tradition, noch einmal darauf hinweisen, dass man den Antragstext bitte genau lesen möge. Es steht drinnen, dass die angeführten Maßnahmen in den Überlegungen im Sicherheitskonzept enthalten sein sollen, das einmal dazu.
Zweitens möchte ich anmerken, die Frage der Parteipolitik von der Kollegin Potzinger, der Hinweis war, glaube ich, in die Richtung gemeint, dass sich der Antrag vom

Kollegen Zirngast in sehr geringem Ausmaß textlich unterscheidet, jetzt ein bisschen mehr in der zweiten Abhandlung. Aber wir waren grundsätzlich überrascht, dass die große Übereinstimmung gegeben ist und sozusagen diese Sollempfehlung aber nicht Eingang finden kann. Diese Übereinstimmung hätten wir uns gewünscht. Ansonsten glaube ich, können wir das Thema einer politischen Verwertbarkeit in dem Fall schon beenden, aber das ist tatsächlich überraschend. Ich glaube, das Thema ist ernst genug, um sich damit zu beschäftigen auf konstruktive Weise.

Dritter Hinweis zum Thema Textpiktogramme und auch das Ausverhandeln möchte ich sagen, es ist mit keinem Wort am Anfang davon die Rede gewesen, dass man auf irgendeine besondere Gruppe abzielt, erstens.

Zweitens glaube ich, sind gewisse Regeln einfach einzuhalten, auch ohne, dass es Hinweise gibt. Im Zusammenleben sind gewisse Dinge nicht zu verhandeln und wenn Leute tätlich angegriffen werden, wenn sich Leute fürchten müssen, wenn Leute auch Betretungsverbote aus gutem Grund bekommen, muss ich ganz ehrlich sagen, glaube ich, ist es Zeit für ordentliche Vorschriften und entsprechende Handlungen, um für die großen Mehrheiten der Menschen, die in Bädern Erholung, Freizeit und Unterhaltung mit ihren Familien suchen, eine entsprechend angenehme Situation einfach zu gewährleisten. Ich hoffe, dass wir uns in diesem Punkt einfach einig sind, weil darum geht es darum, dass wir für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Graz entsprechende Angebote machen, dazu gehört auch, man kann sich entspannen in angenehmer Atmosphäre in einem Freibad und ich muss nicht ausverhandeln, wenn mir der Fuß gebrochen worden ist oder die Zehe, wie es im Moment der Fall war, ich glaube, es gibt da einfach Grenzen.

Warum haben wir konkrete Punkte angeführt? In dem Konzept ist einerseits die Rede von einem Sicherheitskonzept bis Juni 2024. Wir wissen, dass dann die Badesaison bereits Fahrt aufgenommen haben wird. Wir wissen aus den Beobachtungen auch aus anderen Regionen oder auch Ländern, dass sich die Situationen im Sommer eher zuspitzt und nicht beruhigen werden. Insofern ist durchaus schnelles Handeln angezeigt. Es gibt konkrete Vorschläge und diese rasche Hilfe, die konkreten Vorschläge kommen den kommenden Bürgerinnen und Bürgern zugute. Ich glaube, wir

müssen bei der ganzen Diskussion auch darauf setzen, es gibt ein gewisses Maß an Verantwortung, dass man den Nutzern der allgemein zugänglichen gemeinschaftlichen Fläche in der Stadt Graz einfach zutrauen muss. Das möchte ich in diesem Zusammenhang auch einmal sagen. Es ist eine Verantwortung einzufordern auch, wenn Leute gemeinsam Plätze nutzen. Das soll so funktionieren, dass es für alle angenehm ist und wünschenswert. Projekte wie „Luisa schwimmt“ genannt worden sind oder auch zum Beispiel die Frauenbeauftragte, die Aktion im Margaretenbad gemacht hat mit einfach einem Badeareal, wo sich Frauen entsprechend zwanglos und ohne irgendwelche Ängste von Body Shaming bis Belästigung aufhalten können. Der Idealzustand muss bitte schon immer sein, dass das nicht notwendig ist. Das ist, glaube ich, ein vernünftiger Beitrag dazu, danke.

Vorsitzwechsel – Bgm^{in} Kahr übernimmt den Vorsitz (18.50 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:
Das ist richtig, gibt es weitere Wortmeldungen? Bitte, Herr Stadtrat Eber.

Stadtrat **Eber**:
Danke, liebe Frau Bürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Sissi Potzinger. Zunächst einmal, ich glaube, es ist uns allen klar, so wie es jetzt auch die Claudia Unger gesagt hat, es geht darum, den Menschen in unserer Stadt einen sicheren und angenehmen Aufenthalt in unseren Bädern zu ermöglichen. Das ist natürlich ein Ziel, das uns alle eint. Ich war sehr angetan heute, muss ich sagen, von der Wortmeldung auch von der Anna Robosch, mit dem Hinweis auch, oder mit dem Antrag, den du eingebracht hast, Piktogramme zu machen, also das sind natürlich alles so Punkte oder einzelne Maßnahmen, die mithelfen können, um eben diesen sicheren und angenehmeren Aufenthalt zu gewährleisten. Tatsache ist jedenfalls auch, und das möchte ich schon an dieser Stelle auch sagen, so ganz unerträglich ist die Situation nicht in unseren Bädern, soll auch nicht sein, ist eh klar, es hat tatsächlich, und das war

ja der Ursprung von diesem Zeitungsartikel, der ja schon angesprochen worden ist, es hat tatsächlich, ich glaube, am 1. Juli Wochenende in einem Grazer Bad sehr massive Probleme in der Hinsicht gegeben, dass eben Jugendliche oder junge Erwachsene sehr aggressiv schon gegenüber dem Bäderpersonal aufgetreten sind. War bislang eigentlich der einzige Zwischenfall so in einem größeren Ausmaß, ansonsten gibt es natürlich immer wieder Einzelfälle, wo sich einzelne Leute halt nicht an Bestimmungen und Verordnungen halten, das Problem haben wir aber eh überall und ist natürlich auch in den Bädern nicht anders. Angesprochen wurde bereits, Mitarbeiter:innen sind geschult, gerade auch hinsichtlich Deeskalation, auch Projekt „Luisa geht schwimmen“, also auch da findet eine Schulung statt von Tara, also dieser Frauen-Einrichtung, aber auch von der Polizei, also da werden die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen natürlich schon sehr gut geschult.
Und eines hat die Holding Graz Freizeit ja auch schon angekündigt, nämlich dass auch Mitte Juni ungefähr auch vor allem an jenen Tagen, die besonders stark frequentiert sind, dass da auch Security vor Ort sein wird.
Was jetzt den Antrag selbst betrifft bzw. den Abänderungsantrag von Max Zirngast: Mir ist es persönlich ja auch nur darum gegangen, dass man nicht jetzt irgendwie einengt mit bestimmten Vorschlägen, die schon da sind, sondern im Gegenteil, also wie gesagt, der Vorschlag von der Anna Robosch gehört dann natürlich auch unbedingt mitbehandelt. Es gibt sicher noch zahlreiche weitere Vorschläge. Auch die Vorschläge, die du in deinem Antrag drinnen hast, die werden ja nicht untergehen, sondern die werden natürlich auch mitbehandelt, zumindest bei der Erstellung eines möglichen Sicherheitskonzeptes, das von der Holding Freizeit natürlich in erster Linie gemacht werden wird. Aber was natürlich auch sinnvoll ist, wenn andere Einrichtungen oder Institutionen dann auch dabei sind und zeitlich, Anfang Juni, also ist es, glaube ich, notwendig, wie wir auch gehört haben, weil da die Badesaison natürlich schon voll im Gange ist, und werden wir schauen, dass wir das hinbekommen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Winter.

Gemeinderat **Winter**:

Hoher Gemeinderat, werte Stadtregierung, werte Antragstellerin. Danke, für diesen Antrag, ich finde ihn sehr wichtig und es ist wirklich erstaunlich, welche Wortmeldungen eigentlich hier zu hören sind. Wenn ich mir eine Kollegin Robosch anhöre, dieses gutmenschliche Kleinreden von Problemen und wir werden das schon lösen, wenn wir ein paar Piktogramme aufzeichnen, weil dann werden sich natürlich alle daranhalten, weil vorher war es nicht möglich, weil es steht in 1.000 Sprachen drauf und keiner hat die richtige Sprache finden können. Frau Kollegin, ich weiß, Sie stecken den Kopf in den Sand und schauen da nach unten, aber Fakt ist, das ist eine traurige Verhöhnung der Probleme, die wirklich existieren. Wenn man solche peinlichen Lösungsansätze hier überhaupt präsentiert, ist es eigentlich nur als beschämend zu bezeichnen.

Wir haben hier einen guten Antrag vorliegen, wir brauchen jetzt genau die scharfe Klinge, die auch da gefordert wird. Wir haben diese riesigen Probleme in den letzten Jahren gehabt, wir stehen vor der Badesaison, die in Kürze eröffnet wird. Wir wissen, dass diese Probleme wieder auftauchen und von Seiten der Stadtkoalition kommt nichts anderes als, dass man es verschiebt, irgendwann auf den Herbst und dass man dann ein Sicherheitspaket vorlegt, dann, wenn wieder die Badesaison vorbei ist, wenn ein ganzes Jahr tatenlos ins Land gezogen ist. Wir brauchen jetzt diese Maßnahmen, wir brauchen genau jetzt diese scharfen Maßnahmen, die auch in diesem Antrag gefordert werden, und alles andere ist nichts anderes als ein Kopf in den Sand stecken, ein Negieren der Probleme, eine Verhöhnung der Probleme, und das ist wirklich unerträglich von Ihrer Seite.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall, dann Frau Gemeinderätin Sissi Potzinger, bitte.

Gemeinderätin **Potzinger:**
Danke, liebe Frau Bürgermeisterin, für die Zuteilung des Schlusswortes.
Sehr geehrter Herr Stadtrat, danke für deine Ausführungen, dass du unsere Punkte sehr wohl auch einbeziehen wirst in die Überlegungen. Kollegin Unger hat schon darauf hingewiesen, man soll die Anträge immer genau lesen, da steht nämlich, dieses Konzept soll unter anderem folgende wesentlichen Punkte berücksichtigen. Unter anderem, das heißt, das ist offen, da kann noch vieles einfließen.
Liebe Kollegin Robosch, nur ein Wort, weil du gemeint hast, die Polizei kommt gerne. Nach unserem Vorschlag ist sie schon da und das ist der große Unterschied.
Danke, liebe Kollegin Sabine Pogner, für deine Ausführungen, du bist vom Fach, dir wird man sicher überparteilich glauben. Ich bin froh, dass wir da inhaltlich einen Konsens haben, dass da etwas weitergehen wird, auch die Piktogramme sind nicht schlecht, das gehört ruhig auch einbezogen, dass es schon Schulungen gibt, ist wichtig, aber dass man das noch ausweitet und die Problemlage ist wirklich eine ernste. Was wir gemeinsam wollen, ist dass die Menschen in unseren Freibädern und in den Hallenbädern das Badevergnügen sicher und uneingeschränkt genießen können und deshalb bitte ich um Annahme des Antrags in welcher Form auch immer.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Wir kommen zum Abänderungsantrag, wer ist dafür? Soll ich noch einmal Gegenprobe, damit sie es wirklich sehen? Es ist für die Kollegin, sie hat mich extra gebeten, wichtig immer zu sehen, wer genau dagegen stimmt. Der Abänderungsantrag ist so angenommen, aber letztendlich sind die inhaltlichen Punkte von dir, Sissi, so beschlossen, danke.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Gemeinderätin Zeynep Aygan-Romaner. Hier geht es um den Zugang aller 0- bis 6-Jährigen zur Elementarbildung.

9.4 Zugang aller 0 bis 6-Jährigen zur Elementarbildung

(GR Aygan-Romaner, Grüne)

Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**
Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleg:innen, lieber Gast auf der Galerie und alle, die noch im Livestream sind. Das Jahr 2024 wird uns ein Jubiläum bescheren: Vor 250 Jahren wurde in Österreich die allgemeine Unterrichtspflicht eingeführt von Maria Theresia.
Letzte Woche, oder auch schon vorher, war in den Nachrichten die Meldung: Kärnten hat am 01.09.2023 den Gratis-Kindergarten eingeführt. Was verbindet diese zwei Maßnahmen? Sie sind beide eine Antwort auf die Erfordernisse ihrer Zeit. Die eine Maßnahme vor 250 Jahren: Kaiserin Maria Theresia war der Meinung, dass nur eine Gesellschaft mit einem guten Zugang zu Bildung in der Lage sein wird, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern. Das heißt, in dieser Zeit, wo die industrielle Revolution voll im Einschlagen war, war einfach Bildung essentiell. Und sie sah die Lösung darin, die allgemeine Schulpflicht der 6- bis 12-Jährigen einzuführen. Mit der Zeit wurde deutlich, dass die Altersgruppe einfach erweitert werden musste. Wir wissen, dass heute die allgemeine Schulpflicht 9 Jahre beträgt, und es gibt eine

allgemeine Ausbildungspflicht bis 18 Jahre. Es zeigt sich aber wiederum, dass die Altersgruppe noch einmal erweitert werden muss, nämlich um die Altersgruppe der 0- bis 6-Jährigen.

Längst wissen wir, das ist wissenschaftlich belegt, dass die Arbeit mit 0-6-Jährigen, mit den Kleinsten über die Aufbewahrung und Betreuung hinausgehen muss und zuallererst als Bildungsauftrag gesehen werden muss. Wir haben sich stark verändernde Herausforderungen in der Gegenwart und in der Zukunft. Wir wissen eigentlich gar nicht genau, was uns in der Zukunft erwartet. Deswegen müssen wir schon die ganz Kleinsten einfach mit Instrumenten und Tools und Ausbildung einfach für die Zukunft rüsten, damit sie einfach auch gerüstet sind und ihnen kommt eine Schlüsselrolle zu. Der Zugang zur Bildung, nicht nur von der 6- bis 18-Jährigen, sondern auch der 0- bis 6-Jährigen, muss Hürdenfrei möglich sein. Das ist in der Steiermark leider nicht gegeben, nicht mehr, muss man sagen, weil von 2008 bis 2011 hatten wir einen kostenfreien Zugang. Ich weiß das ganz genau, weil meine Tochter damals in den Kindergarten gegangen ist und ich das eigentlich super gefunden habe. Dann war ich eigentlich sehr erstaunt, dass es mit 2011 dann schon aus war. Die Steiermark war damals ein Vorreiter-Bundesland und eben 2011 nicht mehr. Wenn man sich heute die Bundesländer anschaut, dann sind eigentlich nur noch die Steiermark und Vorarlberg die Bundesländer, die keinen kostenfreien Zugang zur Elementarbildung haben. Alle anderen haben entweder einen kostenfreien Halbtagszugang oder Ganztagszugang, nur eben Vorarlberg und Steiermark nicht.

Wir haben jetzt keine Vorreiterrolle mehr in der Steiermark, sondern die Steiermark hat sich zum Schlusslicht entwickelt. Das eine wichtige Kriterium, die Leistbarkeit um allen Kindern, unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Eltern, den Besuch der Kinderkrippen und der Kindergärten zu ermöglichen. Ein anderer Aspekt ist die Verfügbarkeit von ausreichenden Plätzen in einer guten Qualität. Da brauche ich gar nicht viel erzählen, bei jeder Gemeinderatssitzung haben wir das Thema, dass wir einfach zu wenig Plätze haben und die Plätze ausbauen müssen. Graz, als die größte Gemeinde in der Steiermark und als stark wachsender Ballungsraum, ist hier besonders gefordert. Es ist eine ganz große Aufgabe, eine riesige Aufgabe, die

notwendigen Plätze zu schaffen, den Ausbau zu erreichen, aber das können wir als Stadt nicht alleine stemmen. Die finanziellen Herausforderungen sind wirklich enorm und wir wissen ja auch, dass der genaue Ausbaupfad, was wir an Plätzen brauchen, an Infrastruktur brauchen, demnächst, ich hoffe, so zumindest vor dem Sommer bis zum Sommer, im Gemeinderat präsentiert werden soll, aber letztendlich muss es unser Ziel sein, dass sich alle Eltern darauf verlassen können, dass ihr Kind einen guten Platz in einer guten, leistbaren Bildungseinrichtung bekommt und in seine Entwicklung in einer kindgerechten Gruppengröße und Umgebung optimal gefördert wird. Wir haben den Zukunftsfonds des Bundes für die Elementarbildung, den gibt es schon als zusätzliche Mittel, aber mit den Erfordernissen, die wir haben werden, werden diese finanziellen Mittel einfach nicht mithalten können. Wir brauchen daher dringend mehr Unterstützung auch und gerade durch das Land, um eines der wichtigsten Ziele für eine Stadt, nämlich Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder zu sichern und dieses zu erreichen. Je früher wir in die optimale Entwicklung und Entfaltung unserer Kinder investieren, und man kann das wirklich auch buchstäblich als Investition sehen, weil die Berechnungen des Return of Social Investment zeigen, dass einfach, wenn man in diesem Alter in Bildung investiert, dass sich das auch wirtschaftlich einfach zigfach zurückzahlt, also wenn die Kinder 21 Jahre alt sind, ist der Return of Social Investment schon siebenfach gegeben, wenn sie 40 sind, 16fach gegeben, also man kann das auch richtig wirtschaftlich sehen.
Wenn wir in die Kinder investieren, desto eher werden wir sie in die Lage versetzen, dass sie die zukünftigen Herausforderungen meistern werden können. Es wird aber erforderlich sein, dass auch seitens des Bundes finanzielle Mittel, mehr finanzielle Mittel für den Bereich der Elementarbildung zur Verfügung gestellt werden, da sage ich nur Kindergartenmilliarde, deswegen stelle ich seitens des Grünen ALG folgenden

Dringlichen Antrag:

Bildungslandesrat Werner Amon wird auf den Petitionsweg ersucht, die Rahmenbedingungen für Kinderbildung und Betreuung sowohl was die Leistbarkeit als

auch die Verfügbarkeit betrifft, zu verbessern. Insbesondere sollen zur Erreichung dieses Ziels folgende Schritte gesetzt werden.
Erstens: Entwicklung eines Modells für die Einführung der beitragsfreien elementaren Kinderbildung und Betreuung für die Altersgruppe der 0- bis 6-Jährigen.
Zweitens: Erstellung eines Ausbauplans für die nächsten fünf Jahre, der sich an den erwarteten Zuwächsen orientiert.
Drittens: Anpassung der finanziellen Mittel an die tatsächlichen Erfordernisse.
Viertens: Gespräche mit der Bundesregierung mit dem Ziel, dass die für den Bereich der Elementarbildung vorgesehenen Bundesmittel ebenfalls den realen Erfordernissen angepasst werden und auf jeden Fall jährlich eine sogenannte Kindergartenmilliarde zur Verfügung gestellt wird.
Ich bitte um breite Zustimmung.

Originaltext des Antrages:
Vor 250 Jahren wurde in Österreich die allgemeine Unterrichtspflicht eingeführt. Kärnten hat am 1. 9. 2023 den Gratiskindergarten eingeführt. Was verbindet diese zwei wichtigen Maßnahmen? Sie sind beide eine Antwort auf die Erfordernisse ihrer Zeit. Kaiserin Maria Theresia war der Meinung, dass nur eine Gesellschaft mit breitem Zugang zur Bildung in der Lage sei, die Herausforderungen der Zukunft zu meistern und sie sah die Lösung in der Einführung der allgemeinen Schulpflicht der 6 bis 12-Jährigen. Mit der Zeit wurde deutlich, dass Bildung auch älteren Kindern zugänglich gemacht werden muss. Heute zeigt sich, dass die Altersgruppe noch einmal erweitert werden muss.

Längst ist wissenschaftlich belegt, dass die Arbeit mit den 0 bis 6-Jährigen keine reine Aufbewahrung und Betreuung mehr sein darf und zuallererst als Bildungsauftrag gesehen werden muss. Mit den sich stark verändernden Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft kommt der elementaren Bildung der Kleinsten eine Schlüsselrolle zu. Der Zugang dazu muss daher für alle Kinder hürdenfrei möglich sein. Das ist in der Steiermark aber nicht gegeben. Nicht mehr.

Wir waren schon einmal weiter als heute und von 2008 bis 2011 mit dem Gratiskindergarten ein Vorreiterbundesland. Aber schon mit 2011 wurde diese wichtige Maßnahme zur Herstellung von mehr Bildungsgerechtigkeit eingestellt. Richten wir unseren Blick auf die anderen Bundesländer, so wird deutlich, dass die Steiermark heute gemeinsam mit Vorarlberg zu den beiden einzigen Bundesländern ohne allgemeinen kostenfreien Zugang zur Bildung der 0 bis 6-Jährigen zählt. In den Bundesländern Wien, Burgenland und Kärnten ist der Zugang ganztägig, in Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und Tirol halbtags kostenlos. Statt eine Vorreiterrolle innezuhaben, hat sich die Steiermark zum Schlusslicht entwickelt.

Die Leistbarkeit ist das eine wichtige Kriterium, um allen Kindern unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Eltern den Besuch von Kinderkrippe und Kindergarten zu ermöglichen. Das andere ist die Verfügbarkeit von ausreichend Plätzen in einer guten Qualität.

Graz ist als größte Gemeinde in der Steiermark und als stark wachsender Ballungsraum hier besonders gefordert. Der notwendige Ausbau der Plätze und Gruppen ist eine große Aufgabe, die die Stadt alleine nicht stemmen kann, die finanziellen Herausforderungen für den Ausbau sind enorm. Der genaue Ausbaupfad für die nächsten Jahre soll ja auch demnächst hier im Gemeinderat präsentiert werden. Letztendlich muss es unser Ziel sein, dass sich alle Eltern darauf verlassen können, dass ihr Kind einen Platz in einer guten, leistbaren Bildungseinrichtung bekommt und in seiner Entwicklung in einer kindgerechten Gruppengröße und Umgebung optimal gefördert wird.

Mit dem Zukunftsfonds des Bundes für Elementarbildung gibt es zwar zusätzliche Mittel, die aber mit den Erfordernissen nicht mithalten können. Wir brauchen daher dringend mehr Unterstützung auch und gerade durch das Land, um eines der wichtigsten Ziele für eine Stadt, nämlich Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder zu

sichern, zu erreichen. Je früher wir in die optimale Entfaltung und Entwicklung unserer Kinder investieren1, desto eher werden wir sie in die Lage versetzen, die zukünftigen Herausforderungen zu meistern. Ebenso wird erforderlich sein, dass auch seitens des Bundes mehr finanzielle Mittel für den Bereich der Elementarbildung – die sogenannte Kindergartenmilliarde – jährlich zur Verfügung gestellt werden.

Daher stelle ich seitens der Grünen-ALG folgenden

Dringlichen Antrag

Bildungslandesrat Werner Amon wird auf dem Petitionsweg ersucht, die Rahmenbedingung für Kinderbildung und Kinderbetreuung sowohl was die Leistbarkeit als auch die Verfügbarkeit betrifft, zu verbessern. Insbesondere sollen zur Erreichung dieses Ziels folgende Schritte gesetzt werden:

1. *Entwicklung eines Modells für die Einführung der beitragsfreien elementaren Kinderbildung und -betreuung für die Altersgruppe der 0 bis 6-Jährigen*
2. *Erstellung eines Ausbauplans für die nächsten 5 Jahre, der sich an den erwarteten Zuwächsen orientiert*
3. *Anpassung der finanziellen Mittel an die tatsächlichen Erfordernisse*
4. *Gespräche mit der Bundesregierung, mit dem Ziel, dass die für den Bereich der Elementarbildung vorgesehenen Bundesmittel ebenfalls den realen Erfordernissen angepasst und auf jeden Fall jährlich eine sogenannte Kindergartenmilliarde zur Verfügung gestellt wird.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, Frau Gemeinderätin, bitte zur Dringlichkeit. Wer meldet sich zu Wort?

Zwischenruf:

Wir machen die Anträge zusammen, das ist besprochen.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**

Ich glaube, Frau Bürgermeisterin, das ist nicht bei Ihnen angekommen, wir wollten das zusammenziehen.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Nein, ich war wahrscheinlich nicht da, das war der Kollege Eber. Bitte, ja dann, gerne, Herr Gemeinderat Pointner.

9.5 Graz als Vorreiterin: Politprojekt für ein zweites kostenfreies Kindergartenjahr in der Landeshauptstadt!

(GR Pointner, NEOS)

Gemeinderat **Pointner:**

Werte Frau Bürgermeisterin, ich sitze nicht umsonst hier draußen, ich sitze aus Harmoniebedürfnis hier heraus, weil ich finde, dass unsere beiden Anträge sehr gut zusammenpassen, brüderlich-schwersterlich, wir gehen in die gleiche Richtung. Werte Frau Kollegin Aygan-Romaner, Sie haben alles dargelegt in Richtung kostenfreier Kindergarten in der Steiermark, den wir hatten. Ich ergänze es dadurch, von 2008 bis 2011, Sie haben es ja gesagt, da gibt es vielleicht ein bisschen plakatives Detail dazu. In den letzten 16 Jahren gibt es eine Analyse. Also von 2008 weg hat die Republik Österreich, sage und schreibe, 31 Milliarden Euro für Wahlzuckerl ausgegeben. Wäre eigentlich ganz gut oder besser investiert gewesen in unser beider Sinne, wenn man

den gratis Kindergarten in der Steiermark dadurch weiterfinanziert hätte, weil wir sind uns da ja einig, die Bildung in der Elementarpädagogik, dort beginnt sie und kann nicht früh genug beginnen, nicht umfassend genug. Es muss auch so ausgestattet werden wie Elementarpädagogik, dass eine möglichst hohe Quote Vollzeitarbeit der Eltern ermöglicht usw. usf. Sie haben auch die Forderung nach der jährlichen Kindergartenmilliarde, das ist meine einzige Anmerkung. Das wäre eigentlich im Bund in den letzten Jahren schon eure Chance auch mit gewesen, da schon ein bisschen mehr Dampf zu machen, dass wir jetzt nicht nur eine Milliarde haben, sondern besser schon jetzt eine jährliche. Ich schließe mich daher ganz gerne an und ergänze quasi den Vorantrag durch meinen

Dringlichen Antrag:

Die Stadtregierung und insbesondere der Finanzstadtrat werden aufgefordert zu prüfen, wie ein zweites kostenloses Kindergartenjahr in Graz zu ermöglichen ist.
Das Ergebnis der Prüfung ist dem Gemeinderat in der Julisitzung vorzustellen.
Bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:

Der Kindergarten ist die erste Bildungsinstitution, die Menschen besuchen. Hier wird der Grundstein für das weitere Leben gelegt. Er bietet nicht nur eine strukturierte Lernumgebung, die kognitive, sprachliche, emotionale und soziale Fähigkeiten fördert, sondern unterstützt auch die soziale Entwicklung durch das Erlernen des Umgangs mit Gleichaltrigen und das Bilden von Freundschaften. Zudem bereitet er Kinder auf die Schule vor, indem er grundlegende akademische Fähigkeiten vermittelt und Selbstständigkeit sowie Selbstvertrauen stärkt. Gerade deswegen ist es wichtig, dass der Zugang zum elementarpädagogischen Bereich finanziell niederschwellig möglich ist.

Als das beitragsfreie Pflichtkindergartenjahr eingeführt wurde, war der gesamte Kindergartenbesuch in der Steiermark bereits kostenfrei, da dies im September 2008 fraktionsübergreifend im Landtag Steiermark beschlossen wurde. Doch schon 2011 wurde das Gratis-Kindergartenangebot hierzulande wieder abgeschafft (htps://www.derstandard.at/consent/tcf/story/1297819496954/steiermark-schafft-gratis-kindergarten-mit-ausnahmen-wieder-ab). Die Steiermark liegt nun hinter dem österreichischen Durchschnitt der Betreuungsquoten für 0- bis 2-Jährige und 3- bis 5-Jährige zurück und ist auch weit von den Barcelona-Zielen entfernt. Die Kosten für die Elementarbildung belasten die Familien in unserem Bundesland trotz der eingeführten sozialen Staffelung weiterhin erheblich. Mittlerweile besteht im Vergleich zu anderen Bundesländern ein erheblicher Nachholbedarf.

Kärnten hat zum Beispiel vorgezeigt, dass ein kostenloser Kindergarten auch in schwierigen Zeiten zu machen ist. Durch das neue Kärntner Kinderbildungs- und -betreuungsgesetz vom 01.09.2023 werden Gruppengrößen schrittweise reduziert und die Gehälter von Elementarpädagog:innen angehoben. Auch die Elternbeiträge für den Besuch eines Kindergartens oder einer Kinderkrippe werden nun übernommen (htps://www.kleinezeitung.at/kaernten/6319054/Gruppen-werden-kleiner-In-Kaernten-gibt-es-jetzt-den). Aber nicht nur im SPÖ-ÖVP-regierten Nachbarbundesland passieren positive Dinge, sondern auch in Oberösterreich. Trotz FPÖ-Regierungsbeteiligung gibt es bald eine durchgehende Gratis-Vormittagsbetreuung für Kinder von der Geburt bis zum Schuleintrit.

Im steirischen Landtag haben nicht nur wir NEOS, sondern auch Grüne und KPÖ erkannt, dass die Steiermark hier hinterherhinkt. Genau deswegen haben sie sich auch für das zweite kostenlose Kindergartenjahr ausgesprochen. Aber auch die SPÖ schrieb sich in der Landtagssitzung vom 23.04.2024 stolz auf die Fahnen, dass es vor allem Bundesländer mit roten Landeshauptleuten wären, wo in der Frage der Kinderbildung- und Kinderbetreuung viel geschehen würde. Dadurch ergibt sich - zumindest theoretisch - im Grazer Gemeinderat eine Mehrheit für Vorhaben in diese Richtung,

was als Chance genutzt werden kann, um in der Landeshauptstadt ein Politprojekt zu starten. Hier würde sich dann auch zeigen, ob es den genannten Parteien tatsächlich ein genuines Anliegen ist, in dieser Frage weiterzukommen oder ob es sich bei den gestellten Forderungen im Landtag nur um Wahlkampftaktik handelt.

Das zweite Kindergartenjahr muss für Eltern kostenlos werden, damit jedes einzelne Kind Chancengerechtigkeit bekommt! Durch die politischen Verhältnisse im Grazer Gemeinderat ergibt sich jetzt die einzigartige Möglichkeit, diesen Meilenstein zu setzen!

Namens der NEOS-Gemeinderatsfraktion gemäß § 18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat stelle ich den

***Dringlichen Antrag**:*

Die Stadtregierung und insbesondere der Finanzstadtrat werden aufgefordert, zu prüfen, wie ein zweites kostenloses Kindergartenjahr in Graz zu ermöglichen ist.
Das Ergebnis der Prüfung ist dem Gemeinderat in der Juli-Sitzung vorzustellen.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke schön, dann kommen wir zu den Wortmeldungen zu den Dringlichkeitsanträgen. Wer wünscht das Wort? Niemand? Dann können wir abstimmen. Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:
Spontan dazu, ich habe das ja schon mehrfach in dem Haus auch erzählt, dass wir eigentlich in den letzten zehn Jahren sehr viel zusätzliche Plätze eröffnen konnten. Von 2014 bis 2021 habe wir 1.600 zusätzliche Plätze bereitstellen können, auch mit der

Unterstützung der privaten Träger, die im Tarifmodell drinnen sind. Also, da haben wir aufgeholt. Wir waren damals so ungefähr im letzten Drittel und 2021 waren wir im vorderen Drittel. Ich habe das einmal mit meinem Büro durchgerechnet, wir hätten auch nicht mehr viele Fünfjährige gehabt, die keinen Platz gehabt haben. Also, wir hätten eigentlich das schon bereitstellen können, was in dem Antrag jetzt gefordert wird. Aber dann sind andere äußere Einflüsse gekommen wie Betreuer:innen- und Pädagog:innenmangel. Wir haben dann auch unseren Ausbaukurs nicht mehr fortsetzen können. Das haben wir jetzt auch schon sehr oft diskutiert. Da haben wir unsere Haltung, dass wir halt nicht genügend Unterstützung bekommen haben. Ihr habt es schon anders argumentiert, aber wir haben jetzt, Gott sei Dank, auch die Möglichkeit, das hast du angesprochen, dass der Bund jetzt uns € 9,3 Millionen pro Jahr bereitstellt. Das ist, glaube ich, eine Chance, auch weil wir jetzt schon sehr oft darüber diskutiert haben, genau in diese Richtung zu kommen, dass du, oder was du in dem Dringlichen Antrag verlangst, dass wir wirklich vielleicht in kostengünstigen Modellen jetzt den Eltern entgegenkommen können. Der Optimalfall wäre wirklich ein kostenloses Angebot, dass wir auch ein zweites verpflichtendes Jahr bereitstellen können. Obwohl wir das so sehen, wir wollen nicht allen Eltern, die jetzt bereit wären, das Kind trotzdem zu Hause zu begleiten, die Verpflichtung auferlegen. Das heißt, unser Ziel muss es sein, dass wir wirklich für alle Fünfjährigen auch einen Platz anbieten können. Das wäre wirklich der optimale Fall, und dafür hätten wir jetzt die finanziellen Mittel auch. Das heißt, quasi immer auf andere zu zeigen, das Land soll beschließen. Wir hätten es selbst in der Hand. Deswegen werden wir auch einen Abänderungsantrag stellen, dass diese 9,3 Millionen Euro zusätzlich zum heurigen Budget bereitgestellt werden. Dann hätten wir wirklich die Möglichkeit, dass wir uns bewegen können. Ich habe mit dem Manfred Eber eh ausgemacht, dass wir uns im Juni zusammensetzen, dass wir auch einen Plan präsentieren, wie wir in diese Richtung kommen können. Aber wir möchten heute einfach den überparteilichen Schulterschluss zusammenbringen, dass wir alle sagen, ja, wir wollen genau diese Ziele erreichen und dafür braucht es auch die finanziellen Mittel. Ich ersuche euch wirklich alle, dass ihr den Abänderungsantrag unterstützt. Dann brauchen wir nicht eine

Abhängigkeit von einer anderen Gebietskörperschaft. Dann hätten wir es wirklich selbst in der Hand für alle Familien, die einen Kindergartenplatz oder einen Kinderkrippenplatz brauchen, auch einen bereitzustellen. Das ist mein großes Ersuchen. Ohne dass wir jetzt parteipolitische Hackl werfen. Es ist so viel diskutiert worden, die Familien wollen jetzt einen überparteilichen Schulterschluss und heute hätten wir die Möglichkeit dazu und die Sissi Potzinger wird so einen Abänderungsantrag einbringen. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Genau, davor müssen wir über die Dringlichkeit abstimmen. Gibt es noch Wortmeldungen zur Dringlichkeit, wenn nicht, dann würde ich sagen, dass wir zuerst zur Dringlichkeit von der Kollegin Gemeinderätin Aygan-Romaner abstimmen. Wer ist dafür? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben gegen die KFG.

Dringlichkeitsantrag 4.)
Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen KFG).

Dann die Dringlichkeit von Herrn Gemeinderat Pointner. Wer ist dafür? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist einstimmig gegeben.

Dringlichkeitsantrag 5.)
Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen jetzt zum Inhalt, bitte Frau Gemeinderätin Potzinger.

Gemeinderätin **Potzinger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Damen und Herren, die uns immer noch zuschauen. Es zeichnet sich ab, dass es uns ein gemeinsames Anliegen ist, dass wir die Qualität in den Kindergärten, die jetzt schon hoch ist in Graz, aufrechterhalten und auch genug Plätze zur Verfügung stellen können. Wesentlich ist da die Finanzierung und wir sind sehr dankbar, dass es von Bundesseite diese Kindergartenmilliarde gibt, wo eben für Graz € 9,3 Millionen der Anteil sind. Uns geht es jetzt vor allem darum, dass dieser Anteil wirklich in den Kinderbetreuungsbereich zu 100 % investiert wird und nicht zweckentfremdet wird, um irgendwelche Budgetlöcher zu stopfen.

Kollege Pointner, das zweite Kindergartenjahr gratis, auf jeden Fall sinnvoll, vor allem für die Kinder, die sprachlichen Nachholbedarf haben, dass sie wirklich mit sechs Jahren, wenn sie in die Schule kommen, in der deutschen Sprache so gut unterwegs sind, dass sie dem Unterricht folgen können. Das ist ein großer Auftrag.

Liebe Frau Kollegin, ich stimme dir zu, liebe Antragstellerin. Dieser Return of Investment ist massiv, es geht vor allem um die sechsjährigen Kinder, ob die dem Unterricht gleich von Haus aus folgen können und da muss man bei den vier- und fünfjährigen ganz massiv investieren mit Sprachförderung. Wo ich dir nicht zustimmen kann, du hast hier die Maria Theresia zitiert, die ja die Schulpflicht eingeführt hat für die 6- bis 12-Jährigen, bitte ich möchte keine Kinderkrippenpflicht für die 0- bis 3-Jährigen, sondern das soll schon noch Sache der Eltern und der Familien sein, dass sie entscheiden können, wie lange sie ihre kleinen Kinder selber betreuen. Ich glaube, das ist uns auch im großen Maße hier im Haus ein Anliegen, diese Wahlfreiheit für die Eltern.

Wir brauchen qualitätsvolle, leistbare Plätze für alle Familien, die sie wollen und brauchen, aber wir wollen nicht die Familien zwingen, ihre Babys schon in die Krippe zu geben. Und in dem Sinn, noch einmal mein

Abänderungsantrag,

der Gemeinderat ersucht, den Finanzstadtrat zu prüfen, dass sämtliche Mittel, die der Bund aus dem Zukunftsfonds den Gemeinden für die Kinderbildung und Betreuung zur Verfügung stellt, dem Budget des Bildungsbereiches zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln zugewiesen werden.
Das ist mein Antrag, bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:
Ich stelle namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Abänderungsantrag:

Der Gemeinderat ersucht den Finanzstadtrat zu prüfen, dass sämtliche Mittel, die der Bund aus dem Zukunftsfonds den Gemeinden für die Kinderbildung - und -betreuung zur Verfügung stellt, dem Budget des Bildungsbereichs zusätzlich zu den bereits vorhandenen Mitteln zugewiesen werden.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke, weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Slama.

Gemeinderätin **Slama:**
Hallo, liebe alle. Ihr habt gedacht, ein Kindergartenthema und ich sage nichts, natürlich nicht. Also, fangen wir einmal ganz grundsätzlich an mit einer Klarstellung: Niemand hier spricht von einer verpflichtenden Kinderkrippe. Es spricht auch niemand von einer Ausweitung der verpflichtenden Kindergartenjahre. Wovon wir sprechen, ist kostenfreier Zugang dazu. Das heißt ganz genau, dass die Eltern, die Erziehungsberechtigten aussuchen können, wie lange kann mein Kind im Kindergarten sein, in der Kinderkrippen sein, ohne dass die Finanzen hineinspielen. Das heißt, was wir in Wahrheit wollen, ist sehr viel mehr Wahlfreiheit für die Eltern und

Erziehungsberechtigte. Die Geschichte ist, also gleich einmal angefangen damit: Natürlich unterstütze ich unseren Antrag, sonst würden wir ihn nicht stellen. Aber das Problem ist, wir haben schon gesehen, das Land Steiermark kann es umsetzen, da sind die Mittel da. Wir haben es schon einmal umgesetzt, es geht das System, es geht die Umsetzung und genau das wollen wir ja. Ich glaube, wir sind uns Gott sei Dank in diesem Gremium alle sehr, sehr einig, dass elementare Bildung für Kinder genau das ist, und zwar elementar, unglaublich wichtig. Das heißt, da zumindest einmal das Kompliment, dass wir darüber nicht diskutieren müssen. Da bin ich sehr froh. Aber die Geschichte ist, dass der Abänderungsantrag von der ÖVP komplett an dem Ziel, dass dieser Antrag hier hat, vorbeigeht. Ich verstehe grundsätzlich diesen Wunsch nach einer Aufstockung des Budgets und ich glaube, wir haben das auch alle sehr gut beschlossen schon, dass das Geld so oder so vom Bund, vom Land jetzt zweckgewidmet kommt, aber das Problem ist, Geld das noch nicht da ist, im Vorfeld schon einmal zu verteilen, ist sehr unseriös. Vor allem, und das ist aber mein Hauptproblem daran, geht es einfach vorbei an dem Bereitstellen von einem gratis Zugang zu elementarer Bildung für Kinder, weil auch mit diesem Geld können wir nicht steiermarkweit gratis Kindergarten, Kinderbetreuung, Kinderkrippen zur Verfügung stellen. Wir schaffen es mit diesem Geld nicht einmal in Graz. Wir brauchen sowohl vom Bund als auch vom Land diese Unterstützung und wir wollen nicht als Graz quasi die Insel der Seligen sein, sondern wir brauchen in der gesamten Steiermark flächendeckend gratis Kinderbetreuungsmöglichkeiten und ich glaube, da sind wir uns zumindest alle einig.

Deshalb hoffe ich stark, dass wir doch noch genügend Zustimmung finden auch für diesen Antrag, weil im Endeffekt ist das Aufgabe des Landes, wie wir ja schon gesehen haben, von 2008 bis 2011. Philipp, es tut mir total leid, inhaltlich bin ich 100% bei dir, das weißt du, glaube ich, eh. Aber, ich glaube, als Vorsitzender des Kontrollausschusses weißt du, Altstadt Graz, ist es ein bisschen schwer darstellbar mit dem gratis zweiten Kindergartenjahr. Deswegen brauchen wir ja die Unterstützung vom Land. Deswegen bitte ich sehr um eine Annahme und starke Unterstützung. Wer zustimmen möchte.

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke, weitere Wortmeldungen? Herr Stadtrat Eber, bitte.

Stadtrat **Eber**:

Diese Wortmeldung, kann ich natürlich nur voll inhaltlich unterstreichen, auch was diese angesprochenen FAG-Mittel, die 9,3 Millionen voraussichtlich sind. Grundsätzlich dienen die ja dazu, den Bestand einmal zu erhalten und von daher ist es natürlich auch wichtig und notwendig, dass wir da in diesem Bereich jetzt einmal weiterkommen. Der Kurt Hohensinner hat das, glaube ich, vorher auch schon gesagt. Es sind externe Einflüsse natürlich auch dazugekommen. Auch die Senkung der Höchstzahl ist da ein wichtiger Punkt, der dazu führt, dass wir mehr Gruppen sowohl bei den Kindergärten als auch in den Kinderkrippen brauchen, um überhaupt den derzeitigen Versorgungsgrad aufrechtzuerhalten. Wir haben gestern ja in deinem Büro, in deiner Abwesenheit, weil du gestern noch krank warst, ein weiteres gutes Gespräch gehabt. Also, ich glaube, wir werden sicher im Zuge der Budgeterstellung, aber natürlich auch schon früher - du hast gesagt, im Juni spätestens - werden wir uns hier zusammensetzen und schauen, was sind die Notwendigkeiten und wie können wir das auch gewährleisten, dass wir wirklich zu mehr Plätzen, zu mehr Gruppen auch kommen. Da ist es selbstverständlich so, oder ist mir auch bewusst, dass wir da natürlich mehr Geld in diesen Bereich stecken müssen, und das werden wir natürlich auch gerne tun, weil ich glaube, es gibt niemanden oder zumindest fast niemanden in dem Raum, der irgendwie gegen eine bessere Kinderbetreuung ist und gegen den Ausbau, die Erhöhung des Versorgungsgrades. Also, das eint uns ja über alle Grenzen hinweg und ist gut und wichtig. Und wie gesagt, da werden wir natürlich auch gemeinsam schauen, wie wir ein Konzept umsetzen können, das eben genau das vorsieht.

Wir haben gleichzeitig ja auch die Schwierigkeit jetzt einigermaßen eingebremst, was das Personal anbelangt. Derzeit haben wir genug Personal, wir finden das Auslangen

damit, aber wir brauchen natürlich in Zukunft bei mehr Gruppen auch mehr Personal. Das wird, glaube ich, schwer genug sein, um das auch zu finden und zu halten, egal ob das jetzt von privaten Trägern oder von städtischen Einrichtungen dann betrieben wird. Wobei, wir haben uns ja gestern in dem Gespräch bereits eigentlich darauf verständigt, dass wir beides brauchen, aber natürlich jetzt auch einen bestimmten Nachholbedarf haben an städtischen und eigenen Einrichtungen, auch wenn die nicht unbedingt günstiger kommen.
Von daher danke für den Antrag auch, den wir natürlich sehr gerne unterstützen. Es braucht mehr Geld insgesamt in diesem Bereich vom Land, vor allem auch vom Bund. Ich glaube, Finanzausgleichsdebatten haben wir da ja auch schon oft genug geführt, aber da müssen wir auch einen Schritt vorankommen, um wirklich von Bundesseite her die finanzielle Absicherung der Kinderbetreuung abzusichern. Das natürlich nicht nur in Graz, sondern österreichweit. Und da, glaube ich, sind wir in Graz auf einem guten Weg.
Was den Antrag vom Kollegen Pointner anbelangt, ist vielleicht nur zu sagen: Ja selbstverständlich, würden wir uns freuen, wenn wir ein zweites kostenloses Kinderbetreuungsjahr erreichen könnten. Aus heutiger Sicht kann und muss man natürlich sagen, es ist schlichtweg nicht möglich, das aus dem Kernhaushalt sozusagen zu finanzieren. Allerdings bräuchte es da, also wie gesagt, entweder vom Land oder vom Bund oder von beiden oder von sonst jemanden zusätzliche Mittel, die in diesen Bereich fließen. Und da bin ich im Moment skeptisch, ob das noch möglich ist, dann noch weitere Mittel zusätzlich zu den MVG-Mitteln zu bekommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Herr Gemeinderat Brandstätter, bitte und Herr Stadtrat Hohensinner dann.

Gemeinderat **Brandstätter:**

Werter Stadtsenat, hoher Gemeinderat, liebe Zuseherinnen und Zuseher. Zuallererst danke für das grundsätzliche Interesse am Thema Bildung und daran, dass wir den Bereich verbessern wollen, was wahrscheinlich jedem hier in diesem Raum ein Anliegen ist. Wo wir dann immer wieder Verwunderung wahrnehmen müssen oder zum Ausdruck bringen müssen, ist, wenn wir diese Dinge dann diskutieren und dann schlussendlich die Verantwortung immer auf anderen Ebenen zu finden ist, nur nicht bei der eigenen. Ich bin maßgeblich, Herr Pointner, bitte.

Wir müssen uns natürlich dann fragen, warum man einen Zugang für alle 0- bis 6-Jährigen zur Elementarbildung fordert, kostenfrei, und dann den NEOS nicht zustimmen will, wenn sie ein kostenfreies Kindergartenjahr für zwei Jahre fordern, das ist sehr unerklärlich. Man kann es dann vielleicht erklären mit dem Antragstext. Nämlich: Der Antragstext vom Kollegen Pointner fordert, auch die Stadt Graz in die Pflicht zu nehmen, und das wollen sie offensichtlich nicht. Aber ob man finanzielle Mittel für den Bereich Bildung hat oder nicht hat, ist nicht nur eine Frage davon, wie viele andere Ebenen zur Verfügung stellen, sondern es ist vor allem auch eine Frage der Schwerpunktsetzung im Finanzressort. Offensichtlich ist die Schwerpunktsetzung hier jetzt auf anderen Themen, auf dem Thema Soziales, auf dem Thema Wohnen, vor allem auf dem Thema im Verkehrsbereich. Wie aus meiner Sicht zumindest unsinnigerweise Geld auszugeben, erst heute wieder eine halbe Million Euro, und dass diese Dinge eben dann nicht in den Bildungsbereich fließen, dass auch bis heute keine ganz klare Zusicherung kommt, dass der Bildungsbereich um die 9 Millionen Euro aufgestockt wird, die uns zugesichert worden sind vom Bund. Der Bund hat nicht nur 1 Milliarde Euro versprochen, hat 4,5 Milliarden Euro für die nächsten Jahre jetzt einmal bereitgestellt und hat seine Hausaufgaben für die nächsten Jahre erledigt. Wir haben sie bis jetzt finanziell nicht erledigt, wir sind nach wie vor dabei, darauf zu warten, und ich frage mich schon: Wann hören Sie endlich auf, die Verantwortung nur abzuschieben in einem Bereich, wo Sie die ganze Zeit behaupten, dass er Ihnen so besonders wichtig sei, denn offensichtlich ist er es zumindest in der finanziellen Darstellung bis jetzt nicht. Und wenn er es Ihnen wäre, dann würden Sie ja umgehend

dem Antrag der NEOS zustimmen, der ja schon bei der Geschäftsordnung gar keine finanziellen Auswirkungen haben kann, sondern Sie nur dazu veranlasst, sich das mal genauer anzuschauen. Vielen Dank in dem Sinn.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Herr Stadtrat Hohensinner, bitte.

Stadtrat **Hohensinner**:
Ich habe es vorher sehr verbindend versucht, deswegen möchte ich es jetzt noch einmal auch präzisieren, weil du, lieber Manfred, das ein bisschen aus meiner Sicht verwässert hast. Wir hatten schon im Kindergarten einen Versorgungsgrad von 97 % und jetzt wären wir, wenn wir nicht wirklich massiv gegenlenken, jetzt haben wir 93 %, also da sind wir schon runtergekommen und wenn wir jetzt nicht wirklich einen massiven Kraftakt gemeinsam angehen, werden wir unter 90 % runterfallen. Das heißt wünsch dir was, und ich wünsche mir genauso eine Vision, wie Kollege Pointner heute präsentiert hat oder eben die Frau Gemeinderätin, aber wir entfernen uns seit 2021 von dieser Vision wirklich massiv. Von dem her möchte ich das jetzt nur einmal auf den Punkt bringen, weil ich habe ganz genau zugehört, was du gesagt hast, dass diese Bundesmittel, die uns bereitgestellt werden im Juni, vor allem dafür aufgewendet werden, den bestehenden Betrieb zu unterstützen. Den bestehenden Betrieb sollten wir jetzt einmal über unser Budget abdecken und diese Mittel, und das haben wir eingefordert, sollen zusätzlich zum laufenden Budget bereitgestellt werden. Das habt ihr ja, wenn ihr jetzt sagt: Ja, da sind wir uns alle einig. Die Frau Bürgermeisterin hat mir das jetzt auch gesagt: Das Geld wird schon kommen. Ich würde gerne wirklich von euch ein klares Statement für die Bildung haben, dass ihr sagt, ja, diese 9,3 Millionen Euro werden für die Bildung Stadt Graz jedes Jahr zusätzlich bereitgestellt. Das wäre mir wirklich wichtig. Und vielleicht auch, wenn ihr nicht bereit seid, unseren Abänderungsantrag mitzutragen, was ich wirklich gerne hätte, aber es zeichnet sich

nicht ab, dass ihr den unterstützen werdet, dass ihr wenigstens so viel seid, dass ihr dieses Statement heute, hier und jetzt abgebt. Das wäre, glaube ich, schon eine gute Sache und dann können wir wirklich weitergehen. Zum Beispiel Prochaskagasse. Da hätten wir, da bauen wir gerade aus und da geht es um zwei Kindergartengruppen. Wenn wir den Beschluss rechtzeitig zusammengebracht hätten, hier im Gemeinderat, dann könnte man schon im Herbst 2024 zwei zusätzliche Gruppen aufsperren. Das ist nicht der Fall, das verzögert sich dann wieder um ein Jahr, weil die müssen ja rechtzeitig mit September aufmachen. Das finde ich so schade. Das heißt, dieser Schulterschluss, den merke ich von eurer Seite noch nicht, aber wir haben jetzt einige Termine. Das heißt, heute bitte ein klares Statement zusätzlich zum Budget, Manfred und Frau Bürgermeisterin, und dann können wir wirklich bei den nächsten Terminen Gruppen planen, und dass wir wirklich den Zielen der Vision, die heute, oder die Visionen, die heute hier kundgetan wurden, dass wir diesen Visionen näherkommen. Nur alles andere, dieses Geld nicht zusätzlich bereitzustellen und dann von irgendwelchen Sachen zu träumen, das passt mit der Realität nicht zusammen. Also bitte, lieber Manfred, ein klares Statement, heute, hier und jetzt.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen? Wenn das nicht der Fall ist, dann möchte ich den Herrn Stadtrat Eber, kurz, dass du die Moderation machst, weil ich mich zu Wort melden möchte.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (19.25 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:
Ich sage das vielleicht nur auch für jene, und verzeih, Herr Gemeinderat Pointner, du warst lang schon auf der Welt, aber da hat es die NEOS noch nicht gegeben. Hier im Gemeinderat, waren es unter anderem, neben der Sozialdemokratie, die KPÖ, da waren wir noch wenige, die Jahr für Jahr x Anträge gestellt hat.

Wir brauchen in Graz mehr Kinderbetreuungseinrichtungen für unter Dreijährige, aber auch für Kinder, aber auch darüber hinaus, aber vor allem für unter Dreijährige. Ich möchte nur das noch einmal ins Geschichtsbewusstsein einprägen. 1990 hatten wir zwei städtische Krabbelstuben. Es hat etwas damit zu tun, mit der späten Erkenntnis hier in der Steiermark, in unserem Bundesland insgesamt, aber auch in unserer Stadt Graz, dass man, wenn man so etwas gefordert hat, es waren in der Regel oft Frauen, die vor allem natürlich das gefordert haben, die ja auch konkret betroffen waren, waren schlichtweg als Rabenmütter oder dahingestellt worden ist, als würde man sein Kind abschieben. Das war ziemlich, ziemlich lang noch in diesem Hause hier Usus. Das ist erst ganz spät in den 90er-Jahren, Ende der 90er-Jahre in Wirklichkeit hat es hier eine Umkehrung gegeben. Für diese Verhältnisse sind wir, was das städtische Angebot betrifft, die Privaten und auch die Tagesmütter, also insgesamt der Versorgungsgrad, man muss immer sehen, und auch die kirchlichen Einrichtungen, das muss man ja als großen Verbund sehen, aber die Stadt selbst hat sehr, sehr, sehr spät hier angefangen. Das ist mit ein Grund, warum diese Forderungen, die ja damals zeitgleich einhergegangen sind. Die Gruppensenkung, das ist ja eine uralte Forderung, das ist ja nichts Neues, das hat man schon immer wieder gefordert. Jetzt macht man es aber zu einem Zeitpunkt, wo natürlich die Kommunen auch Engpässe haben, finanzielle. Also, wenn man das Ganze viel früher angegangen wäre, dann wäre man, das ist wie bei einem Haus, wenn ich nicht regelmäßig investiere, wird es dann am Ende irgendwann dann besonders teuer. Und dass die Forderung genau in die Richtung geht, dass wir Unterstützung als Stadt Graz, wie alle großen Landeshauptstädte, die stemmen das ja selber auch nicht, den Ausbau. Und wenn Sie den Bericht vor ein paar Tagen gehört haben, wie wir im Österreichverglich dastehen: Wir sind in Graz, jetzt einigermaßen gut da. In der Steiermark draußen bei Weitem nicht. Niederösterreich sowieso komplett finster und andere Bundesländer. Also, der Versorgungsgrad ist überhaupt nicht rosig. Er ist dort besser und auch mit den Gratisangeboten besser, wo es ein fortschrittliches politisches Kräfteverhältnis geben hat, die erkannt haben, schon sehr früh, dass es Kinderbetreuungseinrichtungen für jedes Kind braucht. Verzeihen Sie dieses Plädoyer, aber das ist keine Erfindung von Leuten, die jetzt mahnen.

Und dass wir Engpässe im Finanziellen haben, Herr Gemeinderat Brandstätter, glauben Sie, mit dem Budget vom Sozialamt lösen wir das Gratis-Kindergartenjahr? Aber schon wirklich nicht. Sie können das ganze Budget haben, werden Sie das damit nicht lösen. Selbstverständlich brauchen wir da, wenn wir diesen Schritt gehen möchten, die Unterstützung von Land und auch vielleicht vom Bund, wo auch immer. Aber die Stadt wird es, ehrlicherweise, und da würden wir ja die Leute anlügen, das werden wir nicht stemmen, finanziell, aber was wir müssen, ist das, was Stadtrat Hohensinner jetzt gerade gesagt hat auch, und auch der Manfred Eber in die Angebotsausweitung, das müssen wir machen. Damit wir das auch garantieren können, nämlich jedem Elternteil auch einen sicheren Kinderbetreuungsplatz.

Vorsitzwechsel – Bgm^in^ Kahr übernimmt den Vorsitz (19.34 Uhr).

Stadtrat **Hohensinner**:
Ich muss da schon etwas aus der Historie berichtigen, weil wir haben ein Tarifmodell in der Stadt Graz und der Gemeinderat hat sich da, ich glaube, einstimmig dafür ausgesprochen, das ist keine Erfindung jetzt der ÖVP gewesen, sondern dieses Tarifmodell hat die Tatjana Kaltenbeck-Michl eingeführt und wir haben uns darüber verstanden, dass wir alle Privaten auch einladen, Krippen- und Kindergärten zu eröffnen mit der gleichen Qualität, dass wir sie fördern und dass die Privaten uns auch zusagen, alle Kinder zu nehmen. Schauen wir uns andere Städte an, da geben viele Eltern die Kinder in private Einrichtungen, weil in den städtischen Einrichtungen, quasi sagen sie, ist die Qualität dann nicht mehr so hoch, weil einfach viel mehr Kinder mit Sprachförderbedarf drinnen sind, das heißt, das ist auch ein integrativer Faktor gewesen, das Tarifmodell, dass wir wirklich geschaut haben, dass die Qualität in allen Kinderbetreuungseinrichtungen in Graz die gleiche ist. Und ja, ist gut, nur du hast es so dargestellt, als hätten wir als Stadt Graz nicht in den Ausbau investiert. Wir haben, und das musst du dir einfach sagen lassen, Frau Bürgermeisterin: Wir haben 1.600 Plätze in

den letzten zehn Jahren eröffnet. Seit 2021 ist es ganz schwierig, zusätzliche Gruppen aufzumachen. Ein Einfluss sind auch Faktoren von außen, die wir erwähnt haben, aber eines ist sehr schwerwiegend: Dass wir einfach zu wenig finanzielle Mittel bekommen haben. Jetzt haben wir eh lange diskutiert, schon zwei Jahre. Jetzt kommen wir schon langsam in diese Richtung. Nur das muss man auch euch jetzt vorwerfen, dass ihr in den letzten Jahren sehr oft protestiert habt auf der Straße für die Kinderbetreuung, für mehr Plätze. Mehr Plätze erfordert auch ein größeres Budget. Jetzt bin ich bei dem, was ich vorhin gesagt habe, lieber Manfred: Wenn du nicht bereit bist, dann lade ich die Bürgermeisterin ein, die mir gerade vorher geflüstert hat, das Geld kriegt ihr eh im Juni. Bitte. Und jetzt, wenn du das auf den Punkt bringst, dass dieses Geld dann zusätzlich dem Bildungsbudget bereitgestellt wird, dann bin ich schon einmal froh für den heutigen Tag.

Stadtrat **Eber**:
Eine kurze Anmerkung, also, eines darf man natürlich auch nicht sagen, nämlich, du hast es jetzt nicht in diesen Worten gesagt, aber es ist nicht so, dass der Kinderbetreuungsbereich irgendwie ausgehungert worden wäre in den letzten zwei Jahren, sondern tatsächlich, 2022 waren es 42 Millionen Euro, die in den Bereich gegangen sind, im Jahr darauf waren es 51 Millionen und heuer waren es schon 61 Millionen. Das heißt, wir haben da wirklich versucht, massiv auch zu unterstützen. Wir haben auch im Bereich der Pädagog:innen, der Betreuer:innen geschaut, dass auch da der finanzielle Anreiz da ist. Und damit ist es ja gelungen, neue Vollzeit-Äquivalente zu schaffen und eben zum Teil neue Beschäftigte zu gewinnen beziehungsweise aufzustocken. Ich glaube, wir sind da im Wesentlichen auf einem guten Weg. Allerdings, und da gebe ich dir natürlich Recht, es braucht neue Gruppen, es braucht neue Plätze und da werden wir sicher eine Lösung finden. Das kann ich gerne dazu sagen. Und dass das Geld kostet, ist auch klar.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke schön. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Wenn nicht, dann würde ich die Berichterstatter bitten, zum Schlusswort.

Gemeinderätin **Aygan-Romaner:**
Ja, vielen Dank für die Diskussion. Es hat ein berühmter Mann einmal gesungen: The times they are changing. Wir wissen, wer das gesungen hat. Was bedeutet das? Die Zeiten ändern sich. Das heißt, wir haben andere Herausforderungen. Mit der Zeit müssen wir uns dem anpassen. Deswegen habe ich die Marie Theresia erwähnt. Es ist mir nicht um die Unterrichtspflicht gegangen, sondern dass sie auf die Erfordernisse ihrer Zeit reagiert hat und sie hat eben den Kindern den Zugang ermöglicht.
The times they are changing, das bedeutet, wir müssen uns den Erfordernissen, die unsere Zeit an Belangen anpassen, die die nächsten 20, 30 Jahre an Belangen anpassen, dass es ein Prozess sein wird, das ist, glaube ich, uns allen klar. Es werden nicht von heute auf morgen alle 0- bis 6-Jährigen kostenlos den Zugang zur Elementarbildung bekommen. Das muss ein Prozess sein, der einfach etappenweise umgesetzt wird. Dass das notwendig ist, zeigen uns sehr, sehr viele Länder, auch Bundesländer, wo das einfach schon ermöglicht ist. Ich könnte natürlich da ganz lange reden über die feministischen Aspekte dieses Themas, über die integrationspolitischen Aspekte dieses Themas, aber das machen wir vielleicht ein anderes Mal und abseits dieses Gremiums. Aber dass das auf jeden Fall notwendig ist, da sind wir uns einig. Wir sind uns auch einig, dass es einen Schulterschluss braucht, ein Schulterschluss nicht nur unter uns Gemeinderät:innen und Fraktionen, sondern auch ein Schulterschluss, Gebietskörperschaften übergreifend. Also zum Land, zum Bund über die finanziellen Details, lieber Kurt, wirst du ja Gespräche mit dem Finanzstadtrat führen und es braucht einfach auch ein Ausbauprogramm. Also für den Pflichtschulbereich haben wir dieses Ausbauprogramm, es gibt ja das Grips-Programm, so was Ähnliches für den Elementarbildungsbereich ist einmal eine gute Grundlage, dass man dann auch über die Finanzierung reden kann. Und ich glaube, da sind wir schon auf einem guten Weg

und ich hoffe, dass wir da in den nächsten Jahren einfach noch besser dastehen werden.
Zu dir, lieber Philipp, ich finde, es spricht überhaupt nichts dagegen, das zu prüfen, ob das zweite Kindergartenjahr möglich ist. Also prüfen können wir alle, also Manfred ist dazu bereit, was dann rauskommt, das kann ich jetzt natürlich nicht sagen. Ich bitte um Zustimmung. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke schön, Herr Gemeinderat Pointner bitte.

Gemeinderat **Pointner:**
Danke schön. Ein paar kleine Anmerkungen. Wie gesagt, mein Antrag ist eine Prüfung, wie das zweite kostenlose Kindergartenjahr in Graz zu ermöglichen ist. Das ist eigentlich ein Zustandsbericht. Was brauchen wir? Parameter aufstellen und dann in eine Richtung gehen.
Zur Rede der Frau Bürgermeisterin: Da habe ich eine Beobachtung dazu. Von 2008 bis 2011, das hat Kollegin Aygan-Romaner auch gesagt, hatten wir den beitragsfreien gesamten Kindergartenbesuch. Das bedeutet aber für mich, dass seit 2011, ab da, der Bereich sukzessive Außerperspektive geraten ist. Das war es uns dann halt nicht mehr wert. Und wie gefährlich es ist, wenn es uns das jetzt nicht massiv wieder wert ist, und da bin ich beim Herrn Stadtrat und bei Kollegen Brandstätter: Wenn wir das nicht erkennen, wie gefährlich das ist für die Chancen unserer Kinder im Bildungsbereich, wo wir massiv investieren müssen, im sozialen und integrativen Bereich, uns fliegt unsere Gesellschaft auseinander, wenn wir nicht massiv investieren. Wir haben nicht mehr die Strukturen, wir dürfen schon gar nicht, die Forderung nach zwei Jahren ist ja schon zu wenig. Wir müssen ja schon im Kinderkrippenbereich investieren, weil da ja schon die Grundsteine gelegt werden. Tun wir es. Zeigen wir bitte nicht immer mit dem

Zeigefinger auf die andere Gebietskörperschaft. Wir in Graz, hic Rhodus, hic saltus, hier ist Graz, hier müssen wir springen. Wir müssen hier mehr Mittel in die Hand nehmen. Ich komme jetzt auf ein weiteres Faktum, was mich sehr verwundert. Vor ein paar Tagen, jetzt hier nebenan im Landtag, haben NEOS, Grüne und KPÖ dafür gestimmt, und hier diskutieren wir noch darüber. Können wir das und brauchen wir das? Machen wir es hier. Natürlich brauchen wir die andren, evaluieren wir was wir brauchen, und dann kämpfen wir dafür. Ich habe bereits vorher gesagt, das geht an die ÖVP und die Grünen im Bund: Jetzt eine Kindergartenmilliarde zu beschließen, ist zu wenig. Wir brauchen eine jährliche, sonst laufen wir Gefahr, dass wir hier in der Republik aus dem Ruder laufen.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke schön. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Abänderungsantrag der ÖVP zum Dringlichen Antrag von der Kollegin Aygan-Romaner. Wer ist dafür? Da sind einfach sehr viele Kollegen auch nicht da. Gegenprobe ist insofern eindeutig, der ist abgelehnt.

Der Abänderungsantrag wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP und KFG).

Wir kommen zum Hauptantrag von Frau Aygan-Romaner. Wer ist dafür? Gegenprobe ist somit angenommen.

Dringlichkeitsantrag 4.)
Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen zum Antrag von Herrn Gemeinderat Pointner. Wer ist dafür? Gegenprobe ist einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag 5.)

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Zwischenruf

Bürgermeisterin **Kahr**:
Von der Frau Gemeinderätin Aygan-Romaner? Wer hier dagegen war? Das war, wenn ich richtig gesehen habe, ÖVP und KFG, Gemeinderat Wagner und Gemeinderat Eustacchio, also eigentlich fünf Stimmen, weil die Restlichen sind nicht da, wenn man es ganz genau nimmt.

Herr Gemeinderat Gjergji, bitte zum nächsten Dringlichen Antrag. Es geht um die Grazer Wirtschaft in den Blickpunkt stellen in Form einer Infokampagne.

9.6 Grazer Wirtschaft in den Blickpunkt Stellen/Infokampagne

(GR Gjergji, SPÖ)

Gemeinderat **Gjergji:**
Von der wichtigen Elementarpädagogik wechseln wir zur Wirtschaft. Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, geschätzte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte. In meinem Antrag geht es heute um eine Infokampagne, um die Grazer Wirtschaft besser in den Blickpunkt zu stellen. Wir alle wissen, in unserer Stadt gibt es eine Vielzahl von Unternehmer:innen, angefangen bei den großen Leitbetrieben bis hin zu den zahlreichen Kleinst-, Klein- und Mittelbetrieben, die uns mit den erforderlichen Dienstleistungen und Gütern versorgen. Denken wir nur an Schuster,

Installateur:innen, Handwerker:innen, den kleinen Handel, Gastronomie und viele andere. Sie sind das Herzstück unserer Wirtschaft und tragen wesentlich zu einer Stadt der kurzen Wege bei, was wiederum die Wohn- und Lebensqualität für uns alle bedeutet.
Leider ist es aber sehr oft sehr schwierig, alle diese Angebote und Dienstleistungen zu kennen, und nicht jeder hat die Zeit oder die Möglichkeit, im Internet zu recherchieren. Auch die Unternehmer:innen und gerade die Klein- und Mittelbetriebe haben hier Schwierigkeiten, weil sie nicht die Ressourcen haben, dementsprechend nämlich zu werben .Deswegen wäre ein Wirtschaftskompass, sowohl in digitaler als auch in gedruckter Form, der gegliedert nach Branchen und Bezirken ist, äußerst hilfreich.
Ein solcher Kompass würde uns einen detaillierten Überblick über die vielfältige Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bieten und wäre eine wertvolle Unterstützung für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer im Wettbewerb mit Großkonzernen und den Versandhandel.
Denken wir da sehr oft, also ich bin sehr, sehr viel in der Innenstadt, seit acht Jahren selbstständig, ich kenne sehr, sehr viele kleine Betriebe, die gerade Einzelunternehmer, die wirklich Großes leisten und ich muss ehrlich sagen, auch für mich ist es nämlich immer wieder eine Überraschung, wo ich denke: Ok, jetzt bin ich wirklich so lange da und ich werde noch immer überrascht, was es so um mich, ums Eck gibt. Und oft denke ich mir aber, wo ist unsere Hauptkonsumation in letzter Zeit? Wir machen immer mehr so, wenn wir etwas brauchen, dann versuchen wir über Google oder über andere Kanäle etwas zu finden. Dann bestellen wir das von weit weg, aber haben nicht die Möglichkeit, nämlich irgendwo nachzuschlagen, damit wir nämlich einander unterstützen in diesem Bereich, also unseren Wirtschaftsstandorten. Und das war, seitdem ich hier in diesem Haus bin, auch dieses Thema Wirtschaftsstandort Graz sehr oft.
Und hier bei diesem Projekt geht es nämlich nicht so wie beim Projekt davor, was extrem wichtig ist, nämlich um viel Geld, aber hier geht es nämlich darum, diese Infokampagne so nämlich durchzusetzen, dass wir eine große Möglichkeit haben für

die Unternehmerinnen und Unternehmer, aber auch nämlich die Möglichkeit für die Grazerinnen und Grazer haben, in der Nähe einzukaufen.
Namens der Sozialdemokratischen Gemeinderatsklub stelle ich daher den

Dringlichen Antrag:

Der zuständige Wirtschaftsstadtrat, Dr. Günther Riegler wird ersucht prüfen zu lassen, inwieweit ein solcher Wirtschaftskompass gemäß Motivenbericht, der sowohl in der Branche als auch in Bezirken gegliedert, einen konkreten und detaillierten Überblick über die gesamte Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bietet. In Kooperation mit der Wirtschaftskammer ausgearbeitet werden kann.

Originaltext des Antrages:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!
Liebe Mitglieder des Gemeinderats!

Eine große Stärke der Grazer Wirtschaft ist ihre Vielfalt: Ein Herzstück des Wirtschaftsstandortes Graz sind neben den großen Leitbetrieben die Tausenden Ein-Person-Unternehmer:innen, die Kleinst-, Klein- und Mittelbetriebe. Sie sind mit die wesentlichen Garanten dafür, dass die von der Bevölkerung benötigten Dienstleistungen angeboten werden, dass erforderliche Güter vorhanden sind: Schuster, Installateur:innen, Rauchfangkehrer:innen und das kleine Geschäft mit Nähzubehör gehören ebenso dazu wie Friseur:innen, der Greißler oder das Wirtshaus. Sie alle stehen im weitesten Sinne für jene Grund- und Nahversorgung ums Eck, die Voraussetzung für eine „Stadt der kurzen Wege“ ist, wie sie im Kontext mit der allseits angestrebten Reduktion des motorisierten Individualverkehrs im Stadtgebiet zu einer Verbesserung der Wohn- und Lebensqualität beitragen soll.

Eine wesentliche Voraussetzung dafür ist natürlich das Wissen um diese Angebote ums Eck. Es ist aber nicht jedermanns und jeder Frau Sache, aufwändig im Internet zu recherchieren. Hilfreich wäre ein „Wirtschaftskompass“, idealerweise sowohl digital als auch in gedruckter Form, der sowohl in Branchen als auch in Bezirken gegliedert einen konkreten und detaillierten Überblick über die gesamte Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bietet, mit (Web)-Adressen und Kontaktdaten. Eine solche Zusammenstellung wäre nicht nur für die Grazer:innen hilfreich, wäre nicht nur eine Unterstützung für die Wirtschaftstreibenden ums Eck gegen die Konkurrenz von Konzernen und dem Versandhandel: Eine solche – selbstverständlich regelmäßig evaluierte - Leistungsschau wäre mit Gewissheit auch eine Werbung für die Stadt Graz. Und nicht zu vergessen: Wenn auch bezirksweise gegliedert, könnte ein solcher „Wirtschaftskompass“ zudem für die vielen Menschen, die sich Jahr für Jahr in Graz ansiedeln, eine wichtige Hilfestellung darstellen, um sich im eigenen Wohnviertel bzw. im neuen Heimatbezirk besser zurechtzufinden.
Namens des sozialdemokratischen Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

***dringlichen Antrag**:*

Der zuständige Wirtschaftsstadtrat Dr. Günter Riegler wird ersucht, prüfen zu lassen, inwieweit ein solcher „Wirtschaftskompass“ gemäß Motivenbericht, der sowohl in Branchen als auch in Bezirken gegliedert einen konkreten und detaillierten Überblick über die gesamte Angebotspalette der Grazer Wirtschaft bietet, in Kooperation mit der Wirtschaftskammer ausgearbeitet werden kann.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Das ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung. Also, Herr Gemeinderat Gjergji, möchten Sie noch zur Dringlichkeit etwas sagen, bevor wir zur Abstimmung übergehen? Wer ist dafür, für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist gegeben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen zum Inhalt selbst, wünscht hier wer das Wort? Herr Stadtrat Riegler bitte.

Stadtrat **Riegler**:
Also, bei allem Respekt, wie Sie das Wort Wirtschaftskompass ausgesprochen haben, ist mir der alte Witz aus dem Sozialismus eingefallen. Nämlich, wie kann man im Kommunismus eine Banane als Kompass verwenden? Die Antwort ist: Man legt sie auf die Berliner Mauer und dort, wo sie abgebissen ist, ist Osten. Na gut, also ich muss an meiner Karriere als Kabarettist noch arbeiten. Ja, warum sage ich das? Bei allem Respekt, Herr Gjergji, ich meine, wir haben heute eigentlich als Highlight des heutigen Abends und auch in den letzten Monaten erlebt. Sie fordern übrigens gemeinsam SPÖ, KPÖ, Grüne und ich weiß nicht, ob die NEOS auch dabei waren, sie fordern eine amtliche Preisregelung, Sie fordern eine Vermögensteuer, Sie fordern Verstaatlichung, Sie wollen Marx und Lenin und jetzt wollen Sie einen gedruckten Wirtschaftskompass, wo irgendwie Webadressen abgedruckt sind, wo man nachlesen kann, welche Betriebe es gibt. Der nächste Schritt sind für mich eigentlich dann eh schon die volkseigenen Betriebe und Lebensmittelkarten und Rationierung, weil dort werden wir nämlich landen. Und das ist traurig, also ich muss gestehen, ich bin wirklich ein bisschen erschüttert über den heutigen ersten Dringlichen, wo sie alle gemeinsam, also da unisono, lustig, Preisregulierung haben wollen, in völliger Unkenntnis dessen, was offenbar die europäischen Verträge der EU besagen, in völliger Unkenntnis dessen, dass wir eine gemeinsame Währung haben. Das ist euch offenbar alles wurscht, einfach weil es darum geht, in einer Art Koalitionsdisziplin da mitzustimmen. Also ich möchte Ihnen wirklich sagen, es ist beschämend, dass man ein bisschen mehr als 30 Jahre nach dem Niedergang des Sozialismus in der DDR eigentlich völlig vergessen hat, wie das ganze Projekt geendet hat. Mit leeren Regalen, mit Lebensmittelkarten, mit

hungernden Menschen und da wird mit Sicherheit der Wirtschaftskompass das allerletzte Instrument sein, das irgendjemand hier in Graz braucht, um den Handel anzustoßen.
Wir haben in diesem Gemeinderat in diesen letzten Monaten mehrfach Versuche unternommen, ein Sonderbudget zu bekommen für ein Projekt Innerstadtförderung. Wir haben versucht, Projekte zu schaffen, wo wir ein Citymanagement, ein modernes Citymanagement auch finanziell entsprechend ausstatten, aber das Allerletzte, was Betriebe brauchen, und da können Sie jeden Experten fragen, ist irgendein zusätzliches Prospekt, wo drinnen steht, wo man etwas einkaufen kann. Also, ich fürchte, bei aller Wertschätzung, und ich schätze Sie wirklich, Herr Gjergji, aber ich glaube nicht, dass das irgendjemand braucht, dass man zusätzlich zu allen Prospekten, die man schon jetzt in den Postkästen jeden Tag findet, jetzt noch ein zusätzliches Prospekt braucht, in dem steht, welche Geschäfte es in Graz gibt.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weil Sie gesagt haben, dass es beschämend ist, Herr Stadtrat, aber vielleicht erinnern Sie sich noch an die Wortmeldung von der Frau Gemeinderätin Leban-Ibrakovic. Das war vor ein paar Stunden. Nichts anderes, Sie haben genau dem jetzt widersprochen, wo Sie eigentlich ein Plädoyer gehalten hat, aber Herr Gemeinderat Ram.

Gemeinderat **Ram:**
Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Stadtregierung. Ich freue mich sehr, auf diese Antwort zu reagieren. Ich würde gerne dem Arsim ein bisschen dafür in die Presche springen. Man muss ja nicht unbedingt, also keiner wird Google neu erfinden, es gibt einen Grund, dass es die gelben Seiten nicht mehr gibt. Aber ganz klar, also für uns Grüne ist eine Stadt der kurzen Wege. Und ich glaube, nicht nur für uns Grüne, sondern für ganz Graz ist es eine schöne Vision, dass man innerhalb von dem Bereich, wo man wohnt, viele der Dienstleistungen, die man für das tägliche

Leben braucht, dass man die auf dem Fußweg erreichen kann, dass man draußen ist, dass das Quartier lebendig wird, dass man nicht ins Auto steigt und quer durch die Stadt fährt wieder, quer durch die Stadt und vielleicht nach draußen, weil man halt vielleicht das jetzt gerade nicht anders weiß.
Ich glaube, was wichtig ist in der ganzen Geschichte, weil jetzt kommt dann immer wieder, jetzt brauchen wir wieder mehr Budget und jetzt müssen wir Postwurfsendungen machen. Ich glaube, wir können kreativ sein und ich glaube, die Wirtschaftsabteilung hat sehr viele gute Leute und ich glaube, dass es sehr viel Sinn macht, dass man darüber nachdenkt, den Leuten in einem Quartier, in einem Bezirk, den Leuten, die dort wohnen, das näherzubringen, was es da in dieser Gegend gibt. Wie auch immer das dann ausschauen wird. Es muss jetzt nicht eine Liste von Unternehmen mit Webadressen sein, sondern es gibt viele kreative Möglichkeiten in Einkaufszentren, gibt es zum Beispiel auch Übersicht von Geschäften. Ich weiß es nicht, aber ich glaube, dass es sehr, sehr wichtig ist und dass es durchaus Sinn macht, dass eben die Wirtschaftsabteilung und die Wirtschaftskammer sich darüber Gedanken macht, wie man eben dieses Leben fördern kann, die Quartierentwicklung fördern kann, die Dienstleister und die kleinen Unternehmen im Quartier fördern kann. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen bitte. Wenn das nicht der Fall ist, darf ich den Antragsteller ums Schlusswort bitten.

Gemeinderat **Gjergji:**
Sehr geehrter Herr Stadtrat Riegler, danke für die Wortmeldung. Ich muss ehrlich sagen, ich bin überrascht, vor allem, ich muss ehrlich sagen, deswegen überrascht, weil ich nicht weiß, was da bei diesem Antrag beschämend ist. Ich muss ehrlich sagen, beschämend finden ich von einer selbsternannten Wirtschaftspartei, und das erlebe ich seitdem ich hier drinnen bin und auch über die Medien, dass man nämlich sehr

wenig bereit ist für unsere Wirtschaft zu tun. Und ganz ehrlich, wenn ich mir die Entwicklungen seit Corona anschaue und dann darüber hinaus und auch mit den Baustellen, die erforderlich waren, muss ich ehrlich sagen, ich habe nicht viel von der ÖVP mitbekommen, als dass man sie hingestellt hat, Selfies gemacht hat und alles schlecht geredet hat und das finde ich beschämend, weil das ist keine Wirtschaftspartei für mich. Ganz ehrlich, dieser Antrag von mir fügt wenigstens keiner Grazerin und keinem Grazern Schaden zu und keinem Wirtschaftsbetrieb, aber dieses Schlechtreden, was die ÖVP nämlich seit Längerem macht, das schadet der Wirtschaft und das schadet allen Grazerinnen und Grazern. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke, Herr Gemeinderat. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe, gegen die Stimmen der ÖVP, Herrn Gemeinderat Eustacchio, FPÖ und KFG.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, FPÖ, GR Eustacchio).

Nächster Dringlicher Antrag, darf ich bitten, Herr Klubobmann Pascuttini. Ist nicht da, dann darf ich bitten, Herrn Gemeinderat Lenartitsch. 8. Mai als Feiertag.

9.7 8. Mai als Feiertag Petition an den Bundesgesetzgeber

(GR Lenartitsch, SPÖ)

Gemeinderat **Lenartitsch**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, hohe Stadtregierung, liebe Gemeinderät:innen, ist ja nichts passiert.

Der Name war, sage ich jetzt einmal, Frau Bürgermeisterin, also der Familienname korrekt. Auch in den Medien schreibt man mich manchmal anders. Manchmal bin ich die Manuela, manchmal der Michael, ganz egal. Es geht um die Sache. In meinem Dringlichen Antrag geht es heute darum, einen weiteren Feiertag in Österreich zu bekommen. Einen Feiertag, der geschichtlich eine sehr große Bedeutung hat, nämlich der 8. Mai.

Ich brauche Ihnen, glaube ich, nicht erklären, was am 8. Mai 1945 passiert ist, aber vielleicht für all jene Jünger:innen, die zuschauen zu Hause, und es ist recht spannend, dass ich von einigen Studierenden immer wieder Informationen kriege, dass es heute sehr spannend in der Diskussion ist, manchmal leise und vom Applaus her verhalten, also da hat es schon sehr emotionalere Sitzungen geben, aber vielleicht wird es ja auch noch. Und an diesem 8. Mai ist damals entschieden worden, dass kein Krieg mehr in Europa, sozusagen der Zweite Weltkrieg, beendet ist.

Und genau aus diesem Grund fordere ich, mittels dem Dringlichen Antrag, diese Petition zu schicken, weil es schon Länder gibt in Europa, die diesen Feiertag schon lange praktizieren. Neben Frankreich, Tschechien und der Slowakei war es damals auch in Ostdeutschland, zwar mit zwei jahreszeitlichen Beschränkungen von 1950 bis 1966 und von 1975 bis 1985, und selbst Deutschland hat nach der Vereinigung gesagt, wunderbar, wir kreieren auch einen Feiertag, den Tag der Deutschen Einheit.

Wir haben bei uns in Österreich 13 Feiertage. Wie viele davon sind kirchlicher Natur? 10. Die Sache ist aber, vor einigen Jahren hatten wir eine wunderbare oder nicht wunderbare Bundesregierung, die plötzlich auf die Idee gekommen ist, auch wenn es nur eine kleine Gruppe ist, ihren persönlichen Feiertag – na, ihren Feiertag, Entschuldigung, ich korrigiere – ihren Feiertag wegzunehmen und zu sagen, dafür können alle Österreicher jetzt von ihrem eigenen Urlaubskontingent sich einen persönlichen Feiertag nehmen. Das ist bitte ein Wahnsinn, wenn gleichzeitig – es wurde heute hier auch schon berichtet – eine Ministerin fordert, ja arbeiten wir halt noch mehr und das dazu auch noch gratis. Wir wissen, dass man…sagen Sie nicht das stimmt nicht, Herr Huber, das ist so gewesen, wenn Sie sich die ZIB damals angeschaut hätten, dann hätten Sie es mitbekommen, dass die Frau Edstadler das damals so

formuliert hat. Was danach berichtet wurde, ist natürlich eine Beschönigung. Und genau aus diesem Grund ist es für uns auch wichtig, dass dieser Feiertag, nämlich ein Tag des Friedens, der Freiheit und für die Demokratie steht. Wir haben derzeit turbulente Zeiten in Europa und jeder von Ihnen ist damit mehr oder weniger konfrontiert mit Familie, Verwandten oder vielleicht mit Freunden und niemand von uns möchte, glaube ich, irgendwann wieder in solche Zeiten hineinschlittern, wie wir sie mit dem Zweiten Weltkrieg gehabt haben. Und ich glaube, es ist ein gutes, symbolisches und wichtiges Zeichen, nicht nur für die eigene Bevölkerung, sondern auch für Europa zu sagen, dieser besondere Tag ist uns wichtig und den machen wir zum Feiertag.
Und genau aus diesem Grund stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion, nämlich folgenden

Dringlichen Antrag,

der Gemeinderat der Stadt Graz tritt im Petitionsweg an die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat mit dem Ersuchen heran, den 8. Mai als Tag des Friedens, der Freiheit und der Demokratie in Österreich zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären und eine solche Initiative auch auf EU-Ebene zu setzen.
Ich bitte um breite Annahme.

Originaltext des Antrages:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin!
Geschätzte Mitglieder der Stadtregierung!
Liebe Mitglieder des Gemeinderats!

Der 8. Mai ist ein Tag von besonderer Bedeutung – am 8. Mai 1945 endete der Zweite Weltkrieg in Europa. Nicht zuletzt deshalb ist dieser Tag in Frankreich, Tschechien und der Slowakei auch ein gesetzlicher Feiertag: Als Tag der Befreiung, als Tag des Kriegsendes.

Auch in Österreich fordern seit Jahren etliche Institutionen und Organisationen, darunter die Kinderfreunde, den 8. Mai zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären – bis dato leider erfolglos. Dabei wäre gerade jetzt ein derartiger Schritt wichtiger denn je: Um das Grauen der Vergangenheit mit 75 Millionen Todesopfern im Zweiten Weltkrieg, darunter erstmals in einem Krieg mehr Zivilist:innen als Soldat:innen, im Gedächtnis zu behalten und um den Wert von Freiheit und Frieden zu betonen. Und dies ganz besonders als Mahnung für Gegenwart und Zukunft zu sehen: Der Angriffskrieg Putins gegen die Ukraine, dieser völkerrechtswidrige Eroberungsfeldzug gegen ein unabhängiges Land, zeigt, wie verletzlich Demokratie und Frieden sind, zeigt, dass wir diese Werte nicht als gegeben und selbstverständlich betrachten dürfen, sondern dass wir uns um Frieden, Freiheit, Demokratie bemühen müssen.
Und genau dafür soll der 8. Mai stehen: Als ein Festtag für Frieden, Freiheit und Demokratie und als ein Tag, der uns mahnt, uns dieser Werte zu besinnen, uns für diese Werte einzusetzen.
Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

***dringlichen Antrag**:*

Der Gemeinderat der Stadt Graz tritt im Petitionswege an die österreichische Bundesregierung und den Nationalrat mit dem Ersuchen heran, den 8. Mai – als Tag des Friedens, der Freiheit und der Demokratie – in Österreich zu einem gesetzlichen Feiertag zu erklären und eine solche Initiative auch auf EU-Ebene zu setzen.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Wortmeldungen bitte zur Dringlichkeit. Bitte Frau Gemeinderätin Unger.

Gemeinderätin **Unger:**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren. Ich glaube, das Bewusstsein um die Bedeutung des 8. Mai eint uns, das ist tatsächlich ein wichtiges Datum wie einige andere auch, die wir vollkommen zu Recht im Jahreskreislauf begehen und hoffentlich auch tatsächlich begehen und nicht nur als sinnentleerten, im ursprünglichen Sinn freien Tag nutzen. Ich habe aus deinem Antrag irgendwie zwei Stoßrichtungen herausgehört jetzt in deiner Wortmeldung dazu.

Das eine ist quasi die Frage, inwiefern kirchliche Feiertage ihre Berechtigung haben oder nicht. Das wäre eine Diskussion, die man auf einer anderen Ebene führen müsste. Wenn ich das richtig verstanden habe. Dann würde ich bitten, das zu machen, nachdem ich zu einer Fraktion gehöre und auch persönlich mich sehr dem Christlichen auch verpflichtet fühle, fühle ich mich für diese Diskussion nicht berufen, muss ich ganz ehrlich sagen. Im Gegenteil wünsche ich mir, dass diese Tage auch entsprechend begangen werden.

Das Zweite ist allerdings, ein zusätzlicher Feiertag wirft auch andere Fragen auf. Erstens haben wir in Österreich vergleichsweise nicht wenige und auf der anderen Seite diskutieren wir über Arbeitszeiterweiterungen, über spätere Pensionsantritte, über die Bewältigung von verschiedenen Dingen. Das heißt, man müsste überlegen, wie solche Dinge überhaupt entsprechend umzusetzen sind.

Und das Dritte und aus meiner Sicht wichtigste, das Anliegen, um das es geht: Demokratie, Frieden, Freiheit sind aus meiner Sicht Querschnittmaterien. Das sind, glaube ich, nicht Dinge, die man unbedingt nur an einem Feiertag feiern muss. Das wäre etwas, worauf wir uns gleich verständigen können. Es gibt in der Stadt dazu auch viele Dinge. Vom 1. November über den 26. Oktober bis zu ganz vielen anderen Terminen, ganz viele Veranstaltungen, Hinweise und anderes, was auf genau diese Themen abzielt. Das heißt für mich ist die Frage, ob das nicht in erster Linie im Bereich der Bewusstseinsarbeit und der Bildungsarbeit als Querschnittsmaterie ganzjährig von Bedeutung ist und wir hier vielleicht etwas noch ausbauen sollten. Die Diskussion über einen zusätzlichen Feiertag halten wir im Moment für nicht angezeigt. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke. Weitere Wortmeldungen? Ist nicht der Fall, dann kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe. Ist angenommen, die Dringlichkeit.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen zum Inhalt selbst, wünscht hier wer das Wort? Herr Gemeinderat Ammerer.

Gemeinderat **Ammerer:**
Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Bürgermeisterin, sehr geehrte Mitglieder des Stadtsenats, werte Zuseher:innen. Der 8. Mai 1945, die Befreiung von der Barbarei des Nationalsozialismus und damit einer der Gründungstage oder einer der Vorgründungstage unserer zweiten Republik, jene Republik, auf die wir in diesem Hause auch ein Gelöbnis ableisten, die Republik hochzuhalten und die Demokratie. Diesen 8. Mai, dass der nicht schon längst ein Feiertag ist, ist eigentlich recht verwunderlich. Umso dankbarer bin ich, dass du, lieber Manuel, diesen Vorstoß hier machst, denn wenn am 8. Mai 1945 eines bewiesen worden ist, dann wie wichtig diese Befreiung war und in allweiterer Zeit. Es ist keine intrinsische Motivation der Befreiung gewesen, die war extrinsisch. Die Nationalsozialisten, die Barbaren, haben in den Wochen vor dieser Befreiung klar gezeigt, warum diese notwendig ist und warum wir diese auch heute noch feiern sollten.
Gerade in den letzten Monaten vor dem 8. Mai 1945 kam es zu den horrendesten Kriegsverbrechen, nicht nur durch die SS und die SA, sondern auch durch Wehrmachtsangehörige, die Zivilbevölkerung, Volkssturmangehörige. Es wurden die sogenannten Endzeitverbrechen begangen und man steigerte sich in geradezu eine blutrünstige Tötungsmanie hinein. In den Konzentrationslagern wurden mehr Leute

umgebracht als in der Zeit davor. Sich dieser ideologischen Plage entledigt zu haben mit 8. Mai 1945 sollten wir immer feiern, jeden 8. Mai und in Zukunft auch als Feiertag. Dagegen spricht nichts, das ist nämlich ein Tag, den unsere Republik begehen sollte. Wir begehen viele Tage, ich weiß, aber dieser sollte auch dabei sein.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen? Bitte Frau Gemeinderätin Herlicska.

Gemeinderätin **Herlicska:**
Liebe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer, lieber Manuel, danke für diesen Antrag. Wir haben uns in Vorbereitung auf die heutige Sitzung sehr gefreut, dass dieser Antrag von dir gestellt wird. Darin wird ja auch eine jahrelange GLB-Forderung wieder aufgenommen, daher können wir den auch nur unterstützen. So viel vorweg. Der Tristan hat meiner vorbereiteten Wortmeldung schon sehr viel auch vorweggenommen, danke dafür, du hast nichts Falsches gesagt. Aber ich möchte auch noch einmal das aufnehmen, was vorher schon gesprochen wurde, nämlich dass der 8. Mai nicht nur ein Tag des Feierns sein sollte, sondern dann auch ein Tag des Erinnerns und des Mahnens und auch ganz konkret des Antifaschismus. Und ich glaube, dass das eine ganz große Aufgabe ist, die wir auch als Mandatarinnen und Mandatare des Gemeinderats wahrnehmen müssen, genau dafür einzustehen und zu sagen: Ja, wir wollen an diesem Tag gemeinsam feiern, auch mit anderen Staaten, wo es schon begangen wird, und auch uns dafür einsetzen, dass es EU-weit ein Feiertag wird. Aber wir müssen konsequent jeden Tag dafür kämpfen und jeden Tag dafür arbeiten, dass so etwas nie wieder passiert, dass es keinen Faschismus mehr gibt, dass es keine Aufrüstung mehr gibt, dass es keine Kriege mehr gibt. Das ist in Zeiten der kapitalistischen Krise eine riesige Gefahr, weil das genau diesen Dingen Tür und Tor öffnet. Dieses Bewusstsein, dass so etwas wieder passieren kann und dass es unsere Aufgabe ist, dagegen aufzutreten, werden wir auch mit der Unterstützung zu

diesem Antrag untermalen. Ich bedanke mich sehr noch einmal für den Antrag und ich freue mich auf eine breite Zustimmung.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Bitte, der Antragsteller zum Schlusswort.

Gemeinderat **Lenartitsch:**
Danke an die Kollegin Herlicska und den Kollegen Ammerer für die Unterstützung diesbezüglich. Richtung ÖVP muss ich sagen, ich will eh nicht diskutieren über Arbeitszeitverlängerung oder, dass ich später in Pension gehen kann. Also mit mir braucht nicht diskutieren und ich würde meinen, es gibt genügend Berufsfelder, wo es vielleicht möglich ist. Aber denken wir an die Berufsfelder, die wir vielleicht alle oder teilweise innehaben, da lässt sich dann vielleicht im späteren, im hohen Alter seinen Job nicht mehr erledigen. Und wenn es da dafür vielleicht nicht nur zusätzlich einen weiteren Feiertag gibt, wo uns bewusst wird, wie gut es uns mittlerweile geht, finde ich es nur gut und recht, dass wir das einfordern. Vielleicht, wenn ihr nicht dabei seid, vielleicht schaffen wir es in der nächsten Bundesregierung trotzdem.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke. Wir zur Abstimmung, wer ist für diesen Antrag? Gegenprobe. Gegen die Stimmen von ÖVP, FPÖ und Herrn Gemeinderat Eustacchio und NEOS, ja natürlich. Genau, habe ich vergessen. Wird aber immer alles berücksichtigt.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen (gegen ÖVP, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Jetzt kommt aber der liebe Herr Klubobmann Alexis Pascuttini mit seinem Dringlichen Antrag Fahrradfreie Schmiedgasse. Haben wir schon einmal gehabt.

9.8 Fahrradfreie Schmiedgasse

(KlObm Pascuttini, KFG)

Klubobmann **Pascuttini:**
Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, der Herr Eustacchio flüchtet schon, aber der kommt erst später rhetorisch unter die Räder. Jetzt geht es noch um die anderen Räder, um die Fahrräder in der Schmiedgasse und da muss ich schon sagen, das hat mich etwas verwundert, in den letzten Tagen, wie ich dann plötzlich entnommen habe, den Stimmungswechsel bei der SPÖ, was die Schmiedgasse betrifft. Ich verstehe nur bis heute noch nicht ganz, warum ihr da eine Anfrage an die Frau Bürgermeisterin einbringt. Da habe ich mir gedacht, ich prüfe euch heute auf eure Standfestigkeit. Ich habe dann erfahren, dass wir das heute sozusagen dann auch beschließen werden. Ich bin euch da ja auch entgegengekommen, nicht nur euch, sondern auch der Koalition, weil ich denke, eine fahrradfreie Schmiedgasse, das ist eigentlich etwas Grundvernünftiges. Und das ist jetzt gar nicht etwas, was sich eine Partei an die Fahnen heften sollte. Da geht es einfach, sage ich, um die Vernunft. Und wenn dann oft der Blick kommt in den diversen Foren, na ja, der Pascuttini oder die KFG, wir würden uns ja gegen Fahrräder oder gegen umweltbewusstes Handeln aussprechen, dann ist das mitnichten so. Es ist halt einfach so, dass wir die Dinge ein bisschen neutraler sehen. Und wenn jetzt in der Schmiedgasse mit überhöhtem Tempo manche Radfahrer durchfahren, dann sind das zwar wenige, aber die wenigen sind gefährlich. Das muss man ja ganz klar so sagen. Mich regen nicht die Radfahrer auf, die ihr Rad schieben oder die langsam mit Bedacht durchfahren oder um 4 Uhr in der Früh

durch die leere Schmiedgasse rasen. Mich regen halt die Verrückten auf, die das tagsüber tun. Die es tun, wenn man dort gemütlich sitzt und die einem fast über den Fuß fahren.
Deswegen, glaube ich, ist die fahrradfreie Schmiedgasse eine gute Idee, ich hätte sie gerne so schnell wie möglich. Der Kompromiss, dass man sozusagen es in absehbarer Zeit, also Pro Futura, fixiert, das ist ein Guter, glaube ich. Deswegen möchte ich gar nicht mehr Zeit von der Uhr nehmen, möchte meinen Antragstext kurz verlesen.
Die für Verkehr verantwortliche Bürgermeisterstellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Magistrats bis zur erfolgten Umsetzung der Begegnungszone in der Raubergasse und des Radweges entlang des Joanneumrings im Jahr 2025 eine fahrradfreie Schmiedgasse zu prüfen. Ich bitte um Zustimmung. Herzlichen Dank.

Originaltext des Antrages:

Grundsätzlich ist es sehr erfreulich, dass nun doch – zumindest ein kleiner Teil der Grazer Linkskoalition – unserer langjährigen Forderung nach einer Fahrradfreien Schmiedgasse nachkommen möchte. Diese erfreuliche Nachricht konnte der Berichterstattung der Kleinen Zeitung (https://www.kleinezeitung.at/steiermark/graz/18398662/spoe-prescht-koalitionsintern-voran-fuer-radfreie-schmiedgasse) am 24.04.2024 entnommen werden.
Auch Bürgermeisterin Elke Kahr hat in der Gemeinderatssitzung im Juli 2023 bereits in diese – richtige – Richtung gedacht:
Auch die Bürgermeisterin stoß in einem Statement in der Gemeinderatssitzung vom Juli 2023 bereits in die richtige Richtung: Schmiedgasse ist ein Dauerthema und mit zunehmender Möblierung, sprich Gastgärtenausweitung, immer mehr Ständer und immer mehr Leute, ist es logisch, wenn der Platz zu eng wird. Deshalb werden natürlich auch die Maßnahmen sinnvoll sein, die in der Neutorgasse umgesetzt werden. Die Maßnahmen in der Neutorgasse werden zumindest ein „Mindestmaß“ an Wirkung haben. Zudem sind Fahrräder in einer Fußgängerzone nur zu GAST.

Nach dem nunmehrigen Bekanntwerden der Pläne betreffend die Begegnungszonen in der Kaiserfeldgasse, Raubergasse, etc., bietet sich nun die finale Chance, die Schmiedgasse endlich für alle, aber vor allem für Fußgänger, sicher zu machen und mit breiter Mehrheit im Grazer Gemeinderat eine Fahrradfreie Schmiedgasse zu beschließen. Warum noch zuwarten, wenn die Bereitschaft, die körperliche Unversehrtheit der in der Schmiedgasse flanierenden Fußgänger zu schützen, nun endlich auch bei Teilen der Linkskoalition am Programm steht? Mit einem Beschluss in der heutigen Gemeinderatssitzung und einer daraufhin folgenden sofortigen Umsetzung der Fahrradfreien Schmiedgasse können Unfälle verhindert und Verletzungen samt Folgeschäden umfassend verhindert werden.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die für Verkehr verantwortliche Bürgermeister-Stellvertreterin Judith Schwentner wird ersucht, gemeinsam mit den zuständigen Stellen des Magistrats bis zur erfolgten Umsetzung der Begegnungszone in der Raubergasse und des Radweges entlang des Joanneumring im Jahr 2025 eine Fahrrad freie Schmiedgasse zu prüfen.

Vorsitzwechsel – StR Eber übernimmt den Vorsitz (20.16 Uhr).

Stadtrat **Eber**:

Danke, gibt es dazu Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Herr Gemeinderat Kozina-Voit.

Gemeinderat **Kozina-Voit:**

Ja, lieber Alexis Pascuttini, es war ja schon öfter hier im Gemeinderat Thema, danke auch noch einmal, dass du das aufgegriffen hast. Es ist tatsächlich dringlich, es ist einfach so, dass wir dort viel Radverkehr haben, viel Fußverkehr. Jetzt kommt noch die Gastgartensaison dazu, da wird es noch enger. Also, wir haben dort Probleme und das sehen wir auch. Ich habe vorher mich auch bei einigen Parteien bedankt, quasi jetzt für die gute Zusammenarbeit, insbesondere für die Koalition. Aber ich schätze es auch immer, wenn natürlich ihr oder auch natürlich die ÖVP sachpolitisch gute Anträge einbringt. Vielleicht nur zum Vorgehen. Das ist halt sehr wichtig, dass wir da jetzt intelligent vorgehen. Wir haben einfach die Situation, dass wir dort eine Hauptradroute quasi durchhaben. Das heißt, das von heute auf morgen zu sperren, wird viele Radfahrer und Radfahrerinnen vor den Kopf stoßen. Das wollen wir eben nicht. Wir wollen etwas tun für den Radverkehr und auch für den Fußverkehr. Deswegen zuerst neue Wege schaffen und dann die Alten unattraktiv machen.
Den ersten Schritt gehen wir ja jetzt, auch das ist schon bekannt geworden. Im Franziskanerviertel wird schon ab Sommer die Durchfahrt nicht mehr möglich sein mit dem Fahrrad. Das heißt, dadurch wird die Schmiedgasse ja auch schon ein Stück weit unattraktiver, weil man nicht mehr diesen durchgängigen Weg dann hat. Das betrifft uns als Politiker und Politikerinnen im Rathaus auch. Also da kann man dann nicht mehr einfach quer durchs Franziskanerviertel durchschneiden mit dem Fahrrad. Und wenn das dann fertig ist mit den neuen Wegen, das heißt Joanneumring, Neutorgasse, Raubergasse, dann ist es auch sinnvoll, weitere Schritte zu setzen. Und deswegen stimmen wir jetzt auch der Dringlichkeit zu. Danke.

Stadtrat **Eber**:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, doch, Kollege Manuel Lenartitsch, bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch:**
Liebe Stadtregierung, lieber Antragsteller, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte und noch die verbliebenen Zuseher zu Hause und hier auf der Galerie. Mir ist es im Prinzip egal, wer in den Medien steht, wenn man sich einfach nur, oder wenn einfach etwas im Stadtraum verbessert wird. Heute ist es der, der drinnen steht mit einem Artikel, morgen ist es der. Wir werden diese Sache natürlich unterstützen, weil wir selber schon mehr oder weniger in der Zeitung damit waren, aber ich habe noch etwas in Richtung ÖVP. Lieber Stadtrat.

Zwischenruf:
Welchen meinst du denn?

Gemeinderat **Lenartitsch:**
Einfach nur gespannt sein und warten was heute ist. Einer von euch beiden meinte, er bleibt sachlich, dann ist es nur mehr der andere. Und zwar werde ich die Gelegenheit nutzen, um noch einmal hier auf den Tagesordnungspunkt 2, was diesen Radweg am Joanneumring betrifft, zuzukommen, wo es geheißen hat, die SPÖ wird jetzt dann auf eine Nagelprobe gestellt oder gezwungen, schauen wir uns an, wie sie reagieren. Werden wir so quasi einen Teil splitten, wie sie sich verhalten. Wir verhalten uns so, wie es richtig ist für die Stadt. Und wenn jetzt dann, und das ist der Grund, warum wir gesagt haben, da können wir nicht mitgehen, weil wenn ich nur eine teilweise radfreie Schmiedgasse haben möchte, das geht dort nicht mehr. Der Teil der Schmiedgasse, dort wo auch die Fußgängerzone ist, das kann ich nicht mehr miteinander mit dem Radweg kombinieren und soll auch nicht mehr sein, wenn es eine andere Möglichkeit gibt. Und die Schmiedgasse, es geht uns ja nicht nur um die Schmiedgasse per se, sondern es geht uns um das ganze Joanneumsviertel. Und wenn dann an uns immer so quasi attestiert wird - na schauen wir einmal wie sie reagieren und schauen wir einmal,

weil im Land haben sie eine andere Position, ja, da werdet ihr schauen und wir werden wahrscheinlich dann gemeinsam schauen, wenn das umgesetzt ist in der Koalition und ich vermute, dann werden wieder alle auch dort stehen und sagen super, danke, haben wir jetzt geschafft als Stadt Graz. Aber es war schon bei einem anderen Stück hier im Gemeinderat, weil ich gesagt habe, ich gehe dann sehr wohl gerne heraus und informiere die Bevölkerung, wer sich wie mit der Abstimmung verhält, weil die anderen haben die Arbeit. Ich verstehe ja, dass die Oppositionsarbeit manchmal auch grauslich ist. Da muss man vielleicht dagegen sein, obwohl man vielleicht dafür ist, verstehe ich ja, aber dann muss man auch später draußen in den Medien es aushalten und sagen, nein, wir waren trotzdem dagegen. Und wir sehen eben, wie gesagt, die Schmiedgasse, jedenfalls im Kontext mit dem Joanneumviertel, und das ist bei uns der entscheidende Punkt, warum wir in eurem Abänderungsantrag nicht mitgegangen sind. Bei euch sind wir gerne dabei.

Stadtrat **Eber**:
Danke schön. Kollege Markus Huber, bitte, hat sich zu Wort gemeldet.

Gemeinderat **Huber**:
Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, eigentlich wollten wir das ja heute wortlos machen, aber der Manuel ist so gut drauf, da muss man fast etwas sagen. Zuerst einmal danke für den Antrag, ich glaube, das ist wirklich ein dringendes Thema, wo wirklich viele Parteien von uns schon daran arbeiten, dass diese Gasse endlich frei von Fahrradfahrern wird, nur Manuel, ganz ehrlich, ich verstehe heute nicht ganz. was du, also, irgendwann ist einmal ein neuer Feiertag wichtig. Jetzt ist es wieder, dass wir in der Opposition teilweise Dinge fordern, für die wir eh nicht sind oder dann wieder ablehnen, für die wir eigentlich sind. Ich meine, da kennt ihr euch ja von der SPÖ am besten aus, weil wo ihr überall mitstimmt in der Koalition, wo ihr nie

und nimmer mit eurem Parteiprogramm dabei sein könnt, nur weil euch im Hintergrund irgendetwas versprochen worden ist, da müsst ihr einmal ganz leise sein.

Stadtrat **Eber**:
Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, wünscht der Antragsteller ein Zwischenschlusswort? Verzichtet, danke. Kommen wir zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer dafür ist, bitte um ein Zeichen mit der Hand, danke. Gegenprobe. Jawohl, Dringlichkeit ist gegeben.

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen

Gibt es Wortmeldungen zum Inhalt? Bitte Frau Vizebürgermeisterin.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Ich glaube, wir sehen das alle und erleben das alle, die Schmiedgasse, dass das mittlerweile eine Zone ist, wo sich erstens einmal die Radfahrer:innen nicht an die vorgeschriebene Geschwindigkeit halten. Es ist tatsächlich schwierig im Schritttempo dort zu fahren, das ist maximal 8 km/h und jeder weiß, mit 5 km/h fällt man fast vom Rad, weil man eigentlich stehend fahren müsste, was nicht vereinbar ist. Viele fahren aber viel zu schnell und sind wirklich gefährdend für andere, vor allem Zufußgehende behindern. Es sind Gastgärten dazugekommen, die es früher nicht gegeben hat. Vor allem dort, wo es eng wird, ist eine echte Gefahrenstelle. Deswegen können wir, und ich glaube, es stimmt unsere Fraktion diesem Antrag zu, weil wir dem etwas abgewinnen können, genauso wie es da formuliert ist. Dass nämlich bis zur erfolgten Umsetzung einer Begegnungszone in der Raubergasse und des Radweges entlang des Joanneumrings im Jahr 2025 eine fahrradfreie Schmiedgasse zu prüfen ist, und das tun wir gerne. Und das tue ich gerne mit meinen Abteilungen, weil genau das, was der Manuel Lenartitsch angesprochen hat, nämlich zuerst einmal die Möglichkeiten zu

schaffen, damit wir eine fahrradfreie Schmiedgasse haben können. Und diese anderen Möglichkeiten, denen habt ihr heute leider nicht zugestimmt, nämlich am Joanneumradring und in der Raubergasse. Und wenn wir das gewährleistet haben, dass dort die Fahrradfahrerinnen und Fahrradfahrer direkt und schnell durchkommen, dann kann man auch das andere überlegen, nämlich die Schmiedgasse fahrradfrei zu machen und die Sicherheit der sich dort Aufhaltenden, vor allem Fußgänger:innen, aber auch den Leuten, die im Gastgarten sitzen, zu gewährleisten. Wir arbeiten also wirklich daran, im Unterschied zu dem, was jetzt gerade im Raum gestanden ist, nämlich Platz für alle zu schaffen und das gut und fair zu verteilen. Deswegen können wir den Antrag gut unterstützen. Zumindest meine Fraktion.

Stadtrat **Eber**:
Danke, wenn es keine weiteren Wortmeldungen gibt, dann bitte den Antragsteller zum Schlusswort. Entschuldigung, noch eine Wortmeldung, Max Zirngast.

Gemeinderat **Zirngast:**
Ich mache es dir ganz kurz, werter Herr Vorsitzender. Ich wollte mich nur bedanken beim Alexis für den Antrag und für ein schönes Beispiel dafür, wie konstruktive Opposition funktioniert, danke.

Stadtrat **Eber**:
Bitte zum Schlusswort.

Klubobmann **Pascuttini:**
Herzlichen Dank für die abzeichnende Zustimmung, herzlichen Dank für das Lob.

Wenn mich jetzt noch der NEOS-Gemeinderat lobt, dann muss ich mir Sorgen machen. Grundsätzlich wollte ich vorhin ein bisschen Zeit einsparen, dann ist die Diskussion doch ein bisschen entbrannt, finde ich aber grundsätzlich gut, dass wir jetzt einen Konsens finden konnten. Ich werde es auch bei anderen Themen wieder versuchen, vielleicht auch in der Vergangenheit sind wir mit zu großen Brocken gekommen. Kennzeichen- und Versicherungspflicht ist vielleicht zu viel, das nächste Mal machen wir nur die Kennzeichen, schauen wir einmal, wir tasten uns da langsam ran. Ich glaube, wir kriegen da noch ein paar gute Dinge durch in dieser Periode. In diesem Sinne war es das zu diesem Antrag auch schon von mir, vielen Dank.

Stadtrat **Eber**:
Danke, wir kommen zur Abstimmung. Wer diesem Antrag zustimmt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag von der KFG. Gemeinderat Michael Winter. GKB Infoveranstaltung.

9.9 GKB Infoveranstaltung

(GR Winter, KFG)

Klubobmann **Pascuttini:**:
Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte. Auch in dieser Angelegenheit ein Thema, das wir schon öfters in diesem Haus behandelt haben. Es

hat sich in der Vergangenheit ein bisschen bewegt, wie man den Medien entnehmen konnte. Die GKB hat sich nun dazu erbarmt, einen Termin mit der Öffentlichkeit abzuhalten. Leider erst im Herbst dieses Jahres. Da muss man jetzt schon sagen, das ist ein bisschen spät. Das versteht von den Betroffenen und von den Interessierten an dieser Veranstaltung wirklich niemand. Warum wir das voriges Jahr im Herbst diskutieren und jetzt im Frühjahr, also ein halbes Jahr später, die Meldung kommt, dass im Herbst diese Veranstaltung stattfindet. Also, ich glaube, das ist eine Verzögerung, die man so nicht hinnehmen kann. Es waren damals sehr, sehr viele Politiker der unterschiedlichsten Fraktionen vor Ort. Ich kann mich erinnern an den Kollegen Pointner an den Stadtrat Eber, wir alle sind draußen gestanden in der langen Schlange, sind nicht reingekommen. Drin sind Informationen dann in kleinen Portionen präsentiert worden. Das war wirklich eine skurrile Infoveranstaltung, die so eigentlich wenig Sinn gemacht hat, eigentlich ein sehr unbefriedigendes Gefühl bei den Betroffenen zurückgelassen hat. Insofern denke ich, müssten wir da etwas tun, müssten wir da ein bisschen auf das Gaspedal drücken, dass da wirklich einmal diese Informationsveranstaltung stattfindet, weil sich sonst die Menschen, die da Interesse an einem kommunalen Thema zeigen, an einem Thema, sage ich einmal, städtische Verkehrsentwicklung, das ist ja eigentlich etwas Wünschenswertes, dass es da in der Bevölkerung den großen Wunsch gibt, sich zu informieren und vielleicht auch Kritik zu äußern. Insofern unser Dringlicher Antrag, dass die Stadt Graz jetzt an die GKB und die ÖBB herantritt und diese Bürgerinformationsveranstaltung ein bisschen zeitnäher abhalten lässt, nämlich mindestens noch im Juni. Wir reden nicht vom Mai, das wäre vielleicht zu kurzfristig, aber das noch im Juni sozusagen vor der Sommerpause stattfindet. Ich bitte auch hier um Ihre Zustimmung.

Originaltext des Antrages:

In der Gemeinderatssitzung vom Oktober 2023 stellten wir folgenden Antrag: „Die Verantwortlichen der GKB werden ersucht, eine neuerliche Informationenveranstaltung (Bürgerinformationsveranstaltung) zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen zu organisieren.“

Dieser Antragstext weichte von der ursprünglichen Version, im guten Glauben an wirkliche Bemühungen der Vizebuergermeisterin, die betroffenen Anrainer informieren zu wollen, entscheidend ab. Anstatt Ihre Position zu nutzen, trat man lediglich in Form einer lapidaren E-Mail an die GKB heran.
Der daraus resultierende Termin stellte in keiner Weise eine ordentliche Informationsveranstaltung dar und hatten auch Bürger keine Möglichkeit ihre Wünsche in großer Runde darzulegen. Und das obwohl im ursprünglichen Antrag die Form der Veranstaltung wie folgt beschrieben war: „Hier sollen die Verantwortlichen der GKB in Form einer geführten Veranstaltung allen anwesenden Personen gleichzeitig Rede und Antwort stehen."
Das Angebot der Verantwortlichen auf Seiten der GKB/ÖBB mit jedem Bürger Einzelgespräche zu führen, ist gleich der ersten „Infoveranstaltung" nicht zielführend, da nicht jeder Bürger dieselben Fragen hat, aber von anderen profitieren kann.
Somit ist unabhängig der technischen und organisatorischen Ausführungen des vergangenen Termines (Sonderausschuss GKB Strecken) eine breit angelegte Infoveranstaltung notwendig. Es muss auch im Interesse der Stadt sein, die Bürger bestmöglich zu informieren.
Erfreulich ist, dass nun anscheinend die Bereitschaft seitens der ÖBB und GKB vorhanden ist, doch eine weitere Informationsveranstaltung zu veranstalten, diese jedoch erst im Herbst stattfinden soll. In Anbetracht der bereits begonnenen Bauarbeiten in Abschnitt 1, ist eine Veranstaltung im Herbst jedenfalls zu spät.

Namens des (Korruptions-) Freien Gemeinderatsklubs ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat

der Landeshauptstadt Graz

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt an die Verantwortlichen der ÖBB und GKB heranzutreten und die Informationsveranstaltung (Bürgerinformationsveranstaltung) zum Ausbau der GKB im notwendigen und geeigneten Rahmen noch im Juni zu fordern.

Stadtrat **Eber**:
Danke. Ich ersuche um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Herr Klubobmann Karl Dreisiebner.

Klubobmann **Dreisiebner:**
Geschätzter Klubobmann Pascuttini, in Vertretung von Gemeinderat Winter. Am 3.4. hat es einen Sonderausschuss gegeben, der Manuel Lenartitsch hat den hervorragend geleitet, mit ein paar Minuten Verspätung aus diversen Gründen. Er hat sehr lange gedauert. Michael Winter war anwesend. Die GKB, beziehungsweise das Management und die von den beauftragten Gutachter haben uns sehr gut informiert und haben uns auch - das Projekt ist ein Projekt, das nicht der Stadt Graz zugeordnet ist – darüber informiert, dass sie für den Herbst eine weitere Bürger:inneninformationsveranstaltung planen. Ja, sie planen eine Informationsveranstaltung, die die Möglichkeit zu Einzelfragen und Einzelgesprächen mit sich bringt, die über mehrere Stunden gehen wird, so wie sie auch damals über mehrere Stunden angesetzt war. Das, was Michael Winter und wohl auch du, intendiert, ist quasi so etwas wie eine große dramaturgische Situation, wo man sehr laut vor möglichst vielen Menschen seinen eigenen Standpunkt zum Besten geben kann. Ich glaube, das ist, wie wir wissen, nicht immer das, was die Menschen wollen. Die Menschen wollen ihre eigene Frage zu ihrem Grundstück, zu ihrer Situation und zu ihren offenen Zukunftsfragen, die sie haben oder auch Ängsten, die sie haben, stellen. Dazu muss ich mir nicht diverse dramaturgisch groß angesetzte, beinahe theatralische Veranstaltungen geben, wo man möglichst laute Menschen mit möglichst intensiven

Wortmeldungen hört und die einzelne Frage dann wiederum gar nicht zum Thema wird. Das ist meine Meinung dazu.
Das andere ist: der Bauwerber, der Organisator ist die GKB, ab Juli die ÖBB. Es obliegt wohl auch diesen, den Termin, aber auch die Art der Veranstaltung so zu organisieren, wie sie es möchten. Im Übrigen hätte der Kollege Winter, der am 3.4. im Sonderausschuss anwesend war, auch dort schon monieren können, dass ihm das zu spät ist, warum auch immer, also wir sehen keine Dringlichkeit und inhaltlich auch keinen Vorteil.

Vorsitzwechsel – Bgm^in^ Kahr übernimmt den Vorsitz (20.30 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:
Weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Ist nicht der Fall. Herr Gemeinderat Piffl-Percevic, bitte.

Gemeinderat **Piffl-Percevic:**
Also ich möchte schon sagen, dein Lob für die Veranstaltung der GKB und auch die selbige soll ja in dieser Weise, wie du es gesagt hast, wieder stattfinden. Nämlich, die Leute kommen dorthin und können ihre Fragen stellen und kriegen dann Antworten. Also bitte, über so eine Veranstaltung, Informationsveranstaltung zu schreiben, ist eine glatte Lüge. Das ist genau euer Rezept, wie ihr das Land auf, Land ab macht. So war es beim Flächenwidmungsplan. Die Leute konnten hinkommen, sie kriegen eine Nummer, alles super organisiert, großartig, stundenlang gedauert, aber Information wurde dort überhaupt keine per se vermittelt, wenn du mit Fragen hingekommen bist, hast du eine kompetente Antwort bekommen. Aber es war weder die Information dort über das, was Sache ist beim FläWi, noch auch bei der GKB sehr spärlich. Es war ein öffentlicher Sprechtag. Das ist keine Informationsveranstaltung und ihr verabschiedet euch zunehmend von den schwer errungenen klassischen Instrumenten der Bürgerbeteiligung und die setzt Information voraus. Das ist euch peinlich, fremd. Da

könnte ja irgendjemand sich dann zusammenrotten und irgendwie kollektiv auftreten. Das ist eine glatte Lüge, dass sich da um Informationsveranstaltungen handelt. Zur GKB. Die GKB war sehr bemüht, großes Lob, sehr kompetent. Sie haben jetzt auch zu dem Thema der elektromagnetischen und so weiter Beeinflussung einen Sachverständigen mitgehabt. Für uns war das eine Informationsveranstaltung. Was draußen bisher geboten wurde, war ein öffentlicher Sprechtag. Und ich würde mir einfach ein angstloses Informieren…Wieso habt ihr Angst vor eurer politischen Arbeit? Ihr seid nur mehr ängstlich. Da könnte ja dann irgendjemand, da können ja dann zwei Hand in Hand kommen und gemeinsam dort auftreten. Ja, furchtbar.
Ihr verabschiedet euch genau von dem, was ihr dem Wähler versprochen habt. Und das ist einfach aufzuzeigen. Und ihr werdet die Rechnung auch bekommen.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke schön. Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Gemeinderat Lenartitsch, bitte.

Gemeinderat **Lenartitsch:**
Liebe Frau Bürgermeisterin, hoher Stadtsenat, liebe Gemeinderätinnen, liebe Gemeinderäte, lieber Antragsteller. Das, was ich jetzt hier gerade mitgekriegt habe, habe ich jetzt dann wirklich nicht verstanden. Aber bitte, vielleicht kann man mir das noch einmal klarmachen. Zwischenrufe bitte später. Das Publikum, das online dabei ist, kriegt es leider nicht mit. Schade, ist umsonst. Die Veranstaltung, draußen in Wetzelsdorf, war keine von der Stadt. Die war von der GKB. Und da jetzt dann bitte die beiden Dinge zu vermischen, was die Stadt beim FläWi für eine Informationsart betreibt und auch die GKB, das sind zwei verschiedene Unternehmen, sage ich jetzt einmal, oder zwei verschiedene Systeme, wie die Information weitergebracht wird.
Ich habe mich dann selbst in die Pflicht genommen und habe gesagt, ich mache einen Sonderausschuss, damit alle politischen Akteure im Gemeinderat denselben Wissenstand haben. Nicht alle politischen Akteure sind immer im Ausschuss, wo auch

solche Themen immer bearbeitet werden. Deswegen war es mir wichtig, einen Sonderausschuss zu machen, damit die politischen Akteure alle am selben Informationsstand sind.
Und wer dort war, der hat dann auch die Information bekommen, dass es dort einen Ombudsmann gibt, der rund um die Uhr zur Verfügung steht. Denn alle, die dort auf dieser Strecke Anrainer und Bewohner sind, können ihn anrufen und der spätestens noch eine Stunde, wenn er gerade beim Mittagessen sitzt, so wie man es gesagt hat, zurückruft und den Leuten das erklärt.
Die GKB und in späterer Folge die ÖBB wird die Anrainer entsprechend informieren, was die elektromagnetischen Strahlungen betrifft. Und wer bis zum Schluss war, der hat es dann auch mitgekriegt, dass diese Firma auch gesagt hat, es werden Beispiele gebracht, wo man vielleicht glaubt, man ist mit einer kleineren oder einer kleineren magnetischen Strahlung ausgesetzt, was vielleicht im Haushalt oft schon höher ist als dort an der Eisenbahnstrecke. Und all jene Anrainer, die es unmittelbar betrifft, bekommen einen time slot, wo sie informiert werden. Alle anderen kommen danach gereiht zu einer Information. Das haben die ÖBB und die GKB bei diesem Sonderausschuss gesagt und nichts anderes. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke für diese Aufklärung. Gibt es weitere Wortmeldungen? Dann darf ich bitten, Herr Klubobmann, um ein Schlusswort bei der Dringlichkeit.

Klubobmann **Pascuttini:**
Ich finde es sehr schade, dass wir kurz nach dem Erfolg vorhin schon wieder den Weg der konstruktiven Zusammenarbeit verlassen. Denn was der Kollege Piffl-Percevic ausgeführt hat, das war vollkommen richtig. Dass ihr euch da scheinbar davor scheut einmal einer größeren Menge an Menschen…, ja, aber ihr verteidigt das, das ist das Problem. Ihr verteidigt das Vorgehen der GKB, die sich da in irgendeinem

Hinterkämmerchen mit viel zu kleinem Raum, mit viel zu wenig Personen dann verschanzen will, dort die Leute einzeln informieren will und dort dann einfach nicht jedem das Gleiche sagt, denn das ist im Herbst passiert. Und wenn man sich anschaut, wie groß das Interesse war, die Schlange war irrsinnig lang. Da waren irrsinnig viele Personen dort. Es haben sich diese Menschen verdient, dass sie einfach in einem Raum zusammenkommen und dort gemeinsam auf den gleichen Informationsstand gebracht werden, dass sie die Fragen der anderen hören, dass sie hören, was sagen die politischen Protagonisten dieser Stadt dazu. Das ist im Endeffekt nichts, was man irgendjemandem vorwerfen kann. Man tut dann immer so ein bisschen die Menschen ins Schwurbleck abschieben und sagt dann immer, die Ängste sind unbegründet und dergleichen. Das ist es nicht, jeder macht sich Sorgen, wenn so ein Großprojekt vor seiner Nase umgesetzt wird und einfach da jetzt Dinge in den Raum zu führen wie diesen Ombudsmann. Ich erlebe das auch mit dem Ombudsmann der ÖBB beim Verschubbahnhof Gösting. Versuchen Sie den einmal zu erreichen. Wirklich versuchen Sie es. Ich habe eine Anrainerin, die macht das sehr engagiert. Na ja, sehr oft ist er nicht erreichbar, dann ruft er kumulativ am Freitag zurück für die vergangene Woche. Da fühlt man sich auch nicht sonderlich ernst genommen, wenn es am Dienstag laut ist und am Freitag ruft er zurück, dann ist der Lärm schon vorbei. In diesem Sinne würde ich wirklich appellieren, dass Sie noch einmal in sich gehen, dass Sie hier wirklich versuchen, sich vor Augen zu rufen, wie damals die Menschen händeringend vor diesem Gasthaus, die Information eingefordert haben, sie nicht bekommen haben und jetzt das Gleiche noch einmal bekommen. Also, da kommt man sich dann wirklich ein bisschen verarscht vor. Und es gäbe ja auch einen Zwischenschritt, dass man sagt, ok, gut, die GKB bietet das noch einmal an, aber die Menschen sind mutig, auch die Politiker in dieser Stadt sind mutig und bieten auch eine Veranstaltung an, wo man auch jemanden einladet, weil was man dann im Hintergrund hört: wenn die Stadt eine Veranstaltung macht, da kommen die nicht. Das kann doch wirklich nicht ein Argument sein für die zweitgrößte Stadt Österreichs oder für die Verantwortlichen dieser Stadt. Man könnte das genauso im Rahmen einer Bezirksversammlung, das könnten die Bezirksvorsteher ansetzen und dann kommen die nicht, das wäre ja eine Missachtung

der politischen Verantwortlichen in dieser Stadt. Das muss man ganz offen sagen, also ich bitte hier wirklich, dass Sie in sich gehen und dass Sie hier noch einmal darüber nachdenken und vielleicht dem Antrag doch die Dringlichkeit und die Zustimmung schenken, herzlichen Dank.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Wir kommen zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist dafür? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist somit abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen nun zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Frau Sabine Reininghaus. Hier geht es um Sicherheitsmaßnahmen im Grazer Rathaus.

9.10 Sicherheitsmaßnahmen im Grazer Rathaus jetzt stärken

(GR Reininghaus, NEOS)

Gemeinderätin **Reininghaus:**
Hoher Stadtsenat, geschätzte Kollegen und Kolleginnen. Mein Dringlicher Antrag hat auch kein Mascherl, da geht es um die Sicherheit von uns allen.
Wenn Sie sich vielleicht fragen, wie kommt denn diese Sabine Reininghaus dazu, da jetzt das Thema Sicherheit anzugreifen, dann darf ich Sie vielleicht ein bisschen informieren. Das werden Sie alle nicht wissen. Ich bin konzessionierte Berufsdetektivin, ich bin Unternehmensberaterin für das Sicherheits- und Risikomanagement. Ich

schreibe Sicherheitskonzepte für ganze Industriebetriebe, die an der Börse notiert sind und ein entsprechendes Sicherheitskonzept aufweisen müssen. Ich war Leibwächterin des amerikanischen Botschafters Lauda und seiner Familie in Wien. Ich habe Ausbildung der GSG 9 und Sie können mir glauben, dass ich weiß, was Vorfeldsicherung, was aktiver Personenschutz und was Sicherheitsthemen betrifft. Und darum komme ich jetzt auch hier mit meinem Dringlichen Antrag, weil ich auch der Meinung bin und wiederholen möchte, was hier heute eh schon gesagt worden ist. Wir leben in einer anderen Zeit. Es macht so irgendwie den Eindruck, als wäre irgendwie alles ein bisschen verrutscht. Die Menschen fühlen sich unsicher. Man muss schon Sicherheitsdienste in Bädern installieren, am besten auch in Schulen, weil da kann ja auch was passieren. Also wir müssen schon einmal jetzt feststellen und bejahen, die Zeiten haben sich leider ein bisschen geändert. Jetzt ist das Rathaus ein öffentliches Gebäude. Öffentlichen Gebäuden ist gemein, dass sie aber öffentlich zu betreten sind, also frei zu betreten sind, und das muss ja auch so sein.
Und liebe Elke, ich verstehe das natürlich, dass man hier sagt, wir wollen ein offenes Haus sein, niederschwellig zu betreten, aber wenn was passiert ist, ist es zu spät. Und darauf möchte ich jetzt ganz kurz eingehen.
Wir haben eine Rathauswache, die zur Sicherung der im Rathaus tätigen und aufhältigen Personen speziell geschult ist, die Rathauswache übrigens, die Zutrittskontrollen beim Eingangsportal durchführt, die Gäste in den Abteilungen akkreditiert, die Einhaltung der Hausordnung im Amtsgebäude hier kontrolliert und die während laufender Gemeinderatssitzungen die Galerie im Stock da oben uns sichert. Hallo, GPS, schön, dass ihr da seid. Aber ich wünschte mir, oder was auch fehlt, ist, dass zum Beispiel GPS auch hier vor dem Gemeinderatseingang präsent ist und da für Sicherheit und für eine Prävention im Haus sorgt. Was ich mir auch noch vorstelle, und das wird ja auch vom Bundesministerium für Inneres in der aktuellen Broschüre „Sicherheit in öffentlichen Gebäuden“, so auch als Antwort quasi empfohlen, dass man die Leute, die in diesen öffentlichen Gebäuden arbeiten oder die, die zur Gemeinderatssitzung eingeladen werden, dass man die auch schult im Hinblick auf, wie erkenne ich eine Gefahrensituation, dass man da sensibilisiert die Menschen.

Wenn da einer reinkommt, den wir nicht hier herinnen haben wollen, dann ist echt blöd.
Und das müssen wir uns überlegen, da müssen wir uns auf die Zeit einstellen und mehr Sicherheitsaspekte einführen. Auch wenn hier im Moment überhaupt keine konkrete Gefährdung jetzt vorliegt, möchte ich trotzdem gemäß § 16 der Gemeinderatsordnung den folgenden

Dringlichen Antrag

stellen. Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie eine Sensibilisierung der im Grazer Rathaus-Tätigen und während laufender Gemeinderatssitzung aufhältigen Personen erreichbar ist und die in die Lage versetzt, sicherheitsrelevante Anzeichen zu registrieren und durch rechtzeitiges Erkennen einer Gefahr das Risiko minimiert.
Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen auch prüfen, wie im Zuge einer Sensibilisierung die richtigen Verhaltensweisen für unterschiedliche Bedrohungsszenarien mit den Menschen hier vereinbart werden können, und die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden weiter zu prüfen ersucht, künftig nicht nur die Galerie, sondern während laufender Gemeinderatssitzungen auch den Gemeinderatssitzungssaal unter Schutz zu stellen.
Bitte überlegen Sie, ob das nicht wichtig ist, ich bitte um Annahme.

Originaltext des Antrages:
Obwohl der Begriff „öffentliches Gebäude“ weit gefasst ist und Gerichte, Krankenhäuser, Bildungs u.- Kinderbetreuungseinrichtungen genauso darunterfallen, wie etwa Bibliotheken, oder Museen, lieg der Fokus beim „Grazer Rathaus“ als öffentliches Gebäude. Alle öffentlichen Gebäude haben gemeinsam, dass sie einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind und auch öffentlich zugänglich sein wollen. Allerdings geht mit „offenen Häusern“ auch der Umstand einher, dass sie als mögliche Angriffsziele in Betracht kommen und Menschen in Gefahrensituationen bringen könnten.

Mit der Sicherheit im öffentlichen Raum beschäftigt sich die Abteilung „Sicherheitsmanagement und Bevölkerungsschutz“, unter der Leitung von Mag. Gilbert Sandner. Hier werden alle Sicherheitsaktivitäten zwischen städtischen und externen Einrichtungen koordiniert und abgestimmt und werden Maßnahmen zur Sicherung des öffentlichen Raums erstellt https://www.sicherheit.graz.at/cms/ziel/12230291/DE/
Dazu zählt auch die Rathauswache, die zur Sicherung der im Rathaus tätigen und aufhältigen Personen speziell geschult ist, professionelle Zutrittskontrollen beim Eingangsportal des Rathauses durchführt, Gäste in den einzelnen Abteilungen akkreditiert, die Einhaltung der „Hausordnung für Amtsgebäude“ kontrolliert und während laufender Gemeinderatssitzungen die Galerie im Gemeinderatssitzungssaal überwacht
https://www.gps.graz.at/cms/beitrag/10319311/9154886/Rathauswache.html
graz.at/cms/beitrag/10396014/12230291/Die_Ordnungswache_der_Stadt_Graz.html
https://www.sicherheit.graz.at/cms/dokumente/10400161_12230291/acd28da4/Hausordnung%20deutsch_Defi-App.pdf
Der Hauptzugang zum Gemeinderatssitzungssaal ist jedoch während der Gemeinderatssitzungen gänzlich ungeschützt!
Dabei betont das Bundesministerium für Inneres in seiner aktuellen Broschüre „Sicherheit in öffentlichen Gebäuden“ für die unsicherer gewordenen Zeiten, die Wichtigkeit der Prävention. Nicht nur durch den Einsatz technischer Maßnahmen, vor allem durch die Sensibilisierung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in öffentlichen Gebäuden, ließe sich jedes Risiko minimieren
https://www.bundeskriminalamt.at/202/Gewalt_widersetzen/files/832_BK_Broschuere_Sicherheit_in_oeff_Gebaeuden_WEB_V20190723.p
Die allgemeine Verschlechterung der Sicherheitslage macht auch vor dem Grazer Rathaus, dem Sitz der Grazer Stadtregierung, nicht halt. Daher ist die präventive Sensibilisierung im Sicherheitsbereich auch ein hochaktuelles Thema, nicht nur für das Grazer Rathaus.

Auch wenn aktuell keine Gefährdung vorliegt, stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung für den Grazer Gemeinderat folgenden

***dringlichen Antrag**:*

- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, wie sie Personen, die in die Abwicklung von Sitzungen des Gemeinderats regelmäßig involviert sind, wie Vertreterinnen und Vertreter aus dem Stadtsenat, dem Magistrat, Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Fraktionsmitglieder, sowie die Mitglieder der Presse, in die Lage versetzen können, dass sie sicherheitsrelevante Gefahren wahrnehmen und durch rechtzeitiges Erkennen das Gefahrenrisiko minimieren können*
- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, in welcher Form die Personen auf Ernstfälle vorbereitet und richtige Verhaltensweisen für den Ernstfall vereinbart werden können.*
- *Die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, als präventive Maßnahme künftig den Hauptzugang zum Gemeinderatssitzungssaal während einer Gemeinderatssitzung durch die Rathauswache zu sichern, wie das auf der Galerie praktiziert wird.*

Bürgermeisterin **Kahr**:
Ich bitte um Wortmeldungen zur Dringlichkeit. Bitte Frau Gemeinderätin Pogner.

Gemeinderätin **Pogner (Zusatzantrag):**
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, ich habe in Arbeit einen Zusatzantrag. Und zwar, der nachfolgende Antrag wurde bereits am 13.12.2023 bestellt, und leider erfolgte bedauerlicherweise bis heute keine Antwort auf diesen Antrag. Um die Sicherheit der Magistratsbediensteten dauerhaft zu gewährleisten, um Gebäude und

Vermögenswerte zu schützen und um ein Mindestmaß an Sicherheitsstandards sicherzustellen, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs neuerlich folgenden

Antrag:

Bürgermeisterin Elke Kahr möge prüfen, ob der bereits vorhandene Türrahmenmetalldetektor nach wie vor im Bereich des Sozialamtes vorgesehen ist und wann dieser in Betrieb genommen wird.
Bürgermeisterin Elke Kahr möge prüfen, ob im Falle einer Nichtnutzung dieses Detektors durch das Sozialamt, das Rathaus diesen Türrahmenmetalldetektor beim Haupteingang dauerhaft einsetzen kann, beziehungsweise welche anderen Zutrittskontrollen, beispielsweise Schleusensysteme, für den Bereich des Haupteingangs machbar wären.
Bürgermeisterin Elke Kahr möge über die Magistratsdirektion alle Magistratsabteilungen befragen, ob ein Bedarf von Zugangskontrollsystemen in der jeweiligen Abteilung zweckmäßig und gefordert wäre.
An dieser Stelle ist es mir ein persönliches Anliegen, auch einen Paragrafen aus dem Sicherheitspolizeigesetz zu zitieren. Das wäre der § 31 Sicherheitspolizeigesetz in Verbindung mit § 1 3 der Richtlinienverordnung, der besagt nämlich folgendes: Polizisten und Polizistinnen haben zur Erfüllung ihrer Aufgabe außerhalb des Dienstes einzuschreiten, wenn sie erkennen, dass dies zur Abwehr einer gegenwärtigen Gefahr für Leben, Gesundheit, Freiheit, für Menschen oder für Eigentum im großen Ausmaß erforderlich, verhältnismäßig und Ihnen dies nach den eigenen Umständen zumutbar ist.
Damit will ich besagen, auch wenn Sie mich nicht mögen oder den Kollegen Winter nicht mögen, aber im gesetzten Falle sind wir unter diesen Voraussetzungen für Sie da. Danke.

Originaltext des Antrages:

Nachfolgender _ Antrag wurde bereits am 13.12.2023 gestellt, jedoch erfolgte bedauerlicherweise Ihrerseits noch keine Antwort.

Um die Sicherheit der Magistratsmitarbeiter:innen dauerhaft zu gewährleisten, um Gebäude und Vermögenswerte zu schützen und um ein Mindestmaß an Sicherheitsstandards zu sicherzustellen, stelle ich daher namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs neuerlich folgenden

Antrag:

1. *Bürgermeisterin Elke Kahr möge prüfen, ob der bereits vorhandene Türrahmen-Metalldetektor nach wie vor im Bereich des Sozialamtes vorgesehen ist und wann dieser in Betrieb genommen wird.*
2. *Bürgermeisterin Elke Kahr möge prüfen, ob im Falle einer Nichtnutzung dieses Detektors durch das Sozialamt das Rathaus diesen Türrahmen-Metalldetektor beim Haupteingang dauerhaft einsetzen kann bzw. welche anderen Zutrittskontrollen, beispielsweise Schleusensysteme, für den Bereich des Haupteinganges, machbar wären.*
3. *Bürgermeisterin Elke Kahr möge über die Magistratsdirektion alle·Magistratsabteilungen befragen, ob ein Bedarf von Zugangskontrollsystemen in der jeweiligen Abteilung zweckmäßig und gefordert wäre.*

Bürgermeisterin **Kahr**:

Danke Frau Gemeinderätin. Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Ist nicht der Fall. Dann darf ich dich bitten, Sabine, zum Schlusswort. Dann kommen wir zur Abstimmung.

Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe, die Dringlichkeit ist somit nicht gegeben.

Trotzdem, weil ich mir den Zusatzantrag jetzt angeschaut habe, auf diese Fragen werde ich, unabhängig davon, eine Antwort geben.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen ÖVP, KFG, NEOS, FPÖ, GR Eustacchio).

Wir kommen zum nächsten Dringlichen Antrag, eingebracht von Herrn Gemeinderat Günter Wagner. Hier geht es um ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität.

9.11 Präventionskonzept Jugendkriminalität

(GR Wagner, FPÖ)

Gemeinderat **Wagner:**
Sehr geehrte Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, die immer häufiger werdenden Meldungen über die massiven Fälle von Jugendkriminalität sind für uns alle Besorgnis erregend. Ob im Park, Sportanlagen, Schwimmbädern oder Schulen, kommt es zu Diebstählen, es kommt zu Sachbeschädigung, schwerer Körperverletzung und auch zu Sexualstraftaten. Besonders stark zeigt sich der Anstieg bei den unmündigen Tatverdächtigen. Ein Plus von 21,8 % im Vergleich 2021 auf 2022. Die Zahlen für 2023 liegen noch nicht vor, aber wir haben auch schon gehört, dass der Trend leider ein ähnlicher sein wird.
Die Hauptursache für die signifikante Verschlechterung der Kriminalitätslage in Österreich ist ohne Zweifel die unverantwortliche Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Auf lokaler Ebene bleibt uns meist, nur die Symptombekämpfung, um eben das Schlimmste für die österreichische Bevölkerung, für die einheimische Bevölkerung, abzuwenden. Ja, wir werden auch später noch hören von der Frau Kollegin Pogner. Natürlich, Jugendarbeit wird alleine nicht ausreichen, da bin ich schon voll bei Ihnen. Das Thema ist aber definitiv Thema, deswegen hat es ja schon einen runden Tisch gegeben. Der Herr Stadtrat Hohensinner fordert auch hier von der Frau Bürgermeisterin, die natürlich Gesamtverantwortung für die Stadt hat, da auch zurecht

- da bin ich voll bei dir - einen Aktionsplan zu dem ganzen Thema, vollkommen richtig. Aber ich glaube, es braucht ein Bündel an verschiedenen Maßnahmen. In dem Fall könntest du mit einem Beispiel vorangehen und im eigenen Wirkungsbereich hier einfach das weiter ausbauen. Das Jugendamt macht sehr gute Arbeit, die Kollegin Pogner hat da einige Punkte ausgeführt, aber ich glaube, da geht noch mehr und genau in diese Richtung geht mein

Dringlicher Antrag.

Und zwar, der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass Jugendstadtrat Kurt Hohensinner aufgefordert wird, im Rahmen der Zuständigkeit des Jugendamtes, zum Beispiel Jugendstreetwork, Elternberater oder Ähnliches, ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität im öffentlichen Raum zu entwickeln. Danke.

Originaltext des Antrages:

Die immer häufiger werdenden Meldungen der Fälle massiver Jugendkriminalität sind besorgniserregend. In Parks, Sportanlagen, Schwimmbäder oder Schulen kommt es zu Diebstahl, Sachbeschädigung, schwerer Körperverletzung oder zu Sexualstraftaten.

Besonders stark zeigt sich der Anstieg bei den unmündigen Tatverdächtigen (ein Plus von 21,8% im Vergleich zu 2021)

Die Hauptursache dieser Problematik liegt ohne Zweifel in der unverantwortlichen Asyl- und Migrationspolitik der Bundesregierung. Die unkontrollierte Zuwanderung hunderttausender junger Männer aus fernen Kulturkreisen führte erwartungsgemäß zu einer signifikanten Verschlechterung der Kriminalitätslage in Österreich.

Auf lokaler Ebene bleibt uns lediglich die Symptombekämpfung, um das Schlimmste von der einheimischen Bevölkerung abzuwenden. Jugendstadtrat Kurt Hohensinner ist gefordert, anstatt mit dem Finger auf andere zu zeigen, ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität in Graz zu entwickeln. Der Fokus soll dabei vor allem darin liegen, Maßnahmen zu finden, um Übergriffe im öffentlichen Raum zu verhindern.

Namens des freiheitlichen Gemeinderates Günter Wagner ergeht daher nachfolgender

Dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO des Gemeinderats

der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat der Stadt Graz möge beschließen, dass Jugendstadtrat Kurt Hohensinner aufgefordert wird, im Rahmen der Zuständigkeiten den Jugendamtes (zB. Jugendstreetwork, Elternberatung, etc.) ein Präventionskonzept zur Jugendkriminalität im öffentlichen Raum zu entwickeln.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Danke, Herr Gemeinderat. Herr Stadtrat Hohensinner und dann Herr Klubobmann Pascuttini.

Stadtrat **Hohensinner**:
Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, werter Gemeinderat. Ich möchte nur ganz kurz zum letzten Dringlichen Antrag etwas sagen, weil ich bin fast schockiert. Die Frau Reininghaus macht sich zu Recht Sorgen um unsere Sicherheit im Rathaus und die Regierung sagt gar nichts dazu. Es wird einfach dagegen gestimmt. Ich möchte einmal sagen oder festhalten, bei meinem Büro gegenüber ist eine Schreckschusswaffe gefunden worden. Das ist nicht nichts. Also, ich weiß nicht, ob ihr glaubt, dass irgendwer diese Schreckschusswaffe einfach entsorgt hat. Da gibt es andere Orte, wo man so etwas entsorgen kann. Also, da wurde schon bewusst ein Statement gesetzt und deswegen schockiert es mich wirklich. Das ist ein berechtigtes Anliegen von der Frau Reininghaus, dass ihr gar nichts dazu sagt. Also, da bin ich wirklich ein bisschen schockiert.

Aber jetzt zum Dringlichen Antrag. Mich freut es, dass wir zum Thema Jugendkriminalität, ich glaube, in allen Parteien jetzt ein Problembewusstsein entwickelt haben. Das ist ganz, ganz wichtig. Zu dir, lieber Herr Gemeinderat, und zu deinem Dringlichen Antrag, irgendwie spricht aus deinem Dringlichen Antrag der Herbert Kickl. Also, es klingt so, als würde er einfach so mit dem Russlandwasser, das ihm jetzt zum Hals reicht, auch jetzt schon auf die Grazer FPÖ einwirken, dass du solche Anträge stellst, aber auch für den Herbert Kickl ist hier die Unschuldsvermutung auszusprechen. Aber man kann jetzt die Bundespolitik da in den Gemeinderat holen, es bringt uns halt um keinen Millimeter weiter.
Zu deinem Antrag, du verwechselst vielleicht unabsichtlich oder absichtlich Äpfel mit Birnen. Also man kann jetzt nicht die Kriminalprävention mit der Jugendarbeit quasi eins zu eins verbinden, das geht nicht. Für die Symptombekämpfung, die du beschrieben hast, ist nicht das Jugendamt verantwortlich. Und ich hoffe, dass wir da übereinstimmen. Für die Symptombekämpfung, wenn kriminelle Handlungen schon passieren, dafür ist die Exekutive zuständig. Du meinst aber vielmehr, glaube ich, die präventive Jugendarbeit. Die findet bei uns in der mobilen Jugendarbeit statt einerseits, andererseits auch in den vielen Jugendzentren, über die haben wir heute auch schon geredet und über die Kampagne. Also da haben wir 13 Jugendzentren, und präventive Jugendarbeit findet vor allem in den vielen Sportvereinen statt, weil du mich aufforderst und sagst, ich soll nicht mit meinem Finger auf andere zeigen. Für meine Verantwortung habe ich genau in diesen Bereichen Konzepte entwickelt. Ihr könnt euch erinnern, ich habe vor zwei Jahren eine Jugendstrategie präsentiert und diese Jugendstrategie hätte den Inhalt gehabt, dass wir die mobile Jugendarbeit massiv ausbauen, weil ich gesagt habe, durch Covid und durch andere Faktoren hat sich vieles verändert und wir brauchen einfach mehr Jugendsozialarbeiter auf der Straße. Ich habe mehr Budget eingefordert, ich habe nicht mehr Budget bekommen und auf der anderen Seite im Sportbereich haben wir den Verein Active City ins Leben gerufen, mit Thomas Rajakovics und da habe ich auch ersucht, dass wir mehr Budget bekommen, auch hier habe ich nicht mehr Geld bereitgestellt bekommen. Das hast du, Herr Gemeinderat, in der Budgetgemeinderatssitzung auch angeführt, das heißt, ich ducke

mich nicht weg, ich bin bereit hier auch in der präventiven Jugendarbeit mehr zu tun, aber wir brauchen da auch die finanziellen Mittel.
Und vielleicht noch eines, weil du hast ja auch diese ganze Bäder-Situation angesprochen. Ja, wir haben mehr Vorfälle in den Grazer Bädern, also ich habe das auch rückgefragt mit der Holding Graz und ja, es sind bei diesen Vorfällen sehr viele Jugendliche mit Migrationshintergrund beteiligt. Das muss man auch so aussprechen und nein, der Vorschlag von Anna, dein Vorschlag wird nicht die Situation lösen, das kann ein kleiner Teil sein, aber wir müssen ja davon ausgehen, das sind nicht Jugendliche, die auf der Durchreise sind, sondern das sind Jugendliche, die hier sesshaft sind. Und da ist es auch einzufordern, dass sie die amtliche Sprache erlernen. Also das ist wichtig. Man kann diese Zusatztafeln aufstellen, aber dass man anderen Menschen mit Respekt begegnen soll, das sollte die Grundvoraussetzung sein.
Was es aber braucht, es braucht eine klare Haltung, eine klare Nulltoleranzhaltung seitens der Politik. Also das müssten wir auch vorgeben. Diese Haltung ist auch wichtig für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Holding. Es braucht klare Ideen, wie man dem Problem auch begegnen kann. Diese Ideen haben wir heute auch eingebracht und das muss schnell erfolgen, weil wir am Anfang der Badesaison sind. Ich war selbst im Bad zur Sonne, habe mir ein Bild gemacht und es gibt ganz viele Gruppen, das kann man sagen, die haben keine Perspektive etc., aber hier muss man wirklich jetzt konkrete Vorschläge machen und diese auch umsetzen, wie zum Beispiel, dass man Polizeibeamtinnen und -beamten einen kostenlosen Zugang in die Bäder bereitstellt und falls etwas passiert, dass die sich auch wieder in den Dienst schalten können. Also das ist etwas, was in Wien, im SPÖ-regierten Wien, schon seit mehreren Jahren gut funktioniert. Ich verstehe es nicht, dass du, liebe Anna, den Wiener Vorschlag nicht gleich einmal gut findest, obwohl er sich bewährt hat. Die Wiener argumentieren zum Beispiel, dass Piktogramme und Übersetzungen einfach zu wenig sind. Es braucht auch eine klare Haltung in der Integrationspolitik, dass wir nicht nur fördern, sondern auch die Pflichten von zugezogenen Menschen einfordern.
Also das bitte ich und meine Kollegin Sabine Pogner wird jetzt noch einen Abänderungsantrag einbringen. Sollte dieser Antrag auch die Zustimmung bekommen.

Ich muss noch einmal unterstreichen, dass ich wirklich noch vom letzten Dringlichen Antrag schockiert bin, dass diese Koalition nichts sagt. Das ist wirklich ein wichtiges Thema, die Sicherheit. Nicht nur für uns Politikerinnen und Politiker, sondern in dem Haus arbeiten auch ganz viele Leute. Das ihr nicht bereit wart, nur irgendein Statement abzugeben, das ist für mich schockierend. Jetzt bitte ich um Zustimmung für unseren Abänderungsantrag. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Da merkt man, wie tolerant wir hier sind. Die Überschreitung von über drei Minuten. Eigentlich müsste ich jetzt sogar….Wir sind noch bei der Dringlichkeit. Jetzt dürfte sie noch gar nicht den Antrag einbringen. Aber ich finde, wir sollten hier eine Ausnahme machen, wenn Sie einverstanden sind. Herr Klubobmann, bitte.

Klubobmann **Pascuttini:**
Hohe Stadtregierung, sehr geehrte Damen und Herren Gemeinderäte, lieber Antragsteller, lieber Vorredner. Zu den Worten mit der Sicherheit, da kann ich dir nur beipflichten. Auch ich fühle mich heute etwas unsicher, woran das wohl liegen mag. Sonst bist du, nein, nicht der Manfred . Man muss ja grundsätzlich sagen, lieber Stadtrat Hohensinner, du bist ein bisschen am Thema vorbei, weil der Antrag vom Kollegen Wagner, der war ja eigentlich als humoristische Einlage zum Schluss gemeint. Denn das kann er ja nicht wirklich ernst meinen, dass wir heute über Jugendkriminalität, über Kriminalität reden, bei den Dingen, die in den letzten Wochen so passieren.
Ich würde ja eigentlich lieber über Kriminalität an Jugendlichen und an Kindern reden, aber lassen wir das. Sonst kommen wir da heute noch zum Speiben. Man muss auch fairerweise dazu sagen, der Günter Wagner hat damals die Eier gehabt, den Beschluss, den Roland Lohr aus dem Gemeinderatsklub zu entfernen, mitgetragen. So viel Ehre muss sein.

Reden wir stattdessen nicht über Jugendkriminalität, reden wir über Kriminalität im Allgemeinen. Wer Kriminalität sagt, muss Präventionsarbeit sagen, der muss natürlich auch Justiz sagen, da zählt nicht nur die Polizei dazu, da zählen die Gerichte dazu, da zählen die Staatsanwaltschaften dazu.

Und da kann man unserem Neo-Gemeinderat Eustacchio schon recht geben, wenn er in der Zeitung am vergangenen Sonntag sagt, dass da einiges nicht optimal läuft. Da gebe ich ihm vollkommen recht. Ich weiß jetzt nicht, ob im Standard die Staatsanwaltschaft die Wahrheit sagt oder eher im Grazer, das will ich gar nicht beurteilen. Mich hat nur eines ein bisschen stutzig gemacht: Immer dieses, die anonymen Anzeigen, die anonymen Anzeigen, die ihn anpatzen, die den Kunasek anpatzen, die alle anpatzen.

Grundsätzlich ist es gut, dass man auch anonym etwas eingeben kann. Ich sage, mit der organisierten Kriminalität, man denkt an den Mafiabereich, will sich vielleicht nicht jemand anlegen. Wenn ich mir dann aber anschaue, wer bei dieser FPÖ-Graz-Geschichte eine anonyme Anzeige eingebracht hat, dann war das einer der ersten, eigentlich der frühere Rechnungsprüfer Karlheinz Morré. Der hat am Parteitag gesagt, sich hingestellt, ihr könnt euch alle noch erinnern, da ist das Plastiksackerl mit den Geldscheinen gewesen. Ist das anonym? Also verstehe ich das Wort falsch, wenn sich der Rechnungsprüfer hinstellt und sagt, früher sind sie mit dem Plastiksackerl durch die Gegend gegangen. Eigentlich hat er sich mit seinem Gesicht, mit seinem Korpus hingestellt und hat etwas gesagt.

Der sagt dann - nachzulesen in den Medien - auch ganz etwas Lustiges, dass sich früher Leute in der Parteikasse bedient haben. Sagt die Person selbst. Stellt man sich die Frage, ist das noch anonym? Und dann, der größte Schmäh zum Abschluss, in diesem Interview, da habe ich wirklich lachen müssen. Der Herr Neo-Gemeinderat, nicht NEOS-Gemeinderat, das ist mir wichtig, der Herr Neo-Gemeinderat, der neue Gemeinderat sagt, da werden so viele falsche Behauptungen in den Raum gestellt. Er kann sich nicht wehren, weil es ein laufendes Verfahren ist. Und jetzt muss ich den Kollegen Hackenberger fragen, der schon länger im Beruflichen unterwegs ist als ich: Gibt es in der Strafprozessordnung einen Passus, dass man sich nicht zu Vorwürfen, die

falsch sind, äußern darf bei einem laufenden Strafverfahren? Ich glaube nicht, ich glaube beim Strafverfahren kann man immer sagen, das ist falsch, das ist falsch. Der HC Strache läuft ja dauernd durch die Gegend und sagt zu Recht, wenn etwas Falsches behauptet wird. Ja warum werden die Dinge nicht aufgeklärt? In diesem Sinne, wir werden den Antrag nicht mittragen. Ich freue mich auf die kommenden Sitzungen, da werden wir viele, viele Themen besprechen können. Ich meine das Thema Jugendkriminalität ist schon ein Thema, aber es ist einfach ein Scherz.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Gibt es weitere Wortmeldungen? Jetzt darfst du aber nicht noch einmal. Oder zur Geschäftsordnung?

Stadtrat **Hohensinner**:
Ich schätze dich sehr und ich finde deine Redebeiträge immer großartig, aber das Thema hast du verfehlt jetzt.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Das ist so, Frau Vizebürgermeisterin, darf ich dir den Vorsitz übergeben?

Vorsitzwechsel – VizeBgm.^{in} Schwentner übernimmt den Vorsitz (21.03 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:
Kommen wir einfach wieder bitte zu dem, um was es geht. Ich schließe mich jetzt zum Teil dem an, was Herr Stadtrat Hohensinner schon gesagt hat. Sie haben das vielleicht eh gelesen im Grazer war das, dass ich gesagt habe, dass ich zu diesem Themenbereich

einen Jugenddialog noch vom Sommer machen möchte. Das ist nicht nur eine leere Floskel, selbstverständlich wird das auch durchgeführt werden, wo alle relevanten Abteilungen in unserer Stadt Graz und natürlich auch, Herr Gemeinderat Wagner, mit Stadtrat Hohensinner und seinen zuständigen Abteilungen ist ja klar, da geht es um bildungspolitische Fragen und vor allem natürlich auch um die Expertise der Kolleg:innen im Jugendamt. Aber auch darüber hinaus, weil wenn wir über Jugendliche und junge Erwachsene sprechen, dann ist es in mehreren Themenfeldern beheimatet. Ich glaube, es steht unserer Stadt durchaus auch gut an, wenn ich als Bürgermeisterin – es ist nicht so, dass ich sonst nichts zu tun habe – aber diesen Jugenddialog sozusagen federführend auch gemeinsam mit meinen Kollegen Stadtrat Krotzer und Stadtrat Hohensinner durchführen möchte. Sie sind selbstverständlich dann dazu auch herzlich eingeladen. Das wird auf jeden Fall vor dem Sommer noch sein. Ich möchte vielleicht nur einen Aspekt sagen: Es ist eine Realität, dass, wie es heute schon angesprochen worden ist – ich glaube, die Frau Gemeinderätin Reininghaus – dass die Zeiten nicht sicherer geworden sind. Das ist richtig, und es ist auch richtig, dass Gewalt, ich sage einmal, auch psychische Probleme zugenommen haben. Es hat manifeste Armut bei Kindern und Jugendlichen zugenommen, und zwar quer durch bei österreichischen Kindern, aber auch bei migrantischen Kindern. Viel zu früh werden Kinder und Jugendliche mit Bereichen konfrontiert, und da sage ich Ihnen das sind Abgründe, die wollen Sie gar nicht wissen. Vieles davon führt dazu, von dem wir dann in letzter Konsequenz reden. Vielleicht waren einige von Ihnen auch bei dem Theaterstück, wo dem dortigen Seelsorger und der Regisseurin wirklich sehr zu danken ist, weil das nicht uninteressant war in der Karlau, "Biedermann und die Brandstifter". Und dort neun Inhaftierte, dieses Theaterstück über einen langen Zeitraum, - jeder, der das Buch einmal gelesen hat, weiß, dass das sehr textlastig ist - in großartiger Weise gespielt haben.

Ich würde Ihnen wünschen, dass Sie das erlebt hätten, weil dann wissen Sie, warum wir alles dafür tun müssen, dass Menschen nie dort landen. Bei aller Eigenverantwortung, das ist immer klar, und wenn man Delikte oder Strafen oder diese Dinge macht, dann gibt es ganz klar ein Reststrafabsitzen. Aber wir müssen

schauen, dass es gar nicht so weit dazu kommt und viele davon müssten dort nicht landen, wo sie sind, wenn wir rechtzeitig und einen Bereich, wo wir heute durchaus schon lange diskutiert haben, das ist nämlich der Bildungsbereich, da beginnt es nämlich auch und da sind viel zu viele junge Menschen sehr, sehr früh abgehängt. Das ist eine Realität, nicht nur in Wien, zum Teil auch bei uns in unserer Stadt und es ist nicht gut, wenn wir vor unseren Mittelschulen die Ordnungswache einsetzen müssen. Es ist nicht gut, es ist aber Tatsache auch und dagegenzuhalten ist unsere Aufgabe. Deshalb nehme ich diesen Dialog, der nicht nur mit einmal beendet sein wird, sondern dass dies als laufenden Prozess, der auch lösungsorientiert sein muss und mit Maßnahmen gebündelt sein muss, gerne in Angriff. Das ist der Grund, warum wir der Dringlichkeit, Herr Gemeinderat, nicht zustimmen, weil diese Abstimmung betrifft auch Stadtrat Hohensinner und Stadtrat Krotzer.

Vizebürgermeisterin **Schwentner**:
Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Bürgermeisterin.

Vorsitzwechsel – Bgm^{in} Kahr übernimmt den Vorsitz (21.08 Uhr).

Bürgermeisterin **Kahr**:
Gibt es weitere Wortmeldungen zur Dringlichkeit? Wenn das nicht der Fall ist, dann darf ich Sie bitten, Herr Gemeinderat Wagner, zu Ihrem Schlusswort.

Gemeinderat **Wagner:**
Ja, ganz kurz. Natürlich möchte ich anmerken, nicht der Herr Stadtrat Hohensinner ist am Thema vorbei, sondern du, lieber Alexis. Dieses doch wichtige Thema hier als deine Bühne zu nutzen, kann man machen, sollte man vielleicht nicht. Denn die

Jugendkriminalität, das darf man nicht vergessen, betrifft auch Jugendliche. Du hast angemerkt, dass du dich hier im Rathaus fürchtest. Was sollten die Jugendlichen dann sagen, die sich auch schon in der Schule oder im Schwimmbad fürchten? Also bitte einfach in Zukunft dem Thema mit dem nötigen Respekt und der notwendigen Ernsthaftigkeit entgegenkommen. Auch wenn du dem nicht zustimmen magst. Danke.

Bürgermeisterin **Kahr**:
Wir kommen nun zur Abstimmung über die Dringlichkeit. Wer ist für die Dringlichkeit? Gegenprobe. Die Dringlichkeit ist eindeutig abgelehnt.

Die Dringlichkeit wurde mehrheitlich abgelehnt (gegen FPÖ).

Wir sind nun am Ende der Dringlichen Anträge und somit auch am Ende der öffentlichen Sitzung. Ich darf mich bei allen, die noch via Livestream dabei sind, verabschieden und Ihnen schon fast eine gute Nacht wünschen. Auf der Galerie, glaube ich, ist niemand mehr oben. Danke fürs Dabeisein und dass Sie auf uns aufgepasst haben. Schönen Abend.

Ende der öffentlichen Sitzung: 21:09 Uhr.